

Arbeits

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 5. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile ober deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Politische Strömungen in Türkisch-Armenien.

Die fürchterlichen Armeniermorde und die Stellung, die ein Teil der armenischen Abgeordneten im türkischen Parlament während der „Sozialistenrede“ eingenommen hat, macht es lohnend, einen Blick auf die sozialen Strömungen in Armenien zu werfen. Dies ist umso nötiger, da deutsche Zeitungen trotz aller Entrüstung gegen die Ausfüßer der Regeleien allerhand Latarennachrichten über die revolutionären Chimären und Unbesonnenheiten der Armenier erzählten. Es ist vor allem die Partei „Dschanakdjun“, deren Vertreter im Parlament eben den Sozialismus gegen die türkischen Wiedertäter europäischer Staatsweidheit in Schutz nahmen, gegen die sich die Anschuldigungen kehren. Um den Charakter dieser Partei zu verstehen, ist es nötig, einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der sozialen Strömungen in Türkisch-Armenien zu geben.

Es ist leicht verständlich, daß das Erwachen zum nationalen Selbstbewußtsein nicht an den Dörfern am Ararat, sondern in den Städten zu suchen ist, wo die armenischen Kaufleute, Beamten usw. leben. Diese wurden die Träger einer politischen Bewegung mit dem Ziel, Einfluß zu gewinnen auf die Nation, die bis dahin sich ausschließlich in den Händen der gregorianischen Geistlichkeit und des Patriarchats befunden hatte. Sie forderten, daß dem Patriarchen ein Notabelnrat zur Seite gestellt werde, der mit ihm zusammen die kulturellen, administrativen und Kultusangelegenheiten verwalten würde. Im Jahre 1841 gelang es ihnen, dies Ziel zu erreichen. Da aber ihr Einfluß nur gering blieb, mußten sie den Kampf fortführen. Dazu bedurften sie aber der Unterstützung der armeren Bevölkerung, der armenischen Händler und der Träger Konstantinopels. Dank deren Unterstützung gelang es ihnen im Jahre 1847, von der Pforte die Errichtung zweier Kommissionen bei dem Patriarchat zu erlangen, die selbständig über die religiösen und kulturell-administrativen Angelegenheiten entscheiden sollten. Der Patriarch wurde zu einer Puppe in den Händen der armenischen Bourgeoisie. Aber Bourgeoisie bleibt Bourgeoisie, und kaum zum Sieg gelangt, schaltete das armenische Bürgertum jeden Einfluß des armen Volkes auf das Patriarchat aus, was eine große Erbitterung hervorrief.

Das war der Ausgangspunkt einer armenischen Volksbewegung in Konstantinopel und in Armenien selbst. Ihre Träger, die junge armenische Intelligenz, besaß von den Idealen des toten Jahres, ging in das Volk, um an die verschwendete Unabhängigkeit zu erinnern und es zu kultureller Arbeit aufzumuntern. Ihre Tätigkeit hatte keinen ausgesprochen politischen Charakter, sie bewegte sich in dem Rahmen friedlicher Kulturarbeit. Erst nach dem Krimkrieg, der eine Reformära in der Türkei einleitete, erwachten auch bei den Armeniern wieder politische Bestrebungen. Die armenische Bourgeoisie forderte durch ihren Beirat beim Patriarchen von der Pforte die gänzliche Autonomie der Armenier in der ganzen Türkei. Eine bis in alle Einzelheiten ausgearbeitete Konstitution sollte den Armeniern unumschränkte Selbstverwaltung in allen kulturellen Fragen geben, nicht nur dort, wo sie in kompakten Massen wohnend die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, sondern überall in der Türkei. Erst nach einigen Jahren gelang es der armenischen Bourgeoisie, von deren Kapitalkraft die türkische Regierung abhängig war, die Einwilligung der Regierung zu erhalten. Kaum aber hat sich die armenische Nationalversammlung in Konstantinopel versammelt, als es sich schon zeigte, auf wie schwachen Füßen die Selbstverwaltung stand. Der Versuch, inmitten eines faulenden absolutistischen Regimes eine konstitutionelle Autonomie zu begründen, erwies sich natürlich als Utopie. Die Provinzpaßas traten die armenische Autonomie mit Füßen und Beschwerden bei der Zentralregierung konnten natürlich bei deren Schwäche nichts nützen. Die Geschichte der Nationalversammlung waren durch ihre Zusammenfassung von vornherein bestimmt. 180 ihrer Mitglieder bestanden aus ernannten reichen Armeniern Konstantinopels und geistlichen Honoratoren; von 200 gewählten Abgeordneten stammten nur 60 aus Armenien, und von diesen hatte nur die Hälfte einen gewissen Zusammenhang mit dem Volke. Es ist klar, daß weder die reichen Armenier wegen der Drangsalierungen der armenischen Bauern einen Konflikt mit der Regierung wagen wollten, noch daß die Regierung ihn zu fürchten brauchte. So konnte die armenische Konstitution überhaupt keine Bedeutung gewinnen. Diese Erfahrung gab der Arbeit der demokratischen Volkstümeler eine neue Richtung. Sie begannen Unterstützung bei der türkischen Bevölkerung zu suchen, verbanden sich mit den türkischen Liberalen, die in den sechziger Jahren im politischen Leben der Türkei eine Rolle zu spielen anfingen, und forderten die Verfassung für die ganze Türkei. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, gründeten sie eine illegale Organisation und führten eine lebhaftige Agitation und Propaganda.

Nach dem russisch-türkischen Kriege begann sich Rußland aus selbstsüchtigen Gründen um die Armenier zu

kümmern; es erlangte in San Stefano ein Protektorat über Armenien. Auf dem Berliner Kongreß nahmen sich die Großmächte der Armenier an (§ 67 des Berliner Vertrags). Obwohl im Kriegsrudel die schwache liberale Bewegung in der Türkei abtaute, obwohl der Absolutismus wieder seine Herrschaft aufrichtete, sahen die Armenier den Himmel voller Geigen. „Europa wird uns helfen“ — sagten sich alle armenischen Schichten. Aber auch das zeigte sich bald als eine Illusion. Rußland war in Bulgarien engagiert, wo es mit der Unterstützung der Selbstständigkeitsbewegung schlechte Erfahrungen gemacht hatte — die befreiten „Brüder“ wollten sich auch von Rußland befreien. Es spürte kein Verlangen, ebensolche Erfahrungen mit der Beschützung der verfolgten Armenier zu machen. Die Großmächte waren wohl geneigt, unter dem Vorwande des Schutzes über Armenien, sich in der Türkei einzunisten, aber daran hinderte sie die gegenseitige Eifersucht, und sie taten nichts, den Klagen der Armenier bei der türkischen Regierung Gehör zu verschaffen. Inzwischen mehrten sich die Klagen, denn der Steuerdruck, der nach dem Kriege mächtig wuchs, verschlechterte die Lage der Armenier und vermehrte die Reibungsflächen mit den Kurden. Die armenische Intelligenz griff zur Abwehr. Im Jahre 1884 wurde die erste revolutionäre Organisation „Huczat“ gegründet. Ihre Gründer, die sich größtenteils im Auslande befanden, traten in der ausländischen Presse als Sozialdemokraten auf, als Anhänger des Marxismus, aber ihre ganze Arbeit war mehr die einer nationalen Organisation. Und nach dem Stande der sozialen Verhältnisse in Armenien konnte es nicht anders sein. In Armenien gibt es keine industrielle Arbeiterklasse; die Masse des Volkes besteht aus Bauern, kleinen Handwerkern; selbst das Proletariat ist nicht zahlreich. Die Tätigkeit der „Huczat“-Gruppe konnte sich in Armenien nur in nationaler Agitation äußern, die teils unter der Losung einer weitgehenden Autonomie, teils der Unabhängigkeit geführt war. Aber angesichts der stets wachsenden Verfolgungen der Armenier, der seit dem Jahre 1890 stattfindenden Blutbäder, konnte die hauptsächlich propagandistische Arbeit der „Huczat“ die aktiveren Elemente der armenischen Intelligenz nicht befriedigen. Im Jahre 1891 entstand so die armenische revolutionäre Föderation „Dschanakdjun“, die sich die Erreichung der im § 61 des Berliner Vertrages versprochenen Reformen als Ziel setzte.

Die um diese Organisation sich gruppierende Intelligenz nannte sich auch sozialistisch und propagierte in ihrem Parteiorgan „Drosjak“ einen effektischen Sozialismus. „Dschanakdjun“ organisierte Kampforganisationen, die die armenische Bevölkerung vor den Gewalttätigkeiten der Kurden schützen sollten; ihre hauptsächlichste Tätigkeit war der revolutionäre Vandalenkrieg. Er sollte nicht nur den Kurden Schrecken einjagen, sondern auch die Intervention der Großmächte provozieren. Das war auch der Zweck des Ueberfalls auf die Ottomanische Bank, worauf die türkische Regierung mit der schrecklichen Meyelei in Konstantinopel antwortete. Als aber diese Kampfweise nicht nur nicht zum gewünschten Ziele führte, sondern im Gegenteil neuen Anlaß zu Meyeleien gab, sah „Dschanakdjun“ die Zwecklosigkeit einer isolierten Bewegung ein. Sie näherte sich der jungtürkischen Bewegung und richtete ihre Angriffe jetzt vor allem gegen die Zentralgewalt. Der erste Schritt in dieser Richtung war das mißlungene Attentat auf Abdul Hamid im Jahre 1904. Nach diesem Attentat wurde das Verhältnis der „Dschanakdjun“ zu den Jungtürken noch intimer. Endlich fand im Dezember 1907 ein geheimer Kongreß statt, woran neben den Jungtürken und der „Dschanakdjun“ auch mazedonische und arabische revolutionäre Organisationen über ein gemeinsames Aktionsprogramm berieten. Während der ersten Phase der türkischen Revolution ging die armenische revolutionäre Föderation Hand in Hand mit den Jungtürken, obwohl sie ihre zentralistischen Tendenzen bekämpfte und eine energichere Haltung gegenüber der konstitutionell kostümierten Abdul Hamidschen Regierung einnahm. Die parlamentarischen Vertreter der „Dschanakdjun“ nahmen keinen Anteil an dem Empfang bei Abdul Hamid, wohingegen Ahmed Riza die Hand des alten Mörders küßte.

„Dschanakdjun“ versucht möglichst festen Fuß bei den armenischen Volksschichten, bei den Kleinbauern und Handwerkern zu fassen. Von der armenischen Bourgeoisie werden die Dschanakdjunisten als Heißsporne gehaßt und sie bereitet ihnen bei den Wahlen eine Niederlage. Auch zu den Jungtürken stehen sie jetzt in gespanntem Verhältnis, seit diese die Regierung in Händen haben. Um ihre Ohnmacht gegenüber den reaktionären Umrtrieben im Armenien zu verbergen, schieben die Jungtürken die Schuld dafür den Dschanakdjunisten in die Schuhe, wobei sie bei deutschen Zeitungen Unterstützung finden. Das deutsche Kapital hat nach den Meyeleien der Armenier in den neunziger Jahren die frühere Position der armenischen Bankiers einzunehmen gesucht. Die deutsche Regierung unterstützte Abdul Hamid schon im Jahre 1895, indem sie sich gegen die Intervention der Mächte zugunsten der Armenier aussprach. Seit dieser Zeit gehört es zur Tradition der deutschen bürgerlichen Presse, in den Armeniern und speziell in den Dschanakdjunisten den Ausbund aller Schlechtigkeit zu sehen. Obwohl „Dschanakdjun“ keine sozialdemokratische Organisation ist, hat die sozialdemokratische Presse die Pflicht, diesen Verleum-

dungen entgegenzutreten. Die armenische revolutionäre Organisation beweist nicht nur das beste Verständnis für die Notwendigkeit weitgehender Reformen in der Türkei, sondern ist auch nicht gewillt, durch nationalistische Blindheit der Regenerierung der Türkei Steine in den Weg zu werfen. Geht aber diese Probe nicht, erweist sich die türkische Revolution als mißlungener Versuch, dann hat die Sozialdemokratie keine Ursache, sich feindlich gegenüber der separatistischen Bewegung in der Türkei zu verhalten. Die Zeit ist schon vorüber, wo man fürchten konnte, daß der Jarrismus daraus Vorteil ziehen werde. Beweist doch der Jarrismus eben jetzt, wo die Lage in Armenien sich verschärft und die armenische Geistlichkeit ihre Augen nach Konstantinopel wendet, durch massenhafte Verhaftungen der Armenier im Kaukasus, daß er nicht imstande ist, um ihre Freiheit kämpfende Nationen an sich zu ziehen.

Kein Hans Naivus.

Herr Raumann protestiert. Wir unterzogen kürzlich seinen Artikel über das Anwachsen der Großbetriebe einer Besprechung, die sachlich zustimmend war, jedoch eine gute Portion Naivität darin fand, daß Herr Raumann — nach unserer Auffassung — eine Widerlegung des Sozialismus in eben den Tatsachen erblickte, die in Wirklichkeit seine glänzende Bestätigung bilden. Es handelte sich um den Satz:

„Es sind nicht die Sozialisten, welche die selbständigen Unternehmer zurückdrängen, sondern es ist die bürgerliche Gesellschaft selbst, die zur Vereinfachung aller Herrschaftsverhältnisse treibt.“

In einer ausführlichen Antwort, die er uns in seiner „Hilfe“ zuteil werden läßt, behauptet nun Herr Raumann:

„Dieser Satz bezog sich gar nicht auf sozialdemokratische Behauptungen, sondern auf die landläufige bürgerliche Vorstellung, als wolle der Sozialdemokrat die selbständigen Unternehmer hefeiteigen. Dieser bürgerlichen Auffassungsweise gegenüber schreibe ich hier, wie sonst schon öfter, daß die Sozialisten gar nicht die Gesellschaftsmitglieder sind, sondern daß die bürgerliche Gesellschaft selber der freien Konkurrenz Halt geboten hat. Ich bin also sachlich mit meinem Herrn Gegner derselben Meinung.“

Und weiterhin:

„Ich bin mit ihm, trotz seiner erhabenen Ueberflughheit, in der Hauptsache einverstanden, daß nämlich die Sozialisierung der Gesellschaft nicht von den Sozialdemokraten gemacht wird, sondern von den Syndikaten, Großbanken, kurz vom herrschenden Großkapital, und daß bei diesem Vorgange der Arbeiterbewegung nur die Aufgabe bleibt, in der hierdurch geschaffenen Situation der freien Persönlichkeit die Existenz zu ermöglichen. Daß sich diese unsere gemeinsame Auffassung mit Grundgedanken von Karl Marx deckt, habe ich nie bestritten.“

Gut. Wir nehmen gern davon Notiz, daß Herr Raumann sich mit unseren Darlegungen einverstanden erklärt, und wenn er sagt, daß der umstrittene Satz eine Widerlegung nicht der sozialdemokratischen, sondern der bürgerlichen Anschauungen sein sollte, so haben wir keinen Anlaß, daran zu zweifeln. Ob freilich die Möglichkeit, ihn mißzuverstehen, so weitentfernt lag, wie Herr Raumann meint, werden wir gleich sehen.

Herr Raumann schreibt, er habe nie bestritten, daß die oben dargelegte Auffassung mit Grundgedanken von Karl Marx sich deckt und verweist auf andere seiner Arbeiten. Sehen wir zu.

Vor gar nicht langer Zeit, vor nur acht oder neun Monaten, schrieb Herr Raumann einen Aufsatz über „das Schicksal des Marxismus“. Dieser Aufsatz nun liefert von Anfang bis zu Ende den Beweis, daß Herr Raumann damals, als er ihn schrieb, im Marxismus, das heißt also doch in dem Grundgedanken von Marx, nichts anderes erblickte, als eine Prophezeiung vom Zukunftsstaat. Mit anderen Worten, damals war für Herrn Raumann der marxistische Grundgedanke dieser: die Sozialdemokraten wollen künftig die Unternehmer enteignen und die sozialistische Produktion einführen. Gerade hieraus folgerte Herr Raumann damals, daß der Marxismus sich überlebt habe. Die Massen hätten lange genug auf die besessene Tat gewartet, und gingen an sich genarrt zu fühlen. Er beschrieb z. B. die bekannten Stellen aus dem kommunistischen Manifest, die von der ökonomischen Entwicklung handeln, und bemerkte dazu:

„Hunderttausende und Millionen von Menschen haben an diesen Gedankengang geglaubt und sind dafür zu den stärksten persönlichen Opfern bereit gewesen und nun nach 60 Jahren fängt man an, die hohe Prophezie mit dem zu vergleichen, was inzwischen geschehen ist. Der Glaube will Stützen suchen im Erntema.“

Und weiter:

„Die wirkliche Welt, in der der Arbeiter heute lebt, ist von anderem Stoff als der Gedankengang der Marxisten.“

Dazu noch folgende Stelle:

„Weshalb bleibt die Luft so still? Wo ist der Schall der ehernen Sandalen? Wenn Marx richtig vorausgesehen hat, dann müßte es nun doch bald Zeit sein, jetzt, ehe die letzten der ersten Abschied nehmen.“

Und endlich noch:

„Wer will abermals 60 Jahre auf den Beweis einer Theorie warten, die inzwischen auch sonst betastet sein wird?“

Wir denken, Herr Raumann wird selbst nicht bestritten wollen, daß hier als marxistischer Grundgedanke immer nur der angegeben wird: wir Sozialdemokraten wollen die Unternehmer enteignen und den Zukunftsstaat „schaffen“. Da konnten wir doch unmöglich annehmen, daß Herr Raumann nach bloß acht Monaten wieder das gerade Gegenteil als Grundgedanken von Karl Marx ansehen würde! Wir mußten vielmehr den freitigen Satz so deuten, wie wir es getan, denn es war ja in der Tat die Widerlegung dessen, was Herr Raumann vor so kurzer Zeit noch als wesentliche Anschauung der Sozialdemokraten angegeben hat. Wenn er nun

aber gar noch auf andere Schriften verweist, worin er auch früher schon dasselbe verkündet habe wie jetzt, dann ist seine Konfusion, sein unklarer Sinn und Herzsichwanen eben noch größer, als wir angenommen haben.

Kun ist dies alles aber noch nicht einmal das Wichtigste. Hauptsache ist vielmehr, daß Herr Kaumann sogar jetzt noch nicht einleht, wie durch seine Anerkennung des wirklichen sozialistischen Grundgedankens der Liberalismus — natürlich nur in der Theorie — glatt zu Boden geschlagen wird. Im Gegenteil, er bildet sich sogar ein, hier den Boden für seine berühmte Verständigung zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie gefunden zu haben. Er schreibt am Schluß:

„Genau die Formel, daß es sich für die Sozialdemokratie darum handle, innerhalb einer von anderer Seite herbeigeführten aristokratischen Vergesellschaftung die Rechte der freien Persönlichkeit zu wahren, ist von mir seit Jahren gebraucht worden. Das Fördern der Menschenrechte innerhalb einer neuen Gesellschaftsordnung, die über unseren Köpfen entsteht, ist das greifbare Ziel der Arbeiterbewegung, das sich mit den Ideen des Liberalismus grundsätzlich deckt.“

Weit daneben geschossen! Wenn es so wäre, wieso werden wir denn von den Liberalen so bitter bekämpft? Da müßte doch Eugen Richter zum Beispiel, der gewiß den Liberalismus begriffen hat, Zeit seines Lebens ein eifriger Freund und Förderer der Sozialdemokratie gewesen sein, statt daß er ihr erbittertester Feind war! Die Sache ist eben die, daß Herr Kaumann vom Liberalismus jetzt ebenso verkehrte Vorstellungen hat wie — vor acht Monaten — von der Sozialdemokratie. Erstens bestreitet der Liberalismus, daß durch das Anwachsen der Großbetriebe die Vergesellschaftung der Produktion herbeigeführt wird. Zweitens bestreitet er, daß durch eben diesen ökonomischen Vorgang die freie Persönlichkeit unterdrückt wird; er schiebt vielmehr, soweit er diese Unterdrückung überhaupt zugibt, die Schuld dafür einzelnen Personen, den Behörden, böswilligen Unternehmern usw. zu. Drittens und vor allen Dingen bestreitet er, daß die Vergesellschaftung der Produktion ein Fortschritt sei und daß sie erst, und zwar durch Beseitigung des Unternehmergewinns, die wahre Freiheit der Persönlichkeit möglich machen wird. Umgekehrt sieht er vielmehr in der Beseitigung des Unternehmergewinns und der damit verbundenen Aufhebung der Privatbetriebe den schwersten Schlag, der gegen die freie Persönlichkeit geführt werden kann. Also wohin wir blicken, nichts als schärfster Gegenfay zwischen Liberalismus und Sozialismus. Wenn nun jemand den Gedankengang des Sozialismus ausdrücklich als richtig anerkennt und trotzdem sich einbildet, daß er sich „mit den Ideen des Liberalismus grundsätzlich deckt“, dann darf er es auch nicht allzu äbel nehmen, wenn man ihn nau nennt.

Windwechsel.

Alles hat seine Ursache. Auch die bereits gestern von uns gemeldete schärfere Tonart der aus der Wilhelmstraße durch die Vermittlung ganz- und halboffiziöser Blätter in die Welt hinausgehenden Drohnoten findet jetzt ihre Erklärung: Die einzelstaatlichen Regierungen, besonders die Bundesstaaten südlich der Mainlinie, haben dem Kanzler wieder das schwache Rückgrat gesteuert. Sie sind unzufrieden mit der phlegmatischen Haltung des Kanzlers gegenüber den Steuerbeschlüssen der Rumpfkommision und fordern Festhalten an der Reichserbschaftssteuer sowie Ablehnung der Wertzuwachssteuer, der Wertpapiersteuer und der Mühlenumsatzsteuer. Zur Aussprache über die durch das Vorgehen der Rumpfkommision geschaffene veränderte Lage soll zunächst am Dienstag, den 8. d. M., in Berlin eine Zusammenkunft der Finanzminister der großen Einzelstaaten stattfinden und bei dieser Gelegenheit die Grundbestimmungen der neuen Erbschaftssteuer festgelegt werden.

Doch scheint nicht nur diese Unzufriedenheit der einzelstaatlichen Regierungen Bülow ein wenig aufgeregelt zu haben; auch der Kaiser ist, wie angedeutet wird, durch die Stimmung in den Einzelstaaten und durch Einflüsse aus den Kreisen der Finanz- und der rheinisch-westfälischen Großindustrie, über den Widerstand des Syndikalischen Konzerns zurzeit verstimmt. Kurz, in den allerhöchsten Regionen ist der noch vor wenigen Tagen aus dem Osten kommende Wind in eine leichte Südbrise umgeschlagen. Wie lange diese Windrichtung anhält, ist freilich zweifelhaft, da sie in solchen Höhen gar leicht umschlägt — vorläufig aber weht jedenfalls Südbwind.

Aus dieser Tatsache erklären sich auch die zuberfichtlichen Meldungen einiger liberaler Blätter über den Widerstand der Reichsregierung gegen die Steuerprojekte der Liberal-konservativ-polnischen Koalition. So schreibt die „Frankf. Zeitung“:

„In den ersten Tagen der nächsten Woche werden wieder einmal die Finanzminister und leitenden Minister der Bundesstaaten in Berlin mit dem Reichskanzler und dem Schatzsekretär zu einer Beratung über die Reichsfinanzreform zusammentreten und werden, wie es sich aus der gegenwärtigen Lage ergibt, zu den Beschlüssen der Finanzkommission des Reichstags Stellung nehmen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Minister und damit die verbundenen Regierungen dasjenige, was die konservativ-kerikale Mehrheit der Finanzkommission als angebliche Besitzsteuern beschlossen hat, in allen wesentlichen Teilen als undurchführbar, als ungerecht, Handel, Verkehr und Industrie schädigend erkennen und verworfen werden. Die konservativ-agrarischen Führer und ihre Blätter wollen daran immer noch nicht glauben, vielleicht weil sie über die letzte Wendung, die an den für die Entschliebung der Regierung entscheidenden maßgebenden Stellen seit einigen Tagen eingetreten ist, noch nicht unterrichtet sind, teils vielleicht, weil sie absichtlich die Raiben spielen, die gar nicht begreifen wollen, daß eine Regierung, der man angeblich 500 Millionen Mark mit einer festen Mehrheit bietet, dieses Anerbieten aus sachlichen, der Natur einzelner dieser Steuern entspringenden Gründen ablehnen könne.“

Die Finanzminister werden natürlich auch beschließen, wie die Erbschaftssteuer aussehen soll, die nun dem Reichstage vorgelegt werden soll, und welche anderen Besitzsteuern zu ihrer Ergänzung vorgeschlagen werden sollen. Wir haben früher schon erwähnt, daß eine Erhöhung des Effektenstempels und gewisse Veränderungen des Wechselstempels für Wechsel, die länger als drei Monate laufen, in Aussicht genommen sind, und daß man ungefähr einige 30 Millionen von den Banken und den Börsen einbringen möchte. Auch scheint noch die Wertzuwachssteuer für Immobilien erzo-gen zu werden. Ferner wird in den Beratungen der Finanzminister auch über die indirekten Steuern und Ergänzungssteuern Beschlüsse gefaßt werden, so daß bei Wiederausammentritt des Reichstags ein einigermaßen festes Programm der Regierung vorliegt.“

Auch die „Nationalzeitung“ meldet frohlockend: „Ueber die Stellungnahme der Reichsregierung zu den Steuerplänen der Rumpfkommision erschloffen wir von unterrichteter Seite, daß die Regierung entschlossen ist, die Rotierungs-

steuer, die Mühlenumsatzsteuer und den Kohlenausfuhrzoll mit aller Schärfe zu bekämpfen.“

Doch auch auf der Gegenseite wird gearbeitet. Nach Mitteilungen der bayerischen Zentrumspreffe haben zwischen dem Kammerpräsidenten v. Dertinger und anderen Mitgliedern der Zentrumsfraktion geheime Besprechungen mit dem bayerischen Finanzminister stattgefunden, um diesen zu veranlassen, den Bundesrat für die Beschlässe der ultramontan-konservativen Mehrheit der Reichstagsfinanzkommission gesigig zu machen. Die Besprechungen scheinen aber auf den bayerischen Finanzminister bis jetzt noch nicht den nötigen Eindruck gemacht zu haben, denn die Zentrumspreffe droht der Regierung, daß sie sich politisch isoliere, wenn sie auf ihrer Vertretung der Erbschaftssteuer und der Ablehnung der Produkte der Finanzkommission beharre.

Aber auch diese Drohungen werden wohl deswegen wirkungslos bleiben, weil — wie die „Münchener Post“ sicher zu wissen glaubt — bestimmte Abmachungen zwischen den süddeutschen Bundesregierungen bestehen, von denen Bayern nicht zurück kann, ohne wortbrüchig zu werden.

Sind sozialdemokratische Vereine Vereine?

Ueber diese sonderbare Frage hatte am Freitag das Oberverwaltungsgericht zu Berlin zu entscheiden. Das Reichsvereinsgesetz hat die Versammlungen der Vereine von der polizeilichen Ueberwachung befreit, in mehreren Orten hat indes die Polizei versucht, auch unter dem neuen Gesetz Versammlungen von Vereinen — natürlich immer von sozialdemokratischen Vereinen! — unter ihrer Ueberwachung zu behalten, indem sie diese Versammlungen schlechweg für öffentliche erklärte. So machte sie es z. B. in Magdeburg und Breslau.

In Magdeburg hatten die Genossen eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins am 18. August 1908 geschlossen, weil zwei Polizeibeamte sie überwachen wollten. In der folgenden Versammlung vom 20. August erzwangen sich wieder zwei Beamte den Zutritt; als ein Genosse polnisch zu sprechen begann, löste einer die Versammlung auf. Der Polizeipräsident gab nachher die Weigerung, die Beamten zuzulassen, als Grund der Auflösung an.

Beschwerden des Genossen Mühs beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten hatten keinen Erfolg. Die Ueberwachung beider Versammlungen und die Auflösung der Versammlung vom 20. August wurde für berechtigt erklärt. Der Oberpräsident stimmte folgender Ausführung des Regierungspräsidenten zu: Das Verbot der Öffentlichkeit sei bei diesen Generalversammlungen gegeben gewesen, trotzdem nur Mitglieder des Vereins gegen Vorgehung des Mitgliedsbuchs Zutritt erlangen sollten. Denn der Verein sei nicht als „geschlossene Gesellschaft“ anzusehen. Seine Mitgliederzahl sei so groß, seine Organisation so lose, der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen geknüpft und so wechselnd, daß von ihm nicht gesagt werden könne, seine Mitglieder bildeten einen in sich abgeschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich miteinander verbundenen Personen. — Diese Gründe sind wörtlich abgeschrieben aus einem Urteil des Reichsgerichts, das in der Begründung des feinerzeitigen Entwurfs des Reichsvereinsgesetzes auf S. 30 angeführt wurde.

In Breslau war eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins am 12. Juni 1908 aufgelöst worden, als der Vorsitzende, Genosse Keulrich, zwei zur Ueberwachung erschienene Polizeibeamte zum Verlassen des Saales aufgefordert hatte. Der Polizeipräsident erklärte ebenso wie der von Magdeburg die Versammlung für eine öffentliche und gab dieselben Gründe an. Außerdem aber bezweifelte er, daß die in der Versammlung erschienenen 100 Frauen schon Mitglieder des Vereins gewesen seien.

Der Breslauer Bezirksausschuß, vor dem Genosse Keulrich klagte, wies die Klage ab, stützte sich dabei aber fast ausschließlich auf die Anwesenheit der Frauen. Genosse Keulrich hatte den Beweis angetreten, daß sie am 12. Juni Mitglieder des Vereins waren, der Bezirksausschuß aber erklärte, sie seien nicht Mitglieder gewesen, denn sie hätten es nicht sein können, weil am 12. Juni das Statut von Frauen noch nichts gesagt habe und durch das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes nicht ohne weiteres eine Statutenänderung eintrete. Eine etwaige Aufnahme von Frauen wäre damals statutenwidrig gewesen. Die Versammlung sei daher eine öffentliche gewesen.

Beide Fälle wurden vor dem Oberverwaltungsgericht gemeinsam verhandelt. Genosse Rechtsanwält Heine vertrat die Kläger. Er legte zunächst dar, daß die Annahmen des Breslauer Bezirksausschusses über die Mitgliedschaft der Frauen total verfehlt seien. Zur Hauptsache führte er dann aus, daß jene im Entwurf des Reichsvereinsgesetzes abgedruckte Reichsgerichtsentscheidung, auf die die Magdeburger und die Breslauer Polizei sich berufen, um die Versammlungen der sozialdemokratischen Vereine für öffentliche zu erklären, schon in den Verhandlungen des Reichstages und seiner Kommission über das Vereinsgesetz abgehandelt worden sei. Als von Abgeordneten darauf hingewiesen worden sei, daß solche Auslegung es völlig in das Belieben der Polizei stellen würde, Vereinsversammlungen ihrer Ueberwachung zu unterwerfen, habe der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern erklärt, er habe nur eine Möglichkeit angedeutet, aber keineswegs hätte die Polizei darauf hingewiesen werden sollen, daß sie auf Umwegen Vereinsversammlungen der für öffentliche Versammlungen gegebenen Vorschriften unterwerfe. Danach könne jene Auslegung also nur in ganz besonderen Ausnahmefällen getan. Und ohne die Erklärung des Staatssekretärs und einige andere ähnliche wäre die Bestimmung über die öffentlichen politischen Versammlungen keinesfalls in der gegebenen Form angenommen worden. Nach alledem stehe fest, daß nach dem Willen des Gesetzgebers die Versammlungen der politischen Vereine in allen normalen Fällen als nicht öffentliche anzusehen seien.

Anschließend daran hob Heine hervor, daß das Kammergericht eine andere, bessere Definition des Begriffs Vereinsversammlung gegeben habe, als das Reichsgericht in der erwähnten Entscheidung. Es verlange von einem geschlossenen Kreise im Gegensatz zu einer öffentlichen Zusammenkunft, daß seine Teilnehmer nach innen miteinander verbunden seien, und erkläre, daß die Verbindung auf persönlichen Beziehungen beruhen könne, die entweder schon vorhanden seien, oder erst durch die Vereinigung hergestellt würden, daß dieses innere Band aber auch in der Gemeinsamkeit des Zwecks liegen könne. Bei den sozialdemokratischen Vereinen in Breslau und Magdeburg liege der gemeinsame sachliche Zweck auf der Hand. Er bestehe in der statutarischen und notorisch höchst energisch betriebenen Vertretung der politischen Ziele der Sozialdemokratie. Auch

persönliche Beziehungen seien vorhanden und eine Abgrenzung der Mitgliedschaft nach außen, die noch schärfer werde durch die Klage durch die Behörden und gewisse Gesellschaftskreise, der in Preußen jeder verfallt, der sich der sozialdemokratischen Organisation anschließt.

Der vom Minister des Innern als Kommissar entsandte Regierungsrat Ködenbed trat Begegnendweise dem Verteidiger entgegen und wollte, daß der Magdeburger und Breslauer Polizei rechtgegeben werde. Seine Gründe waren die des ReichsgerichtsUrteils.

Das Oberverwaltungsgericht kam nach langer Beratung in dem Streitfall aus Magdeburg zu einer dem Kläger günstigen Entscheidung. Es gab der Klage des Genossen Mühs statt.

In der Breslauer Sache entschied jedoch das Gericht zu Ungunsten des Genossen Keulrich, indem es seine Verurteilung gegen das Urteil des Bezirksausschusses zurückwies.

Da die Gründe nicht publiziert, sondern dem schriftlichen Erkenntnis vorbehalten wurden, so kann man nicht sagen, welche Erwägungen für den Senat maßgebend waren. Es kann nur vermutet werden, daß sich der Senat in der prinzipiellen Hauptfrage dem Kläger angeschlossen hat, in dem Breslauer Fall aber vielleicht wie der Bezirksausschuß betreffs der Mitgliedschaft der Frauen Bedenken hatte. Indessen, hierüber werden erst die schriftlichen Urteile Klarheit bringen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Juni 1908.

Der Kaiser und Ballin.

Die Hamburg—Amerika-Linie, deren Generaldirektor bekanntlich Herr Ballin ist, erläßt folgende, vom offiziellen Wolffschen Telegraphenbureau sofort in alle Welt hinausgehende Bekanntmachung:

„Dem Kaiser war Meldung davon gemacht worden, daß die Nachricht, Seine Majestät sei verhindert, in diesem Jahre Hamburg zu besuchen, hier (in Hamburg) große Enttäuschung hervorgerufen habe. Darauf ist jetzt vom Kaiser die Antwort eingegangen, er werde danach trachten, noch rechtzeitig zum Tage der großen Elbregatta in Hamburg einzutreffen. Der Kaiser wird, da er vermutlich in Danzig die „Hohenzollern“ verlassen und die Reise nach Hamburg im Sonderzug zurücklegen wird, hier an Bord des Schnell-dampfers „Deutschland“ Wohnung nehmen, bis die „Hohenzollern“, die die Reise durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal macht, eingetroffen ist.“

Es ist uns ziemlich gleichgültig, ob der Kaiser zur großen Elbregatta nach Hamburg fährt; aber als Beweis der guten Beziehungen, die neuerdings wieder zwischen Wilhelm II. und Herrn Ballin bestehen, ist das obige Telegramm von politischem Interesse.

Die idealen Motive der Steuerdrückeberger.

Der Kampf um das „lechte Fünftel“, das heißt um die 100 Millionen Mark, die durch sogenannte Besitzsteuern gedeckt werden sollen, treibt die schönsten Mägen. Da die staats erhaltenden Parteien sich nicht darüber zu einigen vermögen, welche Schicht der Besitzenden zu diesen 100 Millionen am meisten beitragen soll: die ländlichen Großgrundbesitzer, der Handel, die hohe Finanz, die Börse oder die Großindustrie, so beschuldigen sie sich gegenseitig des traffesten materiellen Eigenntums, während sie für sich selbst die hehrsten idealen Motive in Anspruch nehmen. Und wie immer in solchen Fällen brüsten gerade jene Blätter sich am meisten mit ihrem Idealismus, die am einseitigsten die Interessen ganz bestimmter Erwerbskreise vertreten. So befindet sich z. B. unter jenen Zeitungen, die am beweglichsten über die „Politik der materiellen Interessen“ klagen, die Bremer „Beferzeitung“, das Organ der Bremer Exporteure und des Norddeutschen Lloyd.

Das hat die Kerikale „Köln. Volkztg.“, die übrigens auf keiner viel höheren politischen Ebene steht, wie es scheint, arg beschimpft, denn spöttisch antwortet sie: „Das ist doch neu, daß die Mehrheitsparteien der Finanzkommission eine „Politik der materiellen Interessen“ betreiben, die Liberalen aber nicht. Letztere sind wohl zu idealistisch dazu! Es hat eine Zeit gegeben, aber sie liegt schon lange hinter uns, wo man die Liberalen für Idealisten hielt. Man dachte bei einem Liberalen an einen „Marquis Bosa“ in der Westentasche mit seinem „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ Aber heute? Wer die Liberalen echter Klasse studieren will, der gehe in die Börse — natürlich, wenn Vorkenntnisse sind. Es ist geradezu wunderbar, so etwas aus einem Bremer Blatt zu hören. Der genius loci der alten Hanfschiffahrt muß sich dagegen empören. So viel materialistische Besinnung, wie in dieser kleinen Handelsrepublik ausgesprochen ist, genügt fast, um ein großes Reich zu versorgen. Von den Handelsherren an der Weser und Elbe hat man gesagt, wo andere Leute das Herz hätten, sie bei ihnen eine Redemmaschine. Und so was rümpft die Nase über eine „Politik der materiellen Interessen!“ „Cant“, sagt man in England.“

Das Kölner Blatt hat nicht unrecht; aber um die „idealen“ vaterländischen Motive der Konservativen und des Zentrums ist es nicht besser bestellt. Beide sinken.

Eine staatliche Wertzuwachssteuer.

Die Lippische Regierung hat dem Landtage eine Vorlage über die Besteuerung des Wertzuwachses zugehen lassen.

Nach der Vorlage sind Stadt- und Dörfgemeinden befugt, unter Zustimmung der Regierung eine Abgabe vom Wertzuwachs der in ihrer Bemerkung gelegenen Grundstücke zu erheben. Der Staat ist berechtigt, von dem Ertrage der Wertzuwachssteuer noch Abzug der Veranlagungskosten bis 25 Prozent für sich zu beanspruchen. Das gleiche Recht steht den Amtsgemeinden gegenüber den Dörfgemeinden zu. Dafür sind Staat und Amtsgemeinden verpflichtet, diese vereinnahmten Beträge zugunsten der Gemeinden zu verwenden, aus denen die Beiträge kommen. Den Gemeinden ist Auskunft über die Verwendung zu geben.

Die Steuer wird bei Wechsel in Eigentum eines Grundstücks oder Grundstücksanteiles erhoben. Vergewerks über oder unter Tag gelten als Grundstücke. Eigentumsübergang, herbeigeführt durch Enteignungsverfahren, gilt als Eigentumswechsel. Tausch von Grundstücken gilt als doppelter Eigentumswechsel und die Steuer wird für jeden dieser Wechsel besonders gerechnet.

Die Steuer wird nicht erhoben: bei Erbfall oder bei Schenkung unter Lebenden im Sinne des Reichserbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906. Bei Uebertragung von Grundstücken an Ehegatten und Abkömmlingen sowie beim Einbringen eines Grundstücks in das eheliche Gesamtgut, bei Einbringung in eine Gesellschaft, wenn diese aus dem Veräußerer und seinen Abkömmlingen besteht, bei Teilung von Grundstücken unter Miteigentümern, bei Verkopplungen, bei gerichtlichen Zwangsversteigerungen, bei Abtretung zu öffentlichen, gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken.

Ein sehr schlechter Witz.

Die vom Reichsverband bediente Presse hat wieder einmal ein Beweisstück für die Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie aufzuweisen.

In der „Frankischen Tagespost“ zu Nürnberg stand vor einiger Zeit ein Artikel ihres Londoner Korrespondenten, in dem es hieß:

Was in aller Welt könnte das deutsche Proletariat verlieren, wenn es unter die Regierung französisch-englischer Gouverneure käme? Und was könnte das britische Proletariat verlieren, wenn es unter deutsche Herrschaft käme? Die deutschen Polizisten und Bureaucraten würden sich schon in englischer Luft humanisieren. Und die deutsche Konstitution wäre gewiß besser, wenn sie von englischen Parlamentariern gemacht worden wäre. Ein englischer Jingo ist noch ein Freiheitsheld, verglichen mit einem deutschen oder österreichischen Liberalen. Die schlimmste Folge der deutsch-britischen Rivalität besteht meines Erachtens nicht im Ausbrüche eines Krieges, sondern in der Vergiftung der sozialistischen und Arbeiterpartei beider Länder mit nationalistischen Bazillen.

Der Ordnungspreste verrät diese Stelle eine an „Hochberrät grenzende Gesinnung“ und dergleichen mehr. Wir halten dafür, daß der Londoner Korrespondent einen Wit machen wollte, daß er in ironischer Form die Unmöglichkeit einer Eroberungspolitik zeigen wollte. Daß dieser Wit ein schlechter, ein sehr schlechter ist, darüber ist freilich kein Zweifel.

Sollte aber die Stelle wider alle Wahrscheinlichkeit ernst gemeint sein, so müßten wir sie entschieden zurückweisen.

Auf keinen Fall aber hat die Ordnungspresse ein Recht, diese Neuerung eines einzigen Genossen der Sozialdemokratie aufzubürden. Die deutsche Sozialdemokratie hat stets das Recht der Wähler auf nationale Unabhängigkeit entschieden verfochten, hat allezeit den Heroismus unzweifelhaft bekämpft. Und wenn ein einzelner Genosse in einem Parteiblatt, dessen Vorliebe für geistreiche Extrapoluren bekannt ist, abweichende Ansichten kundgibt, so werden dadurch die zahlreichen Rundgebungen der Partei zum selbstigen Thema nicht ausgelöst.

Preussische Sparsamkeit.

Wir haben in den letzten Wochen mehrfach geschilbert, in welcher höchst eigenartigen Weise der preussische Fiskus spart; wie er enorme Summen für überflüssige Repräsentationen, Inspektionsreisen, bureaukratische Unfänglichkeiten verbraucht, während andererseits die Löhne der Staatsarbeiter und die Ausgaben für durchaus notwendige Zwecke aufs äußerste beschnitten werden.

Ein neues Beispiel für diesen seltsamen Spartrieb finden wir in der „Frankf. Ztg.“ berichtet. Das Blatt erzählt:

„In einer westfälischen Stadt befindet sich eine Strafanstalt, die durchschnittlich 30 Gefangene beherbergt. Deren Verpflegung besorgt die Frau des Anstaltsleiters, die dafür pro Mann und pro Tag 1 Mark Vergütung erhält. Das ist wahrlich nicht viel, wenn man bedenkt, daß die betreffende Stadt in einem Industriebezirk liegt. Dem jetzt an der Sparsamkeitsmanie leidenden preussischen Fiskus erschien die Ausgabe jedoch zu hoch und er ließ durch den zuständigen Amtsrichter die Frau anweisen, die Verpflegung für etwa die Hälfte des Preises zu besorgen. Unter Zustimmung des Amtsrichters erklärte die Frau, daß sie das nicht könne, und ersterer berichtete demgemäß. Darauf erfolgte von der Oberbehörde der Befehl an den Amtsrichter, die Frau nochmals aufzufordern, sich mit dem niedrigeren Preise zufrieden zu geben, und, falls sie das nicht tue, ihren Mann die Strafverfolgung anzudrohen. Unter Zustimmung des Amtsrichters erklärte die Frau zum zweitenmal, daß sie das Verlangen nicht erfüllen könne, da sie dann noch zu sehen müsse, zumal ihre Tochter, die sie bei der Verpflegungsbearbeitung unterstützen, demnächst heirate, und sie sich dann ein Dienstmädchen halten müsse. Der Amtsrichter, ein verständiger Mann, berichtete demgemäß und erhielt darauf von seiner Oberbehörde den definitiven Befehl, er habe dem Kasellan zu eröffnen, daß er bei nächster Gelegenheit verfehrt werden würde.“

Der Fall ist um so ungeheurer, als seit dem 1. Oktober vergangenen Jahres der preussische Fiskus für die Verpflegung und Verpflegung im Gefängnis 1 M. pro Kopf und Tag von dem Gefangenen fordert. Trotzdem vermögen wir bei unseren preussischen Zuständen die Hoffnung des Frankfurter Blattes nicht zu teilen.

Das „Herzfeuer des kleinen Mannes“.

Aus den Kreisen der rheinisch-westfälischen Grubenmagnaten ist der „Post“ ein langer Artikel zugegangen, der Betrachtungen anstellt über die Wirkung des Kohlenanfuhrzoll. Es wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Grubenindustrie geographisch so gelegen ist, daß sie auf den Export in das nahe Ausland angewiesen ist. Die Erleichterung der Kohlenanfuhr würde zu Arbeiterentlassungen und Betriebsbeschränkungen führen müssen. In allen Ländern, nach denen deutsche Kohle ausgeführt wird, müßte mit dem englischen Wettbewerb gerundet werden, und es sei deshalb völlig ausgeschlossen, daß ein deutscher Kohlenanfuhrzoll auf das Ausland abgewälzt werden könne. Der geplante Zoll sei pro Tonne genau so hoch, als wie der Verdienst der bisher erzielt worden ist. (?)

Unter diesen Umständen bleibe nichts anderes übrig, als die Erhöhung der inländischen Preise. Das trübe aber nicht allein die bearbeitende Industrie, sondern auch die kleinen Kohlenverbraucher. Die Kohlemagnaten hätten die Hoffnung, daß der Reichstag nicht dafür zu haben sei, das „Herzfeuer des kleinen Mannes“ zu verheuern.

Schließlich wird noch betont, daß auch eine Verminderung der Frachtmehrmengen der Staatsbahnen eintreten müßte, so daß das, was das Reich gewänne, dem Staate Preußen zum erheblichen Teile entgehen würde.

Die Verfolgung der Kohlemagnaten um das Herzfeuer des kleinen Mannes ist wirklich rührend.

Beamtenneutralität bei den Wahlen.

Der bairische Minister Freiherr v. Balthmann hat angeordnet, daß die ihm unterstellten Amtsvorstände bei den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen sich neutral verhalten und an den Wahlkämpfen nicht teilnehmen.

Diese Maßregel richtet sich gegen die Nationalliberalen, die bisher gewohnt waren, daß sich der ganze Apparat der politischen Verwaltungsbeamten in ihren Dienst stellte. Noch bei den Wahlen 1905 waren liberale Amtsmänner lebhaft tätig für die Nationalliberalen und vertraten auch das Blochabkommen mit der Sozialdemokratie, das die Zentrumsherrschaft im Landtage verhinderte. Der Minister v. Balthmann soll der konservativen Partei zuneigen.

Totenfeier für Theodor Barth. Die Demokratische Vereinigung veranstaltete am Mittwoch, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 58/59, eine öffentliche Versammlung, die dem Abenden Theodor Barths gewidmet sein soll. Anwesend waren: Dr. Breitscheid als Vorsitzender des Zentralschiffes, Ingenieur Lüdemann als Vorsitzender des Ausschusses und Frau Anna Cauer.

Verichtigung.

Der Zeitungsdruckfehler, der es als schwarzer Reaktionsler seit jeher liebt, dem „Vorwärts“ böse Streiche zu spielen, hat sich gestern in seiner Verknüpfung einen ganz besonderen Schabernack geleistet, indem er aus der in der „Politischen Wochenschrift“ enthaltenen Notiz „Matte Seelen“ das Biat und die Schlusssätze in die „Merikale Ggendsammerung“ hübergeschmuggelt hat und vica versa — vielleicht war der nervöse schwarze Herr der Ansicht, daß es auch bei den Nationalliberalen Dämmerngustände gibt und bei den Merikalen matte Seelen. Wir bitten deshalb zu beachten, daß das in der Notiz „Merikale Ggendsammerung“ enthaltene Biat nebst den folgenden Schlusssätzen zur Notiz „Matte Seelen“ gehört, und diese letztere dafür rechtmäßig die beiden letzten Absätze an die erstgenannte Notiz abzuliefern hat.

Frankreich.

Der Streik der Seeleute.

Paris, 4. Juni. Wie aus Marseille gemeldet wird, beschloßen die Kapitäne der Handelschiffe in einer Versammlung, sich dem Ausstände der eingeschriebenen Seeleute nicht anzuschließen, sondern die Streikenden aufzufordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie erklärten sich bereit, zwischen den Streikenden und den Reedern zu vermitteln und letztere zur Annahme einzelner Forderungen der eingeschriebenen Seeleute zu bewegen.

Zerstörte Leitungen.

Paris, 4. Juni. Die Zerstörung von Telefon- und Telegraphenlinien in der Provinz dauert fort. So wurden gestern bei Havre 14 Telegraphendrähte, bei Amiens mehrere Telephondrähte von bisher unbekannt gebliebenen Missetätern durchgeschnitten.

Italien.

Unter Bundesgenossen.

Rom, 4. Juni. Der „Popolo Romano“ beschäftigt sich in seiner heutigen Nummer mit der soeben unter dem Titel „1912?“ erschienenen Broschüre, die ungeheure Mittel für Flottenausrüstungen gegen Oesterreich-Ungarn fordert. Gegenüber den Gerüchten, der Autor der Broschüre sei ein ehemaliger Minister des Aeußern, bemerkt das Blatt, daß schon ihre Verfäße genüge, um diese Legende zu zerstören. Die Schrift werde das Gegenteil von dem bewirken, was sie beabsichtige.

Rußland.

Die Glaubensfreiheit.

Petersburg, 4. Juni. Reichsduma. In der heutigen Sitzung kam der Gesetzentwurf über den Uebertritt aus einer Konfession in die andere zur Beratung. Gleich nach dem Referenten erklärte Ministerpräsident Stolypin, bei dem allgemeinen Interesse, welchem die Toleranzgesetze begegneten, sei es notwendig, den Standpunkt der Regierung in Fragen der Glaubensfreiheit klarzustellen. Seit zwei Jahrhunderten seien die Beziehungen der herrschenden Kirche zu den anderen Konfessionen auf gewöhnlichem, gesetzgeberischem Wege erliebt worden. Die Kirche müsse ganz selbständig sein in dogmatischen, kanonischen Fragen, sie müsse auch ganz autonom in Fragen der rein kirchlichen Gesetzgebung handeln, doch müsse der Staat die Freiheit behalten, die Beziehungen der Kirche zum Staate zu regeln. Nachdem der Ministerpräsident die Bedeutung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche für den inneren Frieden hervorgehoben, verteidigte er insbesondere die Regierungsvorlage betreffend den Uebertritt aus einer christlichen Konfession zu einer nichtchristlichen. Hierzu führte er aus, daß, wenn man auch in der Theorie für absolute Gewissensfreiheit sein könne, die Notwendigkeit, die Freiheit des Uebertritts aus einer christlichen in eine nichtchristliche gesetzlich zu proklamieren, größte Zweifel bezeuge. Alle westeuropäischen Gesetzgebungen hätten gegenüber dem Prinzip der Gewissensfreiheit dem Volksglauben und den Volkstraditionen Konzessionen eingeräumt. Unter anderen Beispielen erwähnte er, daß in Preußen der Gewissensfreiheit Schranken gezogen seien, indem bei einem Konfessionswechsel Anmeldung erforderlich sei und noch zwei Jahre lang Beiträge an die frühere Gemeinde gezahlt werden müßten, die Kinder konfessionslos erlernen seien dort sogar zum Religionsunterricht verpflichtet.

Fortisierend fragte Stolypin, weshalb der Geist des russischen Volkes einer trodenen, ihm unverständlichen Theorie zum Opfer gebracht werden solle, etwa, um einigen jehü Personen, die schon ungestraft vom Christentum abgefallen seien, gesetzlich die Möglichkeit zu geben, sich offen von der Kirche loszureihen. Er wüßte nicht, daß in die Gesetzgebung des streng orthodoxen russischen Staates Prinzipien Eingang finden, die in den Augen des Volkes die rechte Orthodoxie und das Christentum mit Nichtchristentum gleichmachten. Es sei dies eine ernste Gewissensfrage. Die Regierung, weder rechts noch links abweichend (Allgemeine Bewegung), gehe nur den einen geraden, vom Kaiser durch das Manifest vom 30. Oktober gewiesenen Weg. Die Duma möge alle parteipolitischen Interessen beiseite stellen. Ein Gesetz, das dem Glauben eines jeden Freiheit gewähre, werde das Volk selbstverständlich begreifen, doch nicht ein Gesetz rein reklamhaftes Charakters, das ausspricht, Orthodoxie und Christentum seien dem Heidentum, Mohammedanertum und Judentum gleichgestellt. Zum Schlusse hat der Ministerpräsident um Annahme der Regierungsvorlage und sagte: Seid eingedenk, dieses Gesetz wird vom russischen Kaiser bestätigt werden, der für mehr als hundert Millionen seines Volkes der orthodoxe Kaiser war, ist und sein wird. (Anhaltender Beifall rechts und teilweise beim Zentrum.)

Marokko.

Mulay Hafid Antisemitismus.

Paris, 4. Juni. Aus Fez wird dem „Matin“ gemeldet: Sultan Mulay Hafid habe den dortigen Juden verboten, sich auf den Terrassen ihrer Häuser aufzuhalten, da er nicht wüßte, daß sie auch nur von ferne auf den von ihm aus der Terrasse des Wachsenspalastes erbauten Pavillon sehen. Auf Zuwiderhandelnde würde geschossen werden.

Afrika.

Das vereinigte Südafrika.

London, 4. Juni. Einer Blättermeldung aus Kapstadt zufolge hat eine aus den Mitgliedern der Parlamente der Kapkolonie, der Dranjeflug- und der Transvaal-Kolonie bestehende Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen die Verfassung für das Vereinigte Südafrika angenommen.

Amerika.

Der galante Senat.

Washington, 4. Juni. Der Senat ermächtigte den Zoll auf Damenhandschuhe von 175 auf 125 Cent das Duzend.

Die deutschen Arbeitslöhne.

Washington, 4. Juni. Der Senat hat eine Resolution des Senators Lafollette angenommen, in der Präsident Taft ersucht wird, er solle dem Senat die Korrespondenz des Staatsdepartements mit der deutschen Regierung oder ihren Vertretern bezüglich des deutschen Lohnrechts unterbreiten.

Soziales.

Aus den Geheimakten der Berufsgenossenschaften.

Unter der viel besagenden Spitzmarke „Streng vertraulich“ versendet soeben die Sektion III der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Verufsgenossenschaft in Elberfeld an ihre Mitglieder eine Restantenliste derjenigen Mitglieder der Sektion III, welche der Verufsgenossenschaft bis Ende 1907 (!) noch Beiträge verschuldet. Diese „streng vertrauliche“ Liste ist sowohl wegen der ungeheuerlich hohen Summe, welche die Unternehmer ihrer Verufsgenossenschaft pflichtwidrig restieren, als auch wegen des kolossalen Umfangs der säumigen Zahler beachtenswert und lehrreich. Das Gebiet der Sektion III der genannten Verufsgenossenschaft erstreckt sich auf 18 Kreise und umfaßt das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet. Nicht weniger wie 571 Unternehmer bezw. Firmen mit einer Gesamtsumme von rund 73 000 M. (!) weist die Liste auf. An der Spitze

markiert auffallenderweise der Kreis Elberfeld, der sich des Vorstandes, sowohl in Bezug auf die Gesamtsumme als auch in Bezug auf die Zahl der Restierenden. Elberfeld weist nämlich 90 Restanten aus dem Jahre 1907 mit einer Gesamtsumme von rund 12 000 M. auf. Der Höchsthoch eines Schuldners beträgt 766,61 M. Dann folgt der Stadtkreis Essen mit einer Gesamtsumme von rund 11 000 M. und 64 Restanten, von denen der Höchsthoch mit 1101,59 M. verzeichnet ist. Duisburg mit 57 Restanten hat 8550 M. zu zahlen, der „faulste“ unter ihnen schuldete 1009,21 M. D. - Ruhrort hat 41 Restanten, die insgesamt 6650 M. zahlen müssen, der Höchsthoch der Schulden beträgt hier 743,68 M. Den Rekord im Wettbewerf der einzelnen um die höchsten Beitragschulden schlägt W. Arnen, wo ein einzelner Unternehmer 1540,24 M. (!) aus dem Jahre 1907 restiert. 54 Restanten haben hier 6500 M. zu decken. Der Landkreis Essen hängt mit rund 5000 M., worin sich 34 Unternehmer zu teilen haben. Der höchste Rest beträgt hier 794,88 M. In Oberhausen sind noch 4700 M. von 26 Restanten aufzubringen, der Höchsthoch Restbetrag beträgt hier 1002,06 M. Dann folgen Kreis Mettmann mit 3200 M. und 29 Restanten, W. Uheim (Ruhr) mit 2050 M. und 32 Restanten, Remscheid mit 1500 M. und 18 Restanten, Rees mit 660 M. und 10 Restanten und Lennep mit 244 M. und 6 Restanten. Weitere 43 Firmen mit einer Gesamtsumme von 4350 M. sind dann noch zerstreut über die Rheinprovinz und Westfalen als Restanten aufgeführt.

Wenn eine einzige Sektion noch aus dem Jahre 1907 rund 73 000 M. rückständige Beiträge schuldet, wie mag sich da erst das Gesamtbild der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Verufsgenossenschaft gestalten! Ramentlich auch, wenn man noch einen Einblick in die Massenverhältnisse von 1906 tun könnte. Im Jahre 1907 tobte der große Kampf im Baugewerbe, voran die Oberschneidmacher im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Hier die Quittung. Wenn der letzte Groschen für die Bekämpfung der Arbeiterorganisationen ausgegeben wird, da kann man natürlich seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommen. Es ist interessant, die Liste durzugehen, man findet darin außerordentlich viel bekannte Namen aus der Kampfperiode. Unter solchen Umständen kann man sich auch den Sturmlauf der Verufsgenossenschaften gegen die Unfallrentner erklären. Den Opfern des Kapitals muß das wieder abgezockt werden, was die Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen verpulvert haben und nun ihren Verufsgenossenschaften nicht zahlen können. Die „sehr vertrauliche“ Restantenliste der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Verufsgenossenschaft ist aber auch noch interessant bezüglich der Verwaltungspraxis in Massenangelegenheiten. 1540 M. rückständige Beiträge bei einer Firma!

Das hätte eine Arbeiterorganisation sein sollen, wie würden die Herren von den Verufsgenossenschaften den „Moralischen“ herausgesteckt und die Nase gerümpft haben!

Arbeiterhauvorschriften und der Regierungspräsident.

Am 1. April dieses Jahres traten die bundesrätlichen Bestimmungen über den Betrieb der Anlagen in der Groß-Eisenindustrie in Kraft, die durch die Bekanntmachung des Reichs-Lanzlers vom 19. Dezember 1906 erlassen und von uns nebst den Ausführungsbestimmungen wörtlich veröffentlicht worden sind. Nach dieser an sich unzureichenden Verordnung müssen die Arbeiter bei zwölfstündiger Arbeitszeit mindestens zwei Stunden Pause haben.

Als die Bestimmungen in Kraft getreten waren, ist auf der Waidon-Hütte in Rattowich eine einstündige Mittagspause eingeführt worden. Am 22. Mai wurde jedoch vom Hüttenmeister ein Plakat folgenden Inhalts im Walzwerk ausgehängt:

„Nachdem im vorigen Monat infolge der langen Mittagspausen unter vielen Abförschichten die Löhnung schlecht ausgefallen ist, hat sich unsere Verwaltung in einem Gesuch um Abkürzung der Mittagspause an den Regierungspräsidenten gewandt. Was zur Erledigung dieser Angelegenheit ist es uns gestattet worden, nur eine halbstündige Mittagspause zu machen.“

Wir werden deshalb von Montag ab nur eine Mittagspause von einer halben Stunde machen.“

Diese Verfügung entspricht nicht der Bundesratsverordnung. Die Arbeitszeit währt jetzt von früh 6 bis abends 6 Uhr. Es kommen Tage vor, an denen sämtliche Pausen im ganzen nur eine Stunde betragen.

Regelmäßige Frühstück- und Vesperpausen gibt es nicht. Die Arbeiter können nur bei Ablösung frühstücken oder vespern. Die Bekanntmachung hat deshalb bei den Arbeitern mit Recht große Entrüstung hervorgerufen.

Welche Maßregeln denkt der Reichs-Lanzler zu ergreifen, um die Erfüllung der Verordnung durchzusetzen, die ja nur eine Vorbereitung zu weitergehenden Schutzmaßnahmen nach den Erklärungen der Reichsregierung sein soll?

Wer ist Arbeitgeber?

Die Frage, wer Arbeitgeber ist, spielt insbesondere im Baugewerbe eine recht erhebliche Rolle. Zwei solcher Klagen beschäftigten gestern die Kammer 4 des hiesigen Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gerik.

1. Zwei Bauarbeiter klagten gegen den Bauunternehmer Wlaesing und dessen Polier Goulnik. Dem Polier waren bei einer kleinen Bierreise durch einige Schankwirtschaften die Papiere der Arbeiter verloren gegangen. Als die Klager entlassen wurden, hatten sich diese noch nicht wieder angefinden und so vergingen trotz der Vermählungen der Klager noch einige Tage, bevor sie in Besitz von Ersatzinvaliden gelangten. Sie fordern für die Zeit, für die sie infolge des Bestehens der Invalidenarten anderweitige Beschäftigung nicht erlangen konnten, Ersatz des durch den Verdienstausfall entstandenen Schadens von 27 M. bzw. 22,50 M. Im getrigen Termin erschien der Polier, mit Vollmacht für den Beklagten Wlaesing versehen, in dessen Auftrag er geltend machte, daß nur er und nicht Wlaesing der Arbeitgeber der Klager war. Durch Befragen wurde festgestellt, daß G. zwar Steuerbesteuern zahlte und bei der Verufsgenossenschaft als Arbeitgeber gemeldet ist, aber von Wlaesing bis zur Beendigung des Baues 60 M. Wochenlohn erhält. Das Gewerbegericht betrachtete den Bauunternehmer Wlaesing als den Arbeitgeber des Klagers und den Polier als dessen Polier, und verurteilte Wlaesing den Klageanträgen entsprechend.

2. Gegen den Inhaber eines Zimmereigenschäfts Friedrich Kroll klagten der Zimmerpolier K. und der Arbeiter M. auf Zahlung von je 36 M. rückständigen Lohnes. Der Beklagte macht geltend, daß nicht er, sondern der Bauunternehmer Goldmann der Arbeitgeber der Klager gewesen sei. Dies wurde von den Klägern nicht in Abrede gestellt. Sie glauben sich aber trotzdem an den Beklagten halten zu dürfen, da er ihnen gegenüber, weil die Unbermöglichkeit Goldmanns allgemein bekannt war, für die Leistung der Lohnzahlungen die Pflicht übernommen hat. Das Gewerbegericht hielt zwar den Rechtsanspruch der Klager an den Beklagten nicht für unbegründet. Da aber nicht dieser, sondern Goldmann der Arbeitgeber war, wurde die Klage wegen sachlicher Unzulänglichkeit des Gewerbegerichts abgewiesen. Die Klager müssen also, um zu ihrem vom Beklagten verbürgten Lohn zu gelangen, beim Amtsgericht ihre Klagen anhängig machen.

Gewerkschaftliches.

Der „gute Ton“.

In der bürgerlichen Presse aller Parteien werden von Zeit zu Zeit die beweglichsten Klageblätter angestimmt über den „rüden Ton“ der Agitatoren der Gewerkschaften und auch der Partei, und ebenso die angeblich „rohe Schreibweise“ der Arbeiterpresse. Dieser Vorwurf ist durchaus nicht neu, nicht einmal originell; die Großen und Mächtigen der Erde haben stets und überall den Unterdrückten den Vorwurf gemacht, daß sie ihre Wünsche und Forderungen nicht in die geeignete Form kleiden. Demokraten sind immer groß. Nun besteht aber in bezug auf die Umgangsform ein großer Unterschied. Man mag vielleicht in seinem Verkehr mit Andersdenkenden nicht immer alle Höflichkeitsformen auf das peinlichste berücksichtigen, man mag seine Entrüstung oder seine Angriffe in grobe Worte kleiden. Das ist im Kampfe der Geister gewiß nicht das Schlimmste. Die Arbeiter haben überdies noch die Entschuldigung, daß ihre ganze Erziehung und ihr Bildungsgang es ihnen nicht immer leicht macht, die Formen einer „überrückten Höflichkeit“ mit allem Geschick zu handhaben.

Viel schlimmer aber, als grobe Worte und Ausdrucksformen, ist jedenfalls die gehässige, persönlich verletzende Art der Polemik, welche vielfach von den Soldschreibern der Unternehmer gegenüber den Arbeiterführern beliebt wird. Mit besonderem Behagen wird namentlich von den Herren Generalsekretären der Unternehmerverbände den Arbeiterführern die Wegzählung vorgeworfen, obgleich gerade diese Herren sich lediglich der hohen Gehälter wegen in den Dienst des Kapitals stellen. Nicht wenige von ihnen haben ihre Beamtenstellungen verlassen, um bei dem industriellen Unternehmertum höhere Gehälter zu erlangen. Dagegen sind die Führer der Arbeiterschaft, sowohl die der Gewerkschaften wie die der politischen Partei bis auf wenige Ausnahmen aus den Reihen der Arbeiter selbst hervorgegangen. Sie kämpfen für ein Ideal.

In nächstemem wieder ein Beispiel, wie ungemein gehässig gerade von Seiten jener vom Unternehmertum bezahlter Sekretäre gegen die Führer der Arbeiterschaft gehetzt wird. Sagte da vor kurzem ein Kongreß der Cafésiers in Berlin, um einen Verband der Cafésiers zu gründen. Die Beteiligung stand in einem argen Mitzverhältnis zu der mit großem Lantam eingeleiteten Zusammenkunft. Dem Rufe, der an alle Cafésiers „aller Gauen Deutschlands“ erging, waren nur einige Delegierte aus vier Städten gefolgt. Es kam aber doch zur Gründung eines Verbandes. Dieser richtet seine Spitze im wesentlichen gegen die organisierten Cafésiers an.

Der Berliner Verein der Cafésiers besteht schon längere Zeit; seine Mitglieder sehen sich im wesentlichen zusammen aus den Inhabern anrüchiger Nachtcafés, vor allem trifft dies auf die Leiter des Vereins zu. Der zweite Vorsitzende, Herr Verlowicz, wurde vor kurzem wie der „Vorwärts“ vom 18. Mai mitteilen konnte, wegen Duldung von Glücksspielen bezw. Weisheit zu 7 Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein großer Teil der Mitglieder ist semitischer Herkunft, woraus wir ihnen sicherlich keinen Vorwurf machen wollen, interessant ist dagegen, daß sie sich einen alldutschen antifemistischen Journalisten zugelegt haben, der als Verbandsredakteur und Sekretär die Vermittlung der organisierten Cafésiers zu betreiben hat. Wie dieser Herr seine Aufgabe auffaßt und zur Ausführung bringt, davon hier eine kleine Probe. Zur Gründung eines Verbandes schreibt er im Verbandsorgan u. a.:

„Noch besitzt der Auswurf des Angestellten die Stirn, das junge Unternehmen mit seinem gemeinen Spott zu überschütten. Wir wissen aber heute schon, daß in nicht allzu ferner Zeit die Stunde der Abrechnung schlagen wird. Eine reinliche Scheidung unter den Angestellten wird auch eine der vornehmsten Aufgaben des Verbandes sein, der auch wir uns mit ganz besonderem Interesse zu widmen gedenken. Arbeit muß geschaffen werden. Mit den Mächtigen und anständigen Cafésiersangehörigen muß eine Einigung, muß ein friedliches und erquickliches Für- und Nebeneinander-Arbeiten erzielt werden. Bei gegenseitiger Achtung vor einander wird es nicht schwer sein, diesen Weg zu beschreiten. Der organisierte Pöbel aber, der in Kadaverbesammlungen seine Organe feiert, der mit schlaner Berechnung seiner bezahlten „Führer“ Mitzrauen und Hoch zwischen Angestellte und Prinzipale sät, er gehört auf die Straße.“

Mit eiserner Energie muß an der Verwicklung dieser und vieler anderer Aufgaben gearbeitet werden. Das ist eine Lebensaufgabe, die wohl des Schweiges der Ecken wert ist.“

In der Gründungsversammlung selbst hielt dann Redakteur Sommer eine Rede, der wir folgende Stellen entnehmen: „Bedauerlich ist eben nur, daß diese Angestellten, speziell in Berlin, sich bisher zu keinem größeren Verein zusammengeschlossen haben und daß sie somit oft mit anderen anrüchigen Elementen verwechselt werden. Meine Herren, damit komme ich zu der anderen Kategorie. Es sind das eine Horde raus- und handelsfähiger Kumpane, wie sie die Gasse der Großstadt erzeugt. Da sie nicht selbst fähig sind, das Wort für ihre Interessen zu führen, unterhalten sie für schweres Geld eine Reihe Wortführer, die für Geld eben alles machen und selbst vor den verworrensten Handlungsweisen nicht zurückschrecken. Sie geben sich den Anstrich von Literaten und Volksredneuren und sind in Wirklichkeit doch nichts weiter als erbärmliche Wichte, die ihre zehnmal auswendig gelernten Sprüche immer wieder herbeten und durch Töben und Schimpfen auf die niedrigsten Instanzen anspielen. Sie würden für eine Handvoll Silberlinge im Handumdrehen genau das Gegenteil von dem behaupten, was sie heute mit Pathos verkünden.“

„Erfreulicherweise ist die Gefolgschaft dieses minderwertigen, Gefühls nur sehr geringe.“

Was die letztere Behauptung anlangt, so sei demgegenüber festgestellt, daß der dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen angeschlossene Verein der Cafésiersangehörigen bereits über 600 Mitglieder zählt und ständig wächst, und zwar sind es die tüchtigsten ihres Faches, weshalb auch alle größeren und besseren Cafés trotz des Beschlusses der paar Scharfmacher ihren Bedarf an Personal bei diesem beden. Was Herrn Sommer betrifft, so ist dieser in seiner Art ein Gentle; als echter antifemistischer „Schnaralist“ ist er nicht bloß für die semitischen Cafésiers, sondern zu gleicher Zeit auch für eine alldutsche Schühzenzeitung als Redakteur tätig.

Im ganzen fürchten die organisierten Gehilfen diesen Scharfmacherverband mit seinem Schimpfredakteur sehr wenig, bezeichnend ist aber doch der Ton, der von jener Seite beliebt wird, um die nach Besserung ihrer Lage strebende Gehilfenschaft niederzuknuppeln.

Der Münchener Cafésiers-Verein hat dem Berliner Verbande bereits wieder den Rücken gekehrt; er beschloß, aus dem Verbande auszutreten und auch das Verbandsorgan abzubestellen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft.

Berlin und Umgegend.

Die streikenden Baukumpen

Am Freitagmorgen im Gewerkschaftshause zusammen. Dietrich leitete mit, daß die Streikleitung Herrn v. Schulz eine schriftliche Bestätigung auf Wunsch zugehen ließ, die die Bereitwilligkeit zu Unterhandlungen ausdrückt, unter der Voraussetzung, daß auch die Arbeitgeber dazu bereit sind.

Der Tarifvertrag ist bis Freitag früh von 126 Firmen unterschrieben worden. Die Zahl der Streikbrecher hat sich nicht vermehrt, aber viele kleine Meister tauchen auf, um für die großen die Arbeit fertigzustellen. Die Streikleitung wird darauf ihre besondere Aufmerksamkeit richten. In den letzten Tagen ist es wieder gelungen, manchen Streikbrecher herauszuholen. Bei solchen Gelegenheiten erheben die Meister gewöhnlich ein Geschrei über den Terrorismus der Streikenden. Sie selbst wenden aber terroristische Mittel ohne Bedenken an. So hat z. B. der Vorsitzende der Innungsverbände in der „N. Fg.“ für das Blechgewerbe bekannt gegeben, daß die Listen der Namen von Streikenden in Berlin und Hannover fertiggestellt und versandt worden seien.

In Erwartung der kommenden Verhandlungen ist der Tag für die nächste Streikversammlung nicht festgesetzt worden.

Die Aussperrung und der Streit bei Borfig in Tegel

erstreckt sich jetzt bereits auf über 500 Arbeiter. Nach einer vorläufigen Uebersicht sind ungefähr 450 ausgesperrt. Ihnen wurde gesagt, daß sie vorläufig nicht wieder zur Arbeit zu kommen brauchten, und zwar, weil 53 Stimmer die Arbeit niedergelegt hatten. Zu diesen Streikenden sind nun vorgestern noch 88 Former gekommen. Auch sie wurden durch unerträgliche Lohnforderungen zur Arbeitsniederlegung gezwungen. Auch gegen die Former ist die Firma schon seit Wochen mit immer neuen Herabsetzungen der verschiedenen Alfordpreise vorgegangen. Schließlich handelte es sich hierbei um eine Arbeit, für die bisher 72 M. gezahlt wurden, sie sollte nun für 68 M. gemacht werden. Die Former verjagten durch Verhandlungen mit dem Betriebsleiter den Versuch, rüdgänglich zu machen, wurden aber rundweg abgewiesen. Der Betriebsleiter erklärte sogar, in Zukunft werde es für die Arbeit nicht 72 M. und nicht einmal mehr 68 M., sondern nur noch 60 M. geben. Auf diese Weise wurden die Former in den Streik getrieben. Es ist zweifelhaft, ob der Firmeneinhaber, Herr von Borfig, Kenntnis davon hat, mit welchen Mitteln man jetzt bei der Firma gegen die Arbeiter vorgeht. Wäher war er beschränkt, bei der eigenen Firma Differenzen mit den Arbeitern zu vermeiden und suchte darüber hinaus, auch in anderen Betrieben vermittelnd einzugreifen. Das Verhalten der Direktion und Betriebsleitung aber gewinnt jetzt immer mehr den Anschein, als wolle man die Arbeiterschaft des ganzen Werkes nach und nach in einen allgemeinen Volkskampf treiben. In Beziehung auf die Arbeitsniederlegung der Former soll, wie verlautet, der Direktor geduldet haben, wenn die Streikenden die Arbeit nicht wieder aufnehmen, werde man den ganzen Betrieb stilllegen. — Andererseits ist man bemüht, einzelne der Aussperrten wieder in den Betrieb zu ziehen. So sagte vorgestern einer der Meister auf der Straße zu zwei ausgesperrten Kesselschmieden, sie könnten ruhig weiterarbeiten, sie gehörten nicht zu denen, die man aussperren lasse. Die so Angezogenen verzichteten jedoch auf das freundliche Angebot und erklärten, da sie mit ausgesperrt seien, müßten sie es ablehnen, die Firma nun aus der Verlegenheit zu helfen. Sollte der Meister weitere Versuche dieser Art machen, so wird er sicherlich nicht mehr Glück damit haben. Die Aussperrten wie die Streikenden halten fest zusammen. Dafür zeugte auch die Besprechung, die sie gestern vormittag wiederum bei Trapp in Tegel abhielten. Saal und Gallerien waren gefüllt. Aus dem Bericht, den Handte über die Lage gab, ist noch zu erwähnen, daß auch in der Hammerhütte Differenzen vorliegen. Sie waren schon einmal beigelegt, nachdem aber der frühere Betriebsleiter wieder angelaufen ist, sind sie von neuem ausgebrochen. — Uebrigens wird demnächst eine allgemeine Betriebsversammlung zu den ganzen Ereignissen Stellung nehmen.

Achtung, Stultakere! Die Differenzen bei der Firma Schaffer, Landhausstraße 6 (nicht Falter, wie wir irrtümlich geschrieben) sind durch Wiedereinstellung und Bezahlung nach Tarif erledigt.

Ein Tarifvertrag zwischen den freien Gastwirten und der Organisation der Gastwirtsgehilfen.

Zwischen dem Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin) und dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ortsverwaltung Berlin II und III und Abteilung für Hilfspersonal und Bierabzieher) ist ein Vertrag zustande gekommen, der die Arbeitsbedingungen für diese Angestellten regelt. Danach ist alles Personal durch den Arbeitsnachweis der Organisation zu beziehen. Die Kündigungsfrist beträgt gegenseitig drei Tage (im Gastwirtsgebetriebe ist sonst in der Regel jede Kündigungsfrist ausgeschlossen). Krankheit von vorübergehender Dauer, kurze militärische Lebung usw. (§ 116 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) sind kein Grund zur Entlassung. Die Bestimmungen der Bundesratsverordnung, die sich nur auf das geklernte Personal beziehen, werden durch den Vertrag auch für das Hilfspersonal anerkannt. Die Löhne für Papfer werden auf monatlich 60 M., die für Hausdiener auf 35 M. festgesetzt. Außer den festgesetzten Löhnen wird freie Station gewährt. Falls Logis nicht zur Verfügung gestellt wird, ist eine monatliche Entschädigung zu bezahlen und zwar für Papfer 15 M. und für Hausdiener 10 M. Auch die Löhne für Ausgehilfen werden genau geregelt; ferner ist ein Lohnsatz für Bierabzieher aufgestellt.

Bei Differenzen wird von Organisation zu Organisation verhandelt. Wird eine Einigung nicht erzielt, so tritt die paritätisch zusammengesetzte Schlichtungskommission in Funktion. Der Vorsitzende dieser Kommission wird vom Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission ernannt.

Für die Keller, Köche usw. hat der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen schon seit langem bestimmte Mindestsätze festgesetzt, unter denen der Arbeitsnachweis der Organisation Arbeitskräfte nicht vermittelt.

Deutsches Reich.

Die Einäscherung Reinsbarb's.

Im Krematorium in Ohlsdorf hatten die Hamburger Genossen eine recht würdige Trauerfeier veranstaltet, zu der sich eine größere Anzahl Hamburger Freunde des Verstorbenen sowie Vertreter der Partei und Gewerkschaften einfanden. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hatte seinen 2. Vorsitzenden Schneegäß zur Teilnahme an der Feier entsandt. Eingeleitet wurde dieselbe durch Orgelspiel und Trauerlied eines Gesangsvereins. Die Trauerrede hatte Genosse Prohne übernommen, der in recht ergreifender Weise den Lebenslauf des verstorbenen Freundes schilderte und die hinterbliebene Witwe tröstete. Auch sein früherer Redaktionskollege Albert Böke widmete dem Verstorbenen einen bewegten Nachruf. Neben diesem sprachen noch Schneegäß, und als Vertreter der Hamburger Organisation der Holzarbeiter der Gaudorferer Reumann.

Eine große Anzahl Kränze derjenigen Bahnhöfen, welche ihre Spenden nicht rechtzeitig nach Berlin übermitteln konnten, wurden am Sarge niedergelegt, darunter auch ein solcher gewidmet von der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, die gegenwärtig in Hamburg stattfindet. Den Schluß der würdigen Feier bildeten Gesang und traurige Weisen der herrlichen Orgel des Krematoriums, worauf die Einäscherung vor sich ging.

Zur drohenden Bauarbeiteraussperrung in Hamburg.

Der Ausschuh des neugegründeten Baugewerkeverbandes zu Hamburg hat am 2. Juni eine Sitzung abgehalten, in der über den Streit der Betonarbeiter und über die Lohnbewegung der Maurer,

Zimmerer und Bauhilfsarbeiter beraten wurde. Das Resultat dieser Beratung wird von dem Ausschuh durch Anzeigen in bürgerlichen Blättern der Offenheit unterbreitet. Die Anzeigen lauten:

Auf Veranlassung des Baugewerkeverbandes zu Hamburg haben die ihm angehörenden 18 Innungen und Vereine folgende Resolution angenommen:

Falls die Sektion der Zementierer die gegen das Betonbaugewerbe verhängten partiellen Streiks und Sperren nicht bis zum Donnerstag, den 3. Juni, aufgehoben hat und die Arbeiten in den gesperrten Betrieben bis zu diesem Tage nicht wieder aufgenommen sind, oder falls die Verbände der Maurergesellen, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zu den von ihnen angekündigten Streiks und Sperren übergehen, wird unerbüßlich zu einer allgemeinen Stilllegung der sämtlichen Bauarbeiten (Arbeitsperre) geschritten werden.

Zur Ausführung dieser Resolution hat der geschäftsführende Ausschuh des Baugewerkeverbandes heute beschlossen: daß unter der einen oder der anderen Voraussetzung vorkommender Resolution am Sonntag, den 6. Juni, mit Feierabend die Stilllegung der Arbeiten im Betonbau, Maurer-, Zimmerer-, Gips-, Plattenanleger- und Kunststeingewerbe und am Mittwoch, den 9. Juni, mit Feierabend die Stilllegung der Arbeiten in allen übrigen Branchen des Baugewerkes eintritt.

Hamburg, den 2. Juni 1908.
Baugewerkeverband zu Hamburg.
H. Lummert, Vorsitzender.

Herr Lummert, der Vorsitzende des genannten Verbandes, ist der reaktionärste Scharfmacher, den man sich nur denken kann. Er vertritt den Standpunkt, daß die Unternehmer mit den Arbeiterorganisationen überhaupt keine Verträge abschließen dürfen, sondern daß die Arbeiter sich ohne weiteres darin zu fügen haben, was die Herren Unternehmer diktiert. Wiederholt hat Herr Lummert mit seinen engherzigen Ansichten Risiko gemacht. Namentlich war dieses in den Jahren 1902 und 1906 der Fall. In beiden Jahren lehnten die Unternehmer unter der Leitung des Herrn Lummert es ab, mit den Arbeiterorganisationen Arbeitsverträge abzuschließen. Als dann die Unternehmer durch Arbeitseinstellungen aus gezwungen wurden, erklärte dieser Herr im Auftrage seiner Mitglieder durch große Anzeigen in bürgerlichen Blättern, daß durch „freie Entschädigung“ die Arbeitgeber eine Arbeitszeitverlängerung resp. Lohnerhöhung eintreten lassen.

Auch in diesem Jahre lehnten es die Unternehmer unter Führung des Herrn Lummert ab, mit den Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern über einen Tarifvertrag zu verhandeln, obgleich zwischen dem Arbeitgeberverband für das deutsche Baugewerbe und den Organisationen der genannten drei Berufe seit dem Jahre 1908 ein Vertrag besteht, nach dem alle Arbeitsverträge zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach einheitlichem Muster abzuschließen sind. Herr Lummert und seine Getreuen besähen aber — trotz dieser Abmachung — darauf, daß die Arbeiter wohl Wünsche äußern dürfen, aber Verträge kann man mit dieser Gesellschaft nicht abschließen, wie Herr Lummert sich früher einmal äußerte.

Für den Baugewerkeverband zu Hamburg und seine Leitung ist es charakteristisch, daß diese für die Betonfirmen eintritt; dort müßten die Arbeiter zum Streik greifen, weil der Verein der Betonfirmen einen niederträchtigen Vertragsbruch begangen hat.

Die organisierte Arbeiterschaft in Hamburg läßt sich natürlich durch die Resolution der Unternehmer nicht zurückschrecken und wird ihre Forderungen zu vertreten wissen. Als Antwort auf die Androhung der allgemeinen Aussperrung haben die Bauarbeiter am Freitag wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen die ersten Sperren verhängt. Die Zimmerer verhängten die Sperre über 7 Firmen, 4 Zimmerplätze und 17 Bauten, außerdem über die von dem Unternehmer Hoesch auszuführenden Arbeiten auf dem Festplatz für das große Bundesfest. Die Bauarbeiter sperren 4 Firmen mit 9 Bauten. Eine Anzahl kleinerer Firmen haben schon die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Ausland.

Die Streiks und Aussperrungen in Schweden 1908.

Die Abteilung für Arbeiterstatistik des schwedischen Kommerzkollegiums hat soeben eine Uebersicht über die gewerkschaftlichen Kämpfe des Jahres 1908 herausgegeben. Es fanden demnach in Schweden während des letzten Jahres 203 Arbeitseinstellungen statt. 226 davon werden als Streiks bezeichnet, 34 als Aussperrungen und 33 Arbeitseinstellungen hatten gemischten oder unbestimmten Charakter. Beteiligt waren an den Kämpfen 1043 Arbeitgeber und 39 691 Arbeiter. Die Hauptursache der Kämpfe war in 180 Fällen Lohnstreitigkeiten, in 36 Fällen Organisationsfragen; in 86 Fällen lagen andere Ursachen vor und zweimal liegt in dieser Hinsicht keine Aufklärung vor. Einer der Kämpfe, der der Hafnarbeiter, erstreckte sich über das ganze Reich, und beteiligt waren daran 21 Arbeitgeber und circa 3000 Arbeiter. Der größte Kampf war jedoch der im Baugewerbe von Mittelschweden, Smaland und Blekinge, der 554 Arbeitgeber und 12 633 Arbeiter umfaßte. Ueber Süd- und Mittelschweden erstreckte sich der Kampf in der Schulwarenindustrie, an dem 19 Fabrikanten und 2950 Arbeiter beteiligt waren.

Ueber das Ergebnis der Kämpfe wird berichtet, daß in 77 Fällen die Forderungen der Arbeiter bewilligt wurden, daß 101 Arbeitseinstellungen mit Vergleich endeten und daß in 84 Fällen die von den Arbeitgebern aufgestellten Bedingungen Anerkennung fanden. In 17 Fällen blieb das Ergebnis unbekannt, und 14 Kämpfe dauern noch fort.

Die Anzahl der durch die Streiks und Aussperrungen verloren gegangenen Arbeitstage wird auf 1 775 000 angegeben, gegenüber 514 000 im Jahre 1907, 479 000 im Jahre 1906 und 2 800 000 im Jahre 1905. Das Jahr 1908 war also im hervorragenden Maße ein Jahr gewerkschaftlicher Kämpfe, das bisher nur von 1905 übertroffen wurde. Uebrigens hatte das Unternehmertum im verfloffenen Jahre auch eine Generalaussperrung geplant, die sich auf 250 000 organisierte Arbeiter erstrecken sollte. Es gelang jedoch, diesen Kampf abzuwehren.

Die Seeleute von Haure haben den Ausstand beschlossen. Ein Teil der Besatzung des Dampfers „Savio“ der Compagnie Générale Transatlantique hat den Dienst eingestellt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ärmiszenen im österreichischen Parlament.

Wien, 4. Juni. (B. Z. B.) Im Abgeordnetenhaus kam es heute bei der Abstimmung über einen Schlußantrag zu Ärmiszenen, so daß der Präsident die Sitzung vertagte. Beim Wiedererscheinen wurde der Präsident von erneuten Schlußrufen namentlich der Christlichsozialen und der Deutschradikalen empfangen und verkündete eine Unterbrechung der Sitzung zur Abhaltung einer Obmannerkonferenz. Da er auch 20 Minuten später von ehrenbeachtendem Lärm empfangen wurde, so schloß der Präsident die Sitzung und erklärte, die nächste im schriftlichen Wege einberufen zu wollen. Der Saal leerte sich nur langsam und die Abgeordneten blieben noch lange Zeit in erregter Weispredung in den Wandelgängen.

Nord und Selbstmord eines Sergeanten.

Mülhausen (Elsch), 4. Juni. (B. Z.) Der Sergeant Zug von der 4. Kompanie des 142. Infanterieregiments erschloß die Kellnerin Müller in deren Wohnung mit seinem Revolver und darauf sich selbst. Beide waren sofort tot.

Ueberschwemmung.

Santander, 4. Juni. (B. Z. B.) Eine Wasserhose überschwemmte heute die untere Stadt und richtete bedeutenden Schaden an. Das Wasser stieg bis zur Höhe des ersten Stockwerks.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltung 566.

20. Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Berlin, 4. Juni 1909.

Das Präsidium in der heutigen letzten Sitzung lag wiederum in den Händen Englands und wurde von dem Parlamentsmitglied Edwards ausgeübt.

Zur Verhandlung stand zunächst die Frage einer gesetzlichen Regelung des Minimallohns.

Von Deutschland lag hierzu folgender Antrag vor:

„Um die Bergarbeiter vor den schlimmsten Folgen der im heutigen Betriebssystem begründeten, periodisch auftretenden Ueberproduktion zu schützen, haben die Bergarbeiterorganisationen auf den Abschluß von Tarifverträgen zu dringen, in denen auch der Minimallohn für die einzelnen Arbeiterkategorien festgesetzt ist.“

Der Antrag wurde von Manlowski (Polnische Berufsvereinigung) kurz begründet mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, diese Frage gesetzlich zu regeln. Auch Frankreich und Belgien hatten hierzu zwei kurze Anträge eingebracht. Der Antrag Frankreich beschränkt sich darauf, gesetzliche Garantie für den Minimallohn zu verlangen, während der belgische Antrag einen Minimallohn fordert. Von dem die Vergleute anscheinend leben können, und der weitere Abschaffung des Systems der Uffordarbeit verlangt. — Nachdem Dejaridin, Belgien die Anträge kurz begründet und Preda, Oesterreich sie unterstützt hatte, wurden alle drei Anträge einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Regelung der Produktion.

Es lagen hierzu ein Antrag Belgien und ein Antrag Frankreich vor. Der Antrag Belgien lautet:

„Die Regelung der Produktion, die Steigheit des Marktes und die gemeinsamen Interessen der Bergarbeiter aller Länder erfordern, daß die Produktion bei dem Vorhandensein in einer Reserve von höchstens einem Prozent der Gesamtproduktion die Nachfragen nicht übersteigt. Der Kongreß bevollmächtigt daher das Internationale Komitee, in einem Lande oder in mehreren Ländern oder in allen Ländern zugleich die notwendigen Feierschichten anzuordnen, wenn die Vorräte ein Prozent erreicht haben.“

Der Antrag Frankreich lautet:

„Wenn ein Generalstreik in irgend einem Lande stattfindet, sollen die Bergarbeiterorganisationen der benachbarten Länder ihre Produktion dadurch einschränken, daß sie die Arbeit für einen bestimmten Zeitraum einstellen.“

Debatte stimmte der Kongreß diesen Anträgen zu.

Ein Antrag Deutschland beschäftigt sich mit dem Strafen im Bergbau:

„Durch Gesetz ist die Strafbefugnis der Werkverwaltungen gegenüber den ihnen unterstellten Arbeitern dahin zu beschränken, daß in jedem Fall, wo die Geldstrafe eine Mark übersteigt, eine Vertretung der Belegschaft zur Beschlußfassung zugezogen werden muß.“

Leimpeters-Saarbrücken begründete den Antrag. In keinem Lande werden im Bergbau so hohe Strafen verhängt, wie in Deutschland. Am schlimmsten sieht es in Lothringen aus, dort kommen Strafen bis zu 33 M., ja 40 M. in einem Monat vor. Ich kenne einen Bergmann, der 72 M. im Monat verdiente und dem 32 M. für Strafen angerechnet wurden. (Lebhafte Heul hört.) Es herrschen auf diesem Gebiet geradezu ungläubliche Zustände. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen. (Lebhafte Beifall.)

Falonia-Belgien führte in der Diskussion aus, daß die Frage der Beseitigung des Strafwesens eine der wichtigsten Fragen für den Bergbau sei. Die Bergarbeiter aller Länder seien sich prinzipiell darin einig, daß das heutige Strafwesen beseitigt werden müsse. (Lebhafte Beifall.) Die Frage sei aber so wichtig, daß sie heute nicht mehr erledigt werden könne. Wir begnügen uns damit, den deutschen Antrag anzunehmen und hoffen, daß ein späterer Internationaler Kongreß zu dieser Frage ausführlich Stellung nehmen wird. (Lebhafte Beifall.)

Der Antrag Deutschland wird einstimmig angenommen.

Darauf erstattete Ashton-England, Sekretär der Internationalen Arbeiterföderation, seinen Geschäftsbericht. Er betonte, daß die Amerikaner den Beschluß gefaßt haben, auf künftigen internationalen Arbeiterkongressen sich nicht mehr vertreten

zu lassen. Er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Amerikaner diesen Beschluß rückgängig machen werden. Anzeichen dafür, daß sie es tun, liegen schon vor. Mit den polnischen Bergleuten in Rußland haben wir in Verbindung zu kommen versucht, aber leider ist sie noch nicht zustande gekommen. Dagegen haben wir uns mit den bulgarischen Kameraden ins Einvernehmen setzen können. Die Beteiligung der Bulgaren am diesjährigen Kongreß war nur infolge finanzieller Schwierigkeiten unmöglich. — Der Bericht wurde genehmigt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die wichtige Frage der

Verstaatlichung der Bergwerke.

Hierzu lag ein Antrag Belgien vor, wonach in jedem Lande der Staat die Bergwerke besitzen und sie im Interesse der Allgemeinheit ausbeuten soll.

Der Antrag wurde von Lebanc-Belgien mit einer feurigen Rede begründet. Die Arbeiterbewegung besteht nicht nur aus einem Körper, sondern sie hat auch eine Seele. Die Gewerkschaften, die für das Wohlergehen der Arbeiter kämpfen, bilden den Körper der Arbeiterbewegung. Darüber hinaus aber gibt es ein Streben nach Höherem, das Streben nach Umsturz der Gesellschaftsordnung, in der es nur Ausbeuter und Ausgebeutete gibt. Dieses Streben ist die Seele der Arbeiterbewegung. (Lebhafte Beifall.) Solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, solange ist eine Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich. Der Boden darf und kann niemals Privateigentum sein, er ist das Eigentum der Allgemeinheit, kein Privater hat Anrecht an ihm. Deshalb sollten wir alle nach dem Ziel streben, die Klasseigentumschaft umzuwälzen und eine Gesellschaft zu errichten, in der es keine Herren und Knechte mehr gibt. (Stürmischer Beifall.)

Gonniaug-Frankreich erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden. In der Frage der Verstaatlichung der Bergwerke sind sich die Vergleute aller Länder einig, aber die Verstaatlichung wird erst dann in unserem Sinne erfolgen können, wenn die sozialistischen Parteien in den Parlamenten stark genug vertreten sind. Seit Westens der dritten Republik sind verschiedene Gesetze an das Parlament gelangt, die auf das Ziel der Verstaatlichung der Bergwerke hinarbeiten. Man hat versucht, die Arbeiter am Gewinn zu beteiligen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben bei dieser Gelegenheit immer wieder versucht, den gesamten Bergbau zu verstaatlichen, wie sie ja für die Verstaatlichung des Bodens überhaupt sind. Auf Grund der sozialdemokratischen Anträge hat das französische Parlament eine Kommission eingesetzt, die die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke zu untersuchen hatte. In dieser Kommission saßen natürlich auch Vertreter der sozialdemokratischen Partei. Die Kommission hat sich noch eingehender Beratung prinzipiell für die Verstaatlichung der Bergwerke erklärt. (Lebhafte Beifall.) Es sollen keine Konzessionen mehr an Privatunternehmer erteilt werden. (Erneuter Beifall.) Leider ist es noch nicht gelungen, dieses Gesetz durchzubringen, es ist auch sehr zweifelhaft, ob die Mehrheit der französischen Kammer und des Senats dafür stimmen wird. Bisher haben sich nur die Sozialisten und Radikalsozialisten dafür ausgesprochen. Hoffen wir, daß bald eine Mehrheit für die Verstaatlichung des Bergbaus in Frankreich sich zusammenfindet. (Stürmischer Beifall.)

Zinger-Oesterreich: Auch wir Oesterreicher werden für die Anträge stimmen, die die Verstaatlichung des Bergbaus verlangen. Wir tun das nicht aus Liebe zum Staat, denn wir sehen überall, wo der Staat Bergwerke besitzt, daß er die Arbeiter noch schlimmer ausbeutet, als die Privatunternehmer. (Sehr richtig!) Unser sozialdemokratisches Programm schreibt uns das vielmehr vor. Darüber hinaus bewegt uns Oesterreicher aber noch ein besonderer Grund, für diesen Antrag zu stimmen. Wir in Oesterreich zahlen hohe indirekte Steuern auf Lebensmittel. (Zuruf der Deutschen: Wir auch!) Würde nun der Staat den Bergbau selbst betreiben, so könnten viele Millionen Kronen, die die österreichischen Bergbesitzer alljährlich als müßelosen Gewinn einstreifen, für Staatsbedürfnisse verwendet und die Steuern auf Lebensmittel könnten herabgesetzt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Freilich ist bei uns in Oesterreich noch nicht daran zu denken, daß unsere Forderung erfüllt wird. Die österreichischen Bergwerksbesitzer sind zum Teil sehr einflussreiche Herren, es befinden sich darunter Fürsten und sogar Herzöge. Vor so hohen Persönlichkeiten retiriert unsere Regierung. (Heiterkeit.) Es ist klar, daß die Regierung nicht wagt, gegen diese Herren aufzutreten, deshalb müssen wir als Organisation immer von neuem diese berechtigte Forderung erheben. (Lebhafte Beifall.)

man sich hier gleich bei der Einführung ausschließlich von der Erleuchtung leiten ließ, daß eine in unser Verkehrleben so einschneidende Erfindung jedermann zugänglich und nutzbar gemacht werden müßte, ohne Rücksicht auf geschäftlichen Erfolg. Die Folgen dieses in unserer materialistischen Zeit ganz außerordentlichen Standpunktes sind in der Entwicklung des norwegischen Fernsprechwesens auch nicht ausgeblieben. Es gibt in dem ganzen Königreich kaum ein Dorf, das nicht mit dem benachbarten Bezirk in telephonischer Verbindung stünde, selbst ganz kleine Bauerhöfe haben ihren Fernsprecher. Man muß diesen Tatsachen um so größere Anerkennung zollen, als die ganze Einrichtung ausschließlich von privater Seite ins Werk gesetzt wurde; der Staat sieht dem Unternehmen völlig fern, ja, in gewisser Beziehung ist er der Entwicklung durch eine Steuer für den etwaigen Verlust an Telegrafengebühren sogar hinderlich gewesen, und als vor Jahren die Telegraphenverwaltung anregte, daß der Staat das Fernsprechwesen übernehmen sollte, erhob sich im ganzen Lande dagegen ein sehr nachdrücklicher Widerspruch; man war der Ansicht, daß der Staat nicht so billig wirtschaften könnte und daß der Fernsprecher dann nur den größeren Städten und der Geschäftswelt zum Nutzen gereichen würde. Denn ein billiger Preis ist für die kleinen Städte und das platte Land unbedingt erforderlich. Die Einrichtung der Fernsprechanlagen beizugehen sogenannte Anteilsgesellschaften; jeder gibt unentgeltlich Boden für Aufstellung der Stangen her und Platz für die Gerüste auf den Dächern. Die Direktionsmitglieder der meisten Gesellschaften erhalten nicht einmal Entschädigungen für ihre Mitverwaltung, wodurch die bei uns gebräuchlichen, sehr ins Gewicht fallenden Ausgaben an Gehältern für die oberen Beamten und die Dividenden der Aktionäre wegsallen. Viele der kleineren Gesellschaften auf dem platten Lande besitzen überhaupt kein Aktienkapital; jeder Fernsprechnutzer zahlt die Kosten für seinen Apparat und die in Frage kommende Anschlußleitung. Größere Gesellschaften mit Kapital dürfen ihre Kapitalanlage auch nur mit 5 bis 6 Proz. verzinsen; ergibt das verfloßene Geschäftsjahr einen höheren Gewinn, so werden die Gebühren für das folgende Jahr entsprechend ermäßigt. Auf diese Weise ist es möglich, daß in Norwegen der höchste Satz für die Jahresgebühren bisher 90 M. betragen hat. In der Regel ist er aber weitaus geringer und erreicht in vielen kleineren Städten nur die Höhe von 20 M. („Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik“, Juni-Nummer.)

Wie schnell fallen die Regentropfen? Zur genauen Beantwortung dieser Frage hat Dr. E. Schmidt-Wien mit einem zu diesem Zweck besonders konstruierten Apparat eingehende Versuche angestellt. An mehr als 3000 Tropfen konstatierte er, daß die bereits früher von der Wissenschaft angenommene Maximalschwindigkeit von etwa 8 Metern in der Sekunde richtig ist. Bei kleineren Tropfen ergaben sich Abweichungen in dem Sinne, daß Schmidts Messungen durchweg kleinere Werte lieferten als die älteren Messungen. Es wurde auch ein mathematischer Ausdruck gefunden für den kontinuierlichen Uebergang von der hauptsächlich vom Luftwiderstand beeinflussten Fallgeschwindigkeit größerer Tropfen und der von der Luftreibung abhängigen kleinsten Tropfen.

Janischel-Deutschland (A. V.): Auch wir Deutsche werden den beiden Anträgen zustimmen, weil wir der Meinung sind, daß das, was in der Erde ist, National Eigentum sein sollte. Wir sind für die Verstaatlichung der Bergwerke auch bedwegen, weil dann die Parlamente in der Lage sind, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter zu sorgen. Selbstredend muß die Demokratisierung des Staatswesens mit der Verstaatlichung gleichen Schritt halten. Heute heult der Staat die Arbeiter mindestens so aus, wie ein Privatbesitzer. (Lebhafte Zustimmung.) Im Saarrevier wird in freierlicher Beziehung der Bergarbeiter vom Staate mehr bedrückt, als irgend ein Privatunternehmer im Ruhrgebiet sich herausnimmt. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen.) Wir haben im Ruhrgebiet auch fiskalische Fesseln, auf denen Mitglieder unseres Verbandes beschäftigt sind. Aber da wagt man es nicht, dem Arbeiter die staatsbürgerlichen Rechte zu beschneiden, weil die Macht unserer Organisation dahinter steht. Stärken wir deshalb auch unsere Organisation! Je eher die Verstaatlichung kommt, desto besser. (Stürmischer Beifall.)

Beide Anträge wurden angenommen. — Die Polen enthielten sich der Abstimmung, da sie von einer Verstaatlichung auch die Germanisierung befürchteten.

Rolet-Belgien begründete einen Antrag, den ersten Sonntag des August eines jeden Jahres, als einen

internationalen Feiertag für die Bergarbeiter

zu bestimmen; dieser Feiertag solle unabhängig vom 1. Mai als allgemeiner Bergarbeiter-Feiertag festgelegt werden.

Garbe-Deutschland: Im Prinzip sind wir mit dem Antrage einverstanden. Dagegen ist sich die deutsche Delegation nicht einig über das Datum des Feiertages. Die freizugewählten Gewerkschaften Deutschlands halten an dem 1. Mai als Feiertag fest. Wir beantragen, den Antrag dem internationalen Komitee zu überweisen. — Der Kongreß beschließt demgemäß.

Marolle-Belgien trat für einen Antrag ein, der für alle Bergarbeiter alljährlich 14 Tage Ferien verlangt. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der letzte Antrag war von Oesterreich gestellt und wollte in Zukunft nur noch alle 2 Jahre einen internationalen Bergarbeiter-Feiertag abhalten.

Cheri-Oesterreich und Sachse-Deutschland sprachen sich für den Antrag aus, während die Engländer, Franzosen und Belgier ihn bekämpften. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der nächste internationale Kongreß findet 1910 in Brüssel statt. Von Deutschland wurden in das internationale Komitee gewählt vom Alten Verband Hue und Sachse, vom Hirsch-Dunderscheinen Gewerksverein Schmidt und von der polnischen Berufsvereinigung Klymer.

Schröder-Deutschland (mit stürmischen Beifallsgedungen empfangen) gab seiner Genugtuung über den imposanten Verlauf des Kongresses Ausdruck und versicherte, daß die deutschen Bergarbeiter stets treu zur Internationale stehen würden. (Großer Beifall.) Wir werden nicht warten, bis die Regierung uns das Bett macht, in dem wir uns behaglich befinden werden, sondern wir werden durch starke Organisationen in allen Ländern uns das erkämpfen, was man uns nicht gutwillig gibt. (Stürmischer Beifall.) Dabei werden wir Alten die Jungen anfeuern. Wir werden treu zu ihnen stehen, wir Alten und die Jungen, wir wollen treue Kampfgenossen bleiben jetzt und immerdar! (Stürmischer Beifall und Handklatschen.)

Edwards-England harrte den Deutschen den Dank ab für die großen Verdienste, die sie sich um den Verlauf des Kongresses erworben haben.

Der Schluß des Kongresses gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für das internationale Zusammenhalten der Bergarbeiter. Die Engländer und Schotten sangen heimische Bergmannslieder, die Franzosen die Carmagnole, die Deutschen das deutsche Knappenlied und die Polen ein temperamentvolles Bergmannslied in ihrer Muttersprache. Mit dem Gelübde, auch weiter für eine Verbesserung des Loses der bedrückten Bergslaven zu kämpfen, trennten sich die Delegierten.

Erster Deutscher Blindentag zu Dresden.

Der Kongreß beschloß die Gründung eines Verbandes der Blindenvereine Deutschlands. Im Jahre 1912 soll wieder ein allgemeiner Blindentag stattfinden und zwar in Berlin.

Humor und Satire.

Fatales Anfang. Graf (zu einem Bekannten): „Du dumme! Seit unserer Verheiratung klagte meine Gemahlin schon immer, daß bei uns keine Familiendrone existiere, wie bei ihr zu Hause. Ich schenkte ihr also zu ihrem Geburtstag ein künstlerisch ausgestattetes Album, in das von jetzt an alle Wortkummi in unserer Familie eingetragen werden sollen — und nun brennt sie heute gleich mit meinem Heißgilt durch!“

Gemütsmenschen. ... Wissen Sie, lieber Graf, habe meine Verlobung gelöst, aus Liebe zu meiner Braut! ... Damit sie ein Leben führen könnte, wie ich es ihr gern bieten möchte, möchte sie mindestens das Doppelte ihrer Mittel haben.“

Aus der Prinzenschule. Professor: „In welchem Jahre begann der erste Kreuzzug?“ — Prinz: „Im Jahre 1510.“ — Professor: „Gegen die Zahl an und für sich ist nichts einzuwenden, Hoheit — aber an dieser Stelle würde ich sie nicht gebrauchen.“

Die Hauptsache. Arzt: ... Ich hatte bei Ihrem Mann eine Lungenentzündung vermutet — es ist aber nur ein Bronchialkatarrh.“ — Frau (aufatmend): „Ist der billiger?“

Im Zweifel. Chemann: „Du, Amalie, ich finde mich hier in meinem Kleiderschrank nicht zurecht. Welches ist der Rock mit den zwei Reihen Knöpfen: der, an dem nur noch ein Knopf dran ist, oder der andere, an dem gar keiner mehr dran ist?“

(Blitzende Blätter.)

Notizen.

— Dr. phil. Liliencron. Delleb v. Liliencron ist von der philosophischen Fakultät der Kieler Universität zum Ehren doktor ernannt worden. Seine prächtige Verdienstliste wird unter dieser „Nang-erhöhung“ hoffentlich nicht leiden.

— Häckels Kunstformen. Häckels Kunstformen der Natur finden nach und nach, dem Wunsche des Gelehrten entsprechend, Eingang in das Kunstgewerbe. Ein Beispiel hierfür, auf das die „Berl. Ab. Blätter“ und die Zeitschrift „Der Romantist“ aufmerksam machen, bietet der Leisnauer von Behrs Buchhandlung, Berlin, Karlstr. 31, bei dessen Einrichtung Motive verwendet worden sind, die deutlich dazum, welche Wirkungen sich durch Verwendung der von der Natur selbst gebotenen Formen erzielen lassen. Da der Leisnauer ohne Entgelt zugänglich ist, so kann sich jeder, der Interesse dafür hat, die „Häckelschen Wöbel“ ansehen.

— Goethe-Aufführungen in Landshut. Das Programm der diesjährigen Generalversammlung und der mit ihr verbundenen Veranstaltungen der Goethe-Gesellschaft (4.—6. Juni in Weimar) ist insofern besonders interessant, als die Aufführung einiger Stücke vorgezogen wird, die sonst nur höchst selten zur Darstellung gelangen: „Was wir bringen“, „Pandora“, „Saturnus“ ... Uebrigens soll an einem der Versammlungstage auch ein Grabdenkmal für Frau von Stein auf dem Weimarer Friedhof feierlich enthüllt werden.

Kleines feuilleton.

Kampf den Fliegen. Mit dem Beginn der warmen Jahreszeit hält die Fliegenpest ihren Einzug und die Stimmen mehren sich, die im Hinblick auf die Gefahr der Krankheitsübertragung durch die Fliege einen Kreuzzug gegen die geflügelten Plagegeister predigen. Die Fliege schleift tatsächlich an ihren Weinen recht bedenkliche Wesen aus dem Reiche der Mikroorganismen mit sich herum, die sie auf den Speisen und Speiseresten, über die sie hinfriecht, wieder abläßt. Auf einer frisch angeschuittenen Kartoffel ist der Weg einer darüber laufenden Fliege deutlich durch Bakterienkolonien bezeichnet. Als bestes Fliegenvertilgungsmittel empfiehlt der „Lancet“ eine verdünnte Lösung von Formaldehyd. Es ist jedenfalls ein günstiger Umstand, daß dadurch mit den Fliegen gleichzeitig auch die Bakterien, die an ihnen haften, vernichtet werden. Zudem ist die zur Verwendung kommende Formaldehydlösung unschädlich und auch ungiftig für den Menschen. Auch tötet das Formaldehyd die Fliegen rasch, so daß die endlosen Zudungen der sterbenden Tiere vermieden werden.

Die Lokalisierung des musikalischen Talents im menschlichen Gehirn und ihren Ausdruck am modernen Schädel glaubt Auerbach gefunden zu haben. Welamit lehrte Gall, der Schöpfer der von Spurzheim „Phrenologie“ genannten Schädellehre, daß die einzelnen geistigen Richtungen, Fähigkeiten, Anlagen und Triebe in bestimmten Gehirnteilen lokalisiert seien und daß sie, wenn sie eine besonders starke Ausbildung erfahren hätten, sich außen am Schädel als leichte Wulde kundgäben. Am fiel Auerbach an dem Gehirn des hochmusikalischen Frankfurter Konzertmeisters Karet Koning und des belantten Hans v. Wilow eine starke Entwicklung der beiden oberen Schläfenwindungen und eine dementsprechende außerordentliche Hervorwölbung der Schläfengegend am Schädel auf. Schwalbe hat daraufhin, wie Wüchsen mittel, eine Anzahl von Schädeln namhafter Musiker untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß Auerbachs Vermutungen nicht entgegensteht. Er fand dabei aber gleichzeitig das Vorhandensein einer der dritten Stirnwindung entsprechenden Vorwölbung, und schließlich stellte sich heraus, daß das Auftreten der einen oder der anderen Protuberanz sich nicht bloß auf Musiker beschränkt, sondern sich auch an den Schädeln bedeutender Leute vorfindet, von deren musikalischen Talente nichts bekannt geworden ist. Schwalbe legt diese sich anscheinend widersprechenden Befunde dahin aus, daß man bei stärkerer Ausbildung des zuerst angeführten Zentrums vielleicht an eine Entwicklung des passiven Teiles des Ruffinnes (musikalisches Gehör und Urteils kraft), bei dem zweiten dagegen an eine Entwicklung des aktiven Teiles, das Musik machen (Fähigkeit, gehörte Musik wiederzugeben, und Talent zum Komponieren) denken könnte. Für die Frage nach der Lokalisation bestimmter Fähigkeiten steht der Wissenschaft jedenfalls noch ein weites Forschungsgebiet offen.

Das Telephon in Norwegen. Unter den Ländern mit Fernsprechbetrieb nimmt Norwegen insofern eine hervorragende Stelle ein, als

Aus der gestrigen Tagesordnung sei noch die Behandlung des Themas „Die Ausbildung der Blinden in der Musik und die Tätigkeit des Blinden als Musiklehrer“ hervorgehoben.

Musikdirektor K. Laub, Stuttgart, der einzige sehende Redner auf dem Kongress, berichtete über seine vierzehnjährigen Erfahrungen in der Musikausbildung blinder Künstler. Die Musik, führte er aus, ist fast die einzige Kunst, die ein Blinder öffentlich ausüben und in der er nicht nur Aufwaches, sondern auch Hervorragendes leisten kann. Aber die Ausbildung auch des begabtesten Blinden erfordert von Seiten des Lehrers eine aufopfernde Hingabe an den Beruf und in bezug auf die individuelle Behandlung jedes einzelnen Schülers. Bei seinen Bemühungen um die Ausbildung blinder, mit denen der Redner vor 14 Jahren begonnen hatte, hatte er mit dem Vorurteil zu kämpfen, daß der Blinde niemals ein vollberechtigter Künstler werden könne. Der Blinde solle lieber ein Handwerk lernen, sagte man. Seine geistige Ausbildung müsse in gewissen Grenzen bleiben, sonst fühle er sich noch unglücklicher. Der musikalische Beruf für Blinde sei ein Unfuss, behauptete man, denn die Erfahrung habe gelehrt, daß die Anstellung der Blinden als Erwerbsmusiker immer negative Resultate herbeibringe, da dadurch nur die Zahl der musizierenden blinden Musiker vermehrt werde. Auch jetzt seien ähnliche Anschauungen und Vorurteile weitverbreitet, wie z. B. der Artikel „Blind“ in der 17. Ausgabe des Brockhaus'schen Konversationslexikons zeige. Dabei haben blinde Künstler schon vor mehreren hundert Jahren Hervorragendes geleistet. Diese Erfolge beweisen, daß die Blinden ein Recht auf Anerkennung ihrer Künstlerschaft und zur Beurteilung derselben nach absoluten Werten haben. — In der Diskussion wurde allgemein gewünscht, daß für die Ausbildung in der Musik in den Blindenanstalten mehr geschehen müsse. Gaun, Leipzig wies darauf hin, daß das Handwerk immer mehr die Bedeutung eines Berufes für die Blinden verliert, weil das Handwerk auch für die sehenden Arbeiter infolge der Entwicklung der Maschinen immer weniger als Erwerbszweig in Betracht kommt. Deshalb sollte für die jungen Blinden weit mehr als bisher der Beruf als Musiker in Betracht gezogen werden. — Auch über die oft empörende Ausbeutung der blinden Künstler durch Agenten und Konzertunternehmer wurde Klage geführt. Der blinde Künstler werde vielfach mit einem Krimschilling abgefunden, während der Konzertunternehmer seine Taschen füllt.

Eine Anregung von Rathen-Hamburg, eine Zentralstelle für Notenübertragung in Blindenschrift in Verbindung mit der Zentralbibliothek in Hamburg einzurichten, fand Annahme.

Darauf wurde die erste Tagung des Deutschen Blindentages geschlossen.

Sieht man von den Telegrammen an König und Kaiser ab, deren Abfertigung seitens des Kongresses wohl derselbe Wert zukommt, wie ähnlichen Kundgebungen bürgerlicher Kongresse ohne Gehalt, so hat der erste Blindentag in erfreulichster Weise den tiefen Ernst der Allgemeinheit offenbart, mit dem die durch das Schicksal des Augenlichts Beraubten nach ökonomischer, von Almosen freier Selbständigkeit streben. Der Kongress hat den gemeinsamen Zusammenschluß als den Weg gezeichnet, um zu besseren Zuständen zu gelangen. Freilich genügt nicht der Zusammenschluß der Blinden untereinander, wenn er nicht Hand in Hand mit dem gesellschaftlichen und politischen Zusammenschluß der gegen die Ausbeutung in jeder Form Geiztenden geht. Der Kongress hat der Lage der Blinden erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit zugewendet und weitere Kreise gegen das Streben gestärkt, das Unglück der Blinden zu einer besonderen Quelle der Ausbeutung zu machen. Klage der nächste Kongress zeigen, daß in diesem Sinne die verflochtene Tagung auch in bürgerlichen Kreisen aufklärend gewirkt hat. Blindenvereine und Kommunen, denen heute die Aufgabe zufällt, Arbeit Blinden zu verschaffen, sollten ihre Augenmerk auf Vermehrung der Arbeitszweige und vor allem darauf richten, daß die Arbeit des Blinden nicht als minderwertig bezahlt wird. Das zu erreichen ist möglich und nicht nur der Blinden halber nötig.

5. Generalversammlung der Bildhauer.

Magdeburg, 3. Juni.

(Vierter Verhandlungstag.)

Für die zur Regelung der Beitragsfrage eingesetzte Kommission erlittete Wisbach (Berlin) Bericht.

In der Debatte wird teils den Kommissionsvorschlägen zugestimmt, teils werden Abänderungsvorschläge gemacht. Genosse Schmidt (Berlin) betont, die Kommissionsvorschläge müßten das mindeste sein, was getan werden könne.

Bei der Abstimmung werden unter anderem folgende Beschlüsse gefaßt: Der Beschluß auf Beitragsbefreiung bei Arbeitslosigkeit wird aufgehoben und der Beitrag mit 14 gegen 5 Stimmen, bei einer Enthaltung, von 75 auf 85 Pf. erhöht. Mitglieder mit weniger als 21 M. Wochenverdienst können einen Beitrag von 60 Pf. bezahlen. Die Zwischenarbeitszeit beim Unterfütungsbezug beträgt 30 (bisher 20) Wochen. Den örtlichen Verwaltungen stehen für Agitation usw. 10 Pf. pro Beitrag zu. Die erhöhten Beiträge treten am 1. Juli, die übrigen Änderungen des Statuts am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft. Die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband wird dann in namentlicher Abstimmung mit 14 gegen 5 Stimmen, bei einer Enthaltung, abgelehnt.

Hierauf referiert Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt (Berlin) über die

Reichsversicherungsordnung.

Der Referent bespricht ausführlich den Entwurf, der erhebliche Verschlechterungen für die Arbeiterschaft bringe, und stellt den von der Regierung gemachten Vorschlägen die Forderungen der Versicherten gegenüber. Seine Ausführungen — in denen er auch an den Beschlüssen des Krankentassenkongresses bezüglich der Betriebsklassen und der Beitragfrage Kritik übt — gipfeln in folgender Resolution, die Annahme fand:

„Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Bildhauer be dauert lebhaft, daß in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung viele Wünsche, die in der Arbeiterschaft seit langem laut geworden, unberücksichtigt geblieben und anstatt eines allgemeinen Fortschritts in der Arbeiterversicherung leider sogar gegenüber wesentlichen Grundsätzen der bisherigen Gesetzgebung ein Rückschritt und eine Minderung der Rechte der Arbeiter eingetreten ist.

Die Ausbreitung der Versicherungspflicht in der Krankentassenorganisation, insbesondere die Verbeibaltung der Innungs- und Betriebskrankentassen muß als eine Schädigung der Interessen der Arbeiter bezeichnet werden, da eine einheitliche Organisation der Krankentassen die Leistungsfähigkeit in der Unterfützung bedeutend heben muß.

Das Zurückdrängen der Arbeiter in der Verwaltung der Krankentassen enthält ein Mißtrauen gegen die Arbeiter, ohne daß für diesen Schlag gegen die Selbstverwaltung der Kassen eine stichhaltige Begründung gegeben wäre. Die Arbeiterschaft darf mit Recht behaupten, daß unter ihrem Einfluß an der Verwaltung die Leistungsfähigkeit der Krankentassen sich wesentlich gehoben hat und das Vertrauen der Versicherten zu diesem Zweige der Arbeiterversicherung den größten Anstieg gefunden hat.

Die Ausdehnung der Versicherungspflicht, wie sie der Entwurf vorschreibt, ist freudig zu begrüßen, da sich die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Landarbeiter, Dienstboten und Hausarbeiter längst als ein dringendes Bedürfnis erwiesen hat.

In der Unfallversicherung wird eine Ausdehnung der Versicherung auf das Handwerk vermisst, da wenn auch hier die Unfallhäufigkeit nicht so groß ist, Unfälle den Arbeiter wirtschaftlich genau so schwer treffen, als wenn der Unfall sich in einem Fabrikbetriebe ereignet.

Die vorgesehene Ausdehnung der Versicherung im Entwurf genügt somit den Ansprüchen der Arbeiter keineswegs.

Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfalluntersuchung, Festsetzung der Renten und der Überwachung der Unfallverhütung erachten wir als eine berechtigte Forderung, für die eine einfachere Verwaltungsorganisation und schnellere Erledigung in der Rentenfestsetzung sehr zu wünschen wäre.

Dagegen muß entschieden die Absicht bekämpft werden, die Renten dann ruhen zu lassen, wenn der Verletzte den Lohn wiedererlangt, den er vor dem Unfall erzielte. Diese schematische Berechnung der Renten läßt die Lohnheraufsetzung in einem Beruf, die individuelle Gesichtspunkte, die besonders bei qualifizierter Arbeit in Betracht kommen, außer Berücksichtigung und drückt den durch Unfall geschädigten Arbeiter dauernd auf eine tiefere Stufe des Einkommens.

In der Invalidenversicherung bedeutet die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Heimarbeiter die Erfüllung eines Verlangens, das wiederholt geltend gemacht wurde. Leider sind die nötigen Unterfützungssätze geblieben, die dem invaliden Arbeiter die Möglichkeit zu einer selbst sehr dürftigen Existenz nicht geben.

Die Zusatzversicherung müßte nicht nur im Falle der Invalidität, sondern auch für die Alters-, Witwen- und Waisenrente in Anwendung kommen.

Die Witwenversicherung kann deshalb nicht genügen, weil nur für den Fall der Invalidität die Witwenrente gezahlt wird. Ferner sind die Rentenbeträge für Witwen und Waisen viel zu niedrig, so daß die Versicherung hier auch den bescheidensten Anforderungen nicht entspricht.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Bildhauer fordert einen Ausbau der Arbeiterversicherung zu einer Leistungsfähigkeit, die billigen Ansprüchen genügt, aber nicht im Niveau der Armenunterfützung sich bewegt.

Die Verhandlungen werden vertagt.

9. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Hamburg, 3. Juni.

Zum Vorstandsbericht wurden noch mehrere persönliche Erklärungen abgegeben, denen wir folgendes entnehmen:

Schilde führt aus, seine Kritik habe sich nur gegen Dittmann, nicht, wie irrig angenommen werde, gegen die Hamburger Kollegenchaft gerichtet.

Frank, Hamburg erklärt hierzu, daß die Hamburger Delegierten mit der von Dittmann geleiteten Kritik, die entschieden viel zu weit gehe, nicht wohl einverstanden seien; sie möchten nicht den Eindruck erwecken, als seien sie zum „Kochschaden“ gewählt. So unverständlich seien die Hamburger Kollegen nicht.

Dittmann erklärte am Schlusse der gestrigen Sitzung persönlich, er habe von seinen Ausführungen nichts zurückzunehmen; in der Hamburger Mitgliedschaft werde sich zeigen, daß er die Richtigkeit der Kollegen hinter sich habe.

Bamberg, Mannheim stellt fest, daß eine Erklärung bezüglich der Korrektheit des mehrfach erwähnten Telegramms in Mannheim am 24. Januar erfolgt sei.

Die Anträge betr. statistische Erhebungen und Berufskongresse, Anlegung von Verbandsgeldern der Lokalverbände und Verschärfung des „Zeitgeist“ werden dem Vorstande zur Erledigung beim. Berücksichtigung überweisen, die Anträge wegen unentgeltlicher Abgabe der Verbandstagsprotokolle und Entziehung der Publikationsbefugnis der Metallarbeiter-Krankentassen in der Verbandsgeschichte, die Anträge betr. Darlehensrecht und Reiseifer den in Frage kommenden Kommissionen überwiesen, der Rest als erledigt angesehen.

Zu dem Punkt

Revision des Verbandsstatuts

liegen eine große Anzahl Anträge vor.

Krause, Chemnitz erlittet den Bericht der Kommission, welche die Frage der „Einführung von Staffelleistungen“ zu prüfen hatte. Nach Feststellung der Lohnverhältnisse der Kollegen habe man sich auf Klassenbeiträge und freiwillige Wahl der Klasse durch die Mitglieder geeinigt. Der grundlegende Antrag der Kommission lautet:

Für die Beitragsleistung sind vier Klassen festgesetzt, und zwar beträgt der wöchentliche Beitrag in Klasse I 70 Pf., in Klasse II 60 Pf., in Klasse III 45 Pf. und in Klasse IV 30 Pf. (Bislang 60 Pf. für männliche, 25 Pf. für weibliche und jugendliche Mitglieder.)

Der Klasse IV können nur Arbeiterinnen und solche männliche Mitglieder angehören, die in einem Lehrverhältnis stehen, für die Dauer der Lehrzeit. Desgleichen die in keinem Lehrverhältnis stehenden jugendlichen Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Der Beitritt zu den Klassen I, II und III wird jedem männlichen Mitgliede seiner sozialen Lage gemäß freigestellt; jedoch steht den Verwaltungen Stellen das Recht zu, in Versammlungen ihrer Mitgliedschaft eine allgemeine Norm der Verdiensthöhe zu bestimmen, unter der Mitglieder in die dritte Klasse aufgenommen werden können.

Neueintretende im Alter von über 50 Jahren können nicht mehr in Klasse I, über 55 Jahre alte nicht mehr in Klasse II aufgenommen werden.

Dementsprechend sollen sämtliche Unterfützungen staffelförmig gestaltet werden: Rentenunterfützung Kl. I von 60—80 M., Kl. II 50—70 M., Kl. III 40—50 M., Kl. IV 25—35 M.; Erwerbslosenunterfützung in 72 (bisher 62) aufeinanderfolgenden Wochen für höchstens 120 Tage Kl. I wöchentlich von 7,10 bis 11,50 M., täglich von 1,18 $\frac{1}{2}$ —1,91 $\frac{1}{2}$ M., Kl. II wöchentlich von 6—10 M., täglich von 1—1,66 $\frac{1}{2}$ M., Kl. III wöchentlich von 4—6 M., täglich von 50—83 $\frac{1}{2}$ Pf.; die Gesamtsumme der in 72 aufeinanderfolgenden Wochen zu erhebenden Erwerbslosenunterfützung einschließlich der etwa zu erhebenden Unzulagsunterfützung in Kl. I von 142 bis 230, Kl. II 120—200, Kl. III 80—130, Kl. IV 60—100 M.; Sterbeunterfützung Kl. I 40 M., jährlich um 6 M. steigend bis 120 M., Kl. II 30 M., jährlich um 5 M. steigend bis 100 M., Kl. III 20 M., jährlich um 4 M. steigend bis 80 M., Kl. IV 15 M., jährlich um 3 M. steigend bis 50 M.; Gemahregeltenunterfützung Kl. I verheiratete 15 M., ledige 18 M., Kl. II 14 bzw. 12 M., Klasse III 12 bzw. 10 M., Klasse IV 7 M.; Streit- und Aussperungsunterfützung in gleicher Höhe und Staffelform.

Neu soll eingefügt werden:

a) Der Uebertritt in eine höhere Unterfützungsklasse steht jedem Mitglied frei. Das betreffende Mitglied muß einen diesbezüglichen Antrag an die Ortsverwaltung schriftlich einreichen. Der Antrag muß abgelehnt werden, wenn der Antragsteller innerhalb des letzten Jahres mehr als die Hälfte und während der letzten zwei Jahre mehr als die Gesamtsumme der Unterfützungen erhalten hat.

b) Nach dem vollendeten 50. Lebensjahre ist der Uebertritt in eine höhere Klasse nicht mehr gestattet. Desgleichen nicht während der Dauer einer Arbeitslosigkeit oder Krankheit.

Außerdem sollen die Uebertrittsbedingungen in eine höhere Unterfützungsklasse entsprechend geregelt werden.

Weiter ist von der Kommission dieser Eventualantrag gestellt: „Der Beitritt zu den Klassen I und II wird jedem männlichen Mitgliede seiner sozialen Lage gemäß freigestellt. Der Klasse III können nur solche männliche Mitglieder angehören, deren Wochenverdienst bei normaler Arbeitszeit unter 18 M. beträgt. Eine Ausnahme von dieser Verdienstnorm kann für einzelne Orte nur mit Zustimmung des Vorstandes erfolgen.“

Philipp, Breslau (Vizepräsident der Statutenberatungskommission) erweist die Überaus fleißige, gründliche Arbeit der Staffelleistungskommission an und erklärt, die Statutenberatungskommission sehe an sich den Staffelleistungen in ihrer großen Mehrheit sympathisch gegenüber, da aber die andere Kommission selbst sich nur schwer schließend gemacht sei, so müsse man angesichts der ungeheuren Tragweite, bei der Situation, in der sich der Verband

befinde, zurzeit sich ablehnend verhalten. Einstweilen ersuche er um Ablehnung der gesamten Vorlage der Staffelleistungskommission; der Vorstand werde verpflichtet sein, weiteres Material zu beschaffen und die Frage fernerhin ernsthaft zu prüfen.

Es liegen ferner mehrere Anträge vor, welche die Dauer beziehungsweise Höhe der Unterfützungssätze betreffen.

Ein Antrag Cohen und 24 Berliner Delegierten verlangt:

„Ueber die Frage, ob Verlängerung der Wartezeit von 52 auf 78 Wochen oder Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. pro Woche, unter Beibehaltung der bisherigen Bestimmungen über die Erwerbslosenunterfützung, ist eine Urabstimmung im Gesamtverband vorzunehmen.“

Cohen, Berlin erklärt, nachdem eine Einigung der Kommissionen über die Staffellung nicht erfolgt sei, er, obwohl grundsätzlich nicht abgeneigt, gegen die Vorlage der Staffelleistungskommission stimmen müsse, gegen die außerdem noch spreche, daß sie die Mitglieder der höheren Klassen begünstige auf Kosten derjenigen der niedrigeren Klassen. Redner empfiehlt deshalb Annahme des Berliner Antrags für den Fall der Ablehnung der Staffellung. Das Vorurteil gegen Urabstimmung müsse diesmal beiseite gelassen werden. Der Antrag schließe im übrigen die Revision des Statuts nicht aus.

Zu diesem Punkt haben sich 45 Redner zum Wort gemeldet.

Ueber den Antrag der Staffelleistungskommission wird namentlich abgestimmt.

Der Antrag wird mit 183 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Die Vor schläge der Staffelleistungskommission sind damit gefallen. Die Hamburger Delegierten stimmten geschlossen dagegen.

Es ist ein Antrag eingelaufen, der ausspricht, daß durch diese Ablehnung die Frage der Staffellung nicht erledigt sei und fordert vom Vorstand, neue Berechnungen anzustellen und der nächsten Generalversammlung neue Vorschläge zu unterbreiten.

Dihmann, Frankfurt a. M. begründet diesen Antrag, weil viele Delegierte nur deshalb gegen die Vorlage gestimmt hätten, weil sie mit deren Aufbau und Einzelheiten nicht einverstanden seien.

Einige Redner wenden sich gegen den Antrag. Schilde bezeichnet ihn als unannehmbar. Auf eine solche Bindung könne der Vorstand sich nicht einlassen. Sollte das durch die Erhebungen und Berechnungen gewonnene Resultat sich nicht zur Ausarbeitung einer Vorlage eignen, so könne man von dem Vorstande doch nicht verlangen, trotzdem eine solche anzuarbeiten.

Erzeinsli, Kassel beantragt, die Worte hinzuzufügen: „oder Bericht zu erstatten“.

Das Amendement findet Annahme. Ueber den Antrag Dihmann wird namentlich abgestimmt.

Mit Ja stimmen 118, mit Nein 60 Delegierte.

Die er wähnten in der Generaldebatte behandelten Anträge werden sämtlich abgelehnt.

Nach der Abstimmung über die Staffellungsanträge wird zur Beratung der

Anträge zum Statut

geschritten. Dem § 3 wird ein neuer Absatz hinzugefügt:

„Dem Beitritt sind solche Personen ausgeschlossen, die infolge ihres Verhaltens oder ihres körperlichen oder geistigen Zustandes einer Beschäftigung in einem gewerblichen Arbeitsverhältnis nicht nachkommen oder in ein solches nicht mehr eintreten können.“

Der § 5 wird dahin erweitert:

„Bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder sonstigen Notfällen kann auf einen vor Ablauf der achten Restwoche bei der Ortsverwaltung eingereichten Antrag des betreffenden Mitgliedes von der Ortsverwaltung Beitragsbefreiung oder Stundung, letztere jedoch nicht länger als für dreizehn Wochen, gewährt werden. Das gleiche gilt für Mitglieder, die nachweislich an der rechtzeitigen Meldung verhindert waren. Für die Zeit der Stundung tritt nur dann Beitragsbefreiung ein, wenn diese vor Ablauf der dreizehnten Woche beantragt wird. Geschieht dies nicht, oder wird nicht vor Ablauf der 13. Woche mit der Nachzahlung der gestundeten Beiträge begonnen, so erlischt die Mitgliedschaft mit diesem Zeitpunkt.“

Die Wartezeit verlängert sich bei Beitragsbefreiung oder Stundung um die Dauer dieser.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, in allen Verbandsangelegenheiten sich durch sein Mitgliedsbuch und in Zweifelsfällen auf Verlangen durch sonstige vollständige Legitimationen sich den Verbandsvertretern gegenüber auszuweisen.“

Der § 6 wird wie folgt ergänzt:

„Für Mitglieder, die infolge ihres körperlichen oder sonstigen Zustandes an der Ausübung ihres Berufes oder einer anderen gewerblichen Tätigkeit dauernd oder mit Unterbrechungen sehr oft verhindert sind (Invalide), sowie für solche Mitglieder, die infolge ihres Verhaltens mit gewisser Regelmäßigkeit erwerbslos sind und dadurch die Unterfützungseinrichtungen des Verbandes in gleicher Weise in Anspruch nehmen, wird eine besondere Klasse mit einem Wochenbeitrag von 10 Pf. gebildet.“

Mitglieder, die durch ihren körperlichen Zustand nur teilweise in ihrer Erwerbstätigkeit beschränkt sind (Halbinvalide), können in die Beitragsklasse für weibliche und jugendliche männliche Mitglieder eingereiht werden.

Die Einreichung von Mitgliedern in eine niedrigere Beitragsklasse erfolgt auf Antrag des Mitgliedes oder der Ortsverwaltung durch Beschluß der letzteren.

Tritt bei einem oder in eine niedrigere Beitragsklasse eingewiesenen Mitgliede eine Besserung des durch die Einreichung veranlassenden Zustandes zugunsten des Mitgliedes ein, so kann das betreffende Mitglied wieder zu der höheren Beitragsklasse zugelassen werden. Die Entscheidung über solche Anträge trifft die Ortsverwaltung, in Zweifelsfällen der Vorstand.“

Der Antrag, weiblichen Mitgliedern das Recht zuzugestehen, hinsichtlich der höheren Beitragszahlung usw. in die Kategorie der männlichen Mitglieder einzurücken, wird abgelehnt.

Bei § 7 (Unterfützungseinrichtungen) entsteht ebenfalls eine lebhafteste Aussprache, in der Schilde abermals betont, daß die Unterfützungseinrichtungen nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zwecke seien.

Die Fortsetzung der Statutenberatung findet Freitag morgen statt.

Zu der am Donnerstag nachmittag im Hamburger Krematorium erfolgten Einäscherung des verstorbenen Genossen Deinhart entsandte der Verbandstag eine fünfgliedrige Deputation.

Aus der Partei.

Gemeindevorstand.

Bei den Gemeindevahlen in Weinheim (Baden) siegte in der dritten Wählerklasse die Sozialdemokratie nach hartem Kampfe mit 535 gegen 404 Stimmen der vereinigten Gegner.

Warnung. Die Redaktion des „Hamburger Echo“ teilt folgendes mit: Aus verschiedenen Orten der Provinz Brandenburg geht die Mitteilung zu, daß sich dort ein junger Mensch unter dem Namen Gierhahn, der sich als Redakteur oder Mitarbeiter des „Hamburger Echo“ ausgibt, sowie Eisen und Getreide erschwindelt hat. Dem „Hamburger Echo“ ging in diesen Tagen auch ein mit dem Namen „Gierhahn“ gezeichnetes Telegramm des Inhaltes zu: „Ausführlicher Bericht folgt.“ Die Depesche ist offenbar zu Sammelzwecken an das „Hamburger Echo“ abgegangen.

Das „Hamburger Echo“ hat nie einen Redakteur resp. Leiter oder gelegentlichen Mitarbeiter namens „Gierhahn“ gehabt. Der Redaktion des „Hamburger Echo“ ist die fragliche Persönlichkeit vollständig unbekannt.

Der Sozialdemokrat in Chile. Die Arbeiterpartei von Chile wurde in der Oktober-Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus als Sektion zur Internationalen zugelassen. Jetzt ist der Brüsseler „Peuple“ in der Lage, mitzu-

tellen, daß bei den letzten Wahlen zum Nationalen Kongress von Chile die Arbeiterpartei von 95 Mandaten 15 erobert hat. Die Bourgeoisie ist über diesen Erfolg ganz verblüfft und rüft sich zum Kampfe gegen die bisher wenig beachtete Partei.

Aus Industrie und Handel.

Lebensmittelsteuerung.

Die Notstandspreise für Brotgetreide üben auch einen preissteigernden Einfluß auf andere Lebensmittel aus. Die Brotsteuerung könnte in ihren furchtbaren Wirkungen etwas abgeschwächt werden, wäre es den Minderbemittelten möglich, andere nützliche Nahrungsmittel reichlicher zu konsumieren. Aber gerade solche Artikel, die da in Betracht kommen könnten, sind ebenfalls teurer geworden. Auch die Fleischpreise sind gegen das Vorjahr wieder hinausgegangen; für Gemüse, billigen Fisch und Butter muß mehr bezahlt werden, und gerade die billigeren Sorten erlitten den stärksten Aufschlag. Die Steigerung der Preise wichtiger Waren, nach den Berichten der Berliner Markthallenleitung, veranschaulicht die folgende Tabelle:

	Preis am 1. Juni 1908	1909
Rohschafschaf (50 kg)	60-69	68-73
IIa	51-56	57-63
Milch fett	48-53	48-56
mager	30-39	40-48
Schweinefleisch	54-61	59-64
Heringe (Schod)	5-9	6-9
Schellfisch (Kist)	3	3-4
Eier, unsortiert (Schod)	2,80-3,10	2,80-3,25
Butter Ia (50 kg)	118-120	121-124
IIa	118-118	118-120
IIIa	108-113	104-115
Porree (Schod)	1-1,50	1-3
Rohrübren	3-5	4,50-8
Rohrabi	1,25-4	1,50-6
Blumenkohl (50 kg)	20-28	20-40
Rohrübren, holl. (100 Bb.)	10-30	15-30
Zwiebeln, ägypt. (50 kg)	7-8,50	9-10
Kartoffeln, ital.	7,50-10	10-11
Malta	3-6	6-8
Salat, holl. (100 Kopf)	2-6	4-7

Nach dieser Aufstellung ergeben sich schon im Großhandel ganz bedeutende Steigerungen, die im Kleinhandel teilweise aber noch ganz bedeutend überholt werden. Daß eine entgegengesetzte Preisentwicklung bald eine Erleichterung der Lebenshaltung bringen werde, dafür liegen Anzeichen nicht vor. Wohl aber für noch weitere Preistreiber. Auf solche ist die ganze wirtschaftspolitische Tätigkeit der Agrarier gerichtet, und der Generalsekretär des Schornsteinerverbandes, Herr Dued, hat zudem kürzlich eine allgemeine Lohnherabsetzung für alle Arbeiter angefordert. Das eröffnet schöne Aussichten!

Ein Elektrizitätswerk, in der Form einer Aktiengesellschaft mit 2 Millionen Mark Kapital, wird gegenwärtig von der A. E. G. bei Heegermühle, in der Nähe von Borswalde, errichtet. Das Werk soll als Ueberlandzentrale zunächst das Gebiet der Kreise Ober- und Nieder-Barnim, Templin und Angermünde mit Strom für Licht, Kraftzwecke versorgen. Die A. E. G. hat mit den vier Kreisen Verträge geschlossen, die ihr das Recht geben, auf die Dauer von 50 Jahren Leitungen aller Art auf den Gemarkungen der Kreise zur Fortleitung von Elektrizität zu legen. Mit den Städten und Gemeinden der Kreise will sie Verträge auf Stromlieferung für 25 Jahre abschließen. Teilweise schon Verhandlungen. Mit der Eisenbahndirektion Stettin ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der die Versorgung der Eisenbahnwerkstätte vorsieht. Auch mit einer größeren Anzahl großindustrieller Anlagen werden Verhandlungen geführt. So begeben sich ganze Kreise in die Abhängigkeit von einer Privatgesellschaft. Die Beteiligten hätten das Werk sehr gut in Eigenregie ins Leben rufen können — zum Vorteil für die Gesamtheit.

Kommunales Elektrizitätswerk. Der Magistrat in Regensburg beschloß, das dortige Elektrizitätswerk von der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals Schudert u. Co. für 1 850 000 Mk. zu erwerben.

33 1/2 Prozent. Die Aktionäre der Alfelder Hütte müssen furchtbar unter der Krise leiden. Während sie für das vorletzte Jahr noch 40 Proz. Dividende einstreichen konnten, will der Aufsichtsrat für das letzte Jahr eine Dividende von nur 33 1/2 Proz. in Vorschlag bringen.

Aus der Frauenbewegung.

Einmütigkeit im Vertuschungssystem.

Wenn's nicht gar so traurig wäre, müßte man lachen über die Einmütigkeit der deutschen bürgerlich-politischen Frauen, soweit es das Vertuschungssystem anbelangt, das wir erst gestern noch mit

Bezugnahme auf einen Artikel Sida Gustava Seymanns in der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ brandmarkten.

Ein Artikel, den wir hiermit etwas niedriger hängen möchten, entspringt der Feder von Anna Pappitz und wurde in der Zeitschrift „Die Frau“, Herausgeberin Helene Lange, veröffentlicht.

Anna Pappitz berichtet dort auch über die internationale Stimmrechtskonferenz in London. Nach einer fast wie eine Entschuldigung klingenden Einleitung betreffs der Langweiligkeit des Kongresses schreibt sie:

„Es war unermesslich, daß infolge dessen der Kongress an einer gewissen Einseitigkeit litt, im Gegensatz zu den sonstigen Frauenkongressen, die eher am Gegenteil, an dem Vielheit der Verhandlungsthemen tranken. Es fehlten die Debatten der verschiedenen Richtungen, der frische Luftzug der Polemik. Es waren immer dieselben Argumente, Wünsche und Beschwerden, die sich in endloser Reihenfolge wiederholten. Dieser Nachteil wurde aber reichlich aufgewogen, durch den sympathischen und begeisternden Eindruck, den gerade die Einmütigkeit hervorrief, diese Einmütigkeit, die alle Unterschiede der Nationen, der gesellschaftlichen Klassen und politischen Parteien überbrückte, in dem Ringen um das eine große Ziel der politischen Befreiung und Gleichstellung des weiblichen Geschlechts.“

Also auch Anna Pappitz vermeldet kein Wort über die Frage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, die von dem internationalen Vorstand in so brutaler Weise abgelehnt worden, daß die anwesenden Vertreter und Vertreterinnen der sozialistischen Frauen sich veranlaßt sahen, unter lautem Protest die „St. James Hall“ zu verlassen. Auch sie vermeldet nichts von dem Austritt Dr. jur. Anita Kugspurgs, der Vizepräsidentin, aus dem Vorstand des Internationalen Frauenstimmrechtsverbandes. Ja, ja, im politischen Vertuschungssystem der deutschen bürgerlich-politischen Frauen herrscht größte Einmütigkeit, das muß man sagen!

Die „Schwarzen“ in Berlin an der Arbeit. Man muß anerkennen, die Berliner „Schwarzen“ — in dem Bestreben, der modernen Frauenbewegung Abbruch zu tun — verstehen zu arbeiten. Ihr neuester Trick besteht darin, in Berlin am 1. Oktober 1909 eine Frauenschule der „Inneren Mission“ zu eröffnen. Voranmeldungen werden bereits angenommen. Ein anderthalbjähriger Kursus ist vorgesehen. Die bisher bestehenden kleineren Kurse werden in dieser Frauenschule aufgehen. Dieselbe soll einen theoretischen und einen praktischen Teil umfassen. Mädchen, die sich schon in irgend einer Arbeit der „Inneren Mission“ etwas praktisch betätigt haben, werden aufgenommen. Als niedrigste Altersgrenze wurde das vollendete 18. Lebensjahr angesetzt.

Für den Lehrplan wurden unter anderem folgende Fächer vorgeschlagen: 1. Einführung in die heilige Schrift, Glaubens-, Sittenlehre, Kirchengeschichte. 2. Geschichte der christlichen Liebestätigkeit, Arbeitsgebiete der Frau in der „Inneren Mission“ und sozialen Arbeit. 3. Geschichte der Frauenbewegung. 4. Erziehungslehre. 5. Einführung in das Leben und Wirken bedeutender Pädagoginnen, praktische Übungen, Referate. 6. Volkswirtschaftslehre und soziale Gesetzgebung, Bürgerkunde, Einführung in verschiedene Rechtsgebiete. 7. Grundbegriffe der Kranken- und Säuglingspflege. 8. Naturkunde, Nahrungsmittelkunde, Bekanntschaft mit chemischen und physikalischen Erfindungen der Gegenwart. 9. Wahrschreibe- und Schreibmaschine, stenographische Fertigkeit und Konversation, Stenographie und Schreibmaschine.

Drohnen.

Während der Kapitalismus unbehindert der Fortführung des „geheiligten“ Familienlebens und der Verwahrlosung Laufender von Proletariatskindern frönt, die Frauen der Arbeiterklasse in der rücksichtslosesten Weise ausbeutet, zerbrechen sich die Frauen und Töchter der Ausgewählten ihr armes Hirnchen darüber, wie sie die Millionen verprassten, in Land und Schmutz umsetzen können. Ein Beispiel hierfür bietet die Schilderung über die Bedürfnisse der Multimillionärstochter Giulia Morini aus New York, die bloß 25 Millionen Mark erbt. Sie kann für ihre „kleinen Privatwede“ jährlich 1 1/2 Millionen Mark ausgeben. Bei einer Korsoveranstaltung forderte sie mit 17 verschiedenen Toiletten den Reiz und die Bewunderung der anderen heraus. Diese Toiletten repräsentierten ein Vermögen. Für ihre Pferde wendet sie jährlich Hunderttausende auf. Ihre Schneiderin verdient an dieser fritten Kundin pro Jahr 400 000 Mk.; 150 Tischtücher kosten 2500 Mk., 50 Paar Schuhe 10 000 Mk., Spitzenwäsche 75 000 Mk. pro Jahr. Dabei sind gerade diese Damen sehr fromm und modern mit Vorliebe in Wohltätigkeit, um so einen Ausgleich zu schaffen für die Prostitution ihrer Väter und Gatten, die die aufstrebende Gewerkschaftsbewegung in der brutalsten Weise niederhumpeln.

Lesende.

Groß-Lichterfelde. Die Lesende fallen während der Monate Juni, Juli und August aus.
Sonntagmittags: Gemütliches Zusammensein im Lokale des Genossen Fritz Bahrendorf, Bälkestr. 22.

Vermischtes.

Die feindlichen Brüder in Christo. Eine ergötzliche Geschichte erzählen oberfränkische Blätter aus der Pfarrei des Schlosses Lang bei Lichtenfels, ehemals ein berühmtes Kloster, jetzt Eigentum des Herzogs Karl Theodor in Bayern. Die Pfarrei hat der katholische Pfarrer Tremmel zu versehen, während als Schlossgeistlicher der Benefiziat Schönbert fungiert. Beide wohnen in einem Gebäude des Schlosses, leben aber, wie der Volksmund sagt, wie Hund und Katze mit einander und geben darin ihren frommen Schäflein ein nicht ganz christliches Beispiel. Der Grund ist der, daß der Benefiziat den Pfarrer nicht als den „Höheren“ anerkennt und ihm nicht bei der Ausübung seiner Seelsorgerpflichten helfen will. Kürzlich wurde die Köchin des Pfarrers von einem starken Unwohlsein überfallen, so daß sie über Hals und Kopf ins Lichtenfelder Krankenhaus geschafft werden mußte, wo sie eines gelinden Anfalls erlag. Ueber die Vaterlichkeit zu dem neuen Weltbürger gingen allerlei für den Pfarrer sehr unangenehme Gerüchte um, die auch diesem zu Ohren kamen. Er glaubte Grund zu der Annahme zu haben, daß sein geistlicher Mitbruder diese Gerüchte unter die Leute gebracht habe, und mochte seinem Verger über diese unangenehme Sache in seinem Zimmer in einem wohl etwas lauten Selbstgespräch Luft. Da die Fenster offen waren, hörte der in einem anderen Zimmer befindliche Benefiziat alles mit an. Als der Pfarrer sich ausgeschimpft hatte, legte er sich aufs Sofa und ließ sich ein Schälchen gut schmecken, so daß er das Anlachen zweier Herren, die aus Staffelstein gekommen waren und zu dem Pfarrer wollten, überhörte. Die Herren erschienen später mit einem Gendarmenwachmeister und zwei weiteren Personen, und die ganze Gesellschaft begab sich nun zu dem Pfarrer und eröffnete ihm, daß er krank sei und in die nahe gelegene Kreisirrenanstalt Ruhlenberg geschafft werden solle. Als der Pfarrer protestierte, wurde er mit Gewalt zu dem mitgebrachten Wagen geschleppt, hineingepackt und nach Ruhlenberg transportiert. Dort blieb er einige Tage unter Beobachtung und wurde dann, da man nichts Besseres an ihm fand, wieder entlassen. Es stellte sich heraus, daß der Benefiziat, nachdem er das oben erwähnte Selbstgespräch des Pfarrers mit angehört, den Porzellan veranlaßt hatte, an den Bezirksarzt nach Staffelstein zu telefonieren, Pfarrer Tremmel sei tobsüchtig geworden und sehr gemeingefährlich. Der Bezirksarzt machte sich sofort mit der nötigen Begleitung auf den Weg, um den „Tobsüchtigen“ hinter Schloß und Riegel zu bringen. Nun hat der Pfarrer den Benefiziaten beim Ordnungsamt, bei der Regierung und auch beim Herzog verklagt.

So ergötzlich dies Vorwissen an sich ist, zeigt es doch die bedauerliche Tatsache, wie leicht jemand unberechtigterweise ins Irrenhaus gebracht werden kann.

Aus den ländlichen Gegenden. Daß auch den ländlichen Arbeitern zuteil die Fellein zu eng werden, beweist ein Vorgang, der sich in Wredow bei Rauen abspielte. Die auf dem dortigen Gut beschäftigten Schnitter hatten die Entlassung des Vorarbeiters gefordert unter der Angabe, daß sie gezwungen seien, von diesem ihre Lebensmittel zu kaufen und sie dabei überborteilt würden. Es wurde aus dem Umkreise Gendarmerie hinzugezogen, um die empörten Gemüter zu beruhigen. Da aber auch der Vorarbeiter am folgenden Tage nicht entlassen wurde, kam es zu einem großen Gggeh, im Verlaufe dessen die Gendarmen blank zogen und auch mehrere Schnitter verlegten. Die Anführer des Ggges wurden später festgenommen.

Niemand wird glauben, daß durch Polizeigewalt die allzu berechtigten Empörung der ausländischen Arbeiter über die skandalösen Zustände auf dem Lande auf die Dauer zu bannen ist. Der Geist der Freiheit kann weder kastriert, noch durch Säbel geädelt werden.

Eingegangene Druckschriften.

Das gewerbliche Arbeits- und Lehrverhältnis. Handbuch für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Von H. Götter. 1 B. U. Unger, Berlin O. 2.
Die Schweiz in 15 Tagen. Von R. Roe. Geb. 1,50 Mk. — Ein praktisches Taschenbuch für die Reise. Grätz. Reisebücherei-Verlag Dr. B. Lorenz, Freiburg i. B.
8. Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats Gera und Umgebung. 1908. 56 Seiten. Selbstverlag.
Eugene Delacroix: Mein Tagebuch. 287 Seiten. B. Cassirer, Berlin W. 35.
Die zwölfte Stunde. Novellen von R. Straß. Geb. 1,50 Mk., geb. 4,50 Mk. — Der Held des Tages. Novellen von F. Lindau. Geb. 1,50 Mk., geb. 4,50 Mk. B. Ullrich, Berlin W. 30.
Weltgeschichte. Lfgr. 45-53. Herausgegeben von Dr. R. v. Pflug-Hartung. 60 Lieferungen a 60 Bl. Haffner u. Co., Berlin SW. 68.
Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus. Von Dr. phil. et jur. E. Hamacher. Geb. 17 Mk., geb. 19,50 Mk. Duncker u. Humblot, Leipzig.
Platen: Die neue Heilmethode. Lehrbuch der naturgemäßen Lebensweise, der Gesundheitspflege und der naturgemäßen Heilmethode. 60 Lieferungen zum Preise von je 40 Pfennig. Ullrich u. Co., Berlin W. 57.
Was ist besser für uns, Reichtum oder Armut? Von Th. Schmidt, Wetzlar. Brosch. 50 Bl. B. Reinhardt, Leopoldsdorfer (Baden).
Unsere Wohnungs-Verhältnisse im Jahre 1908. Bearbeitet von U. Kohn im Auftrage des Vorstandes der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Einzelhändler und Apotheker. Berlin. Selbstverlag.
Vereinerung des Einkommens aus Lohn und Arbeitsverdienst nach dem preussischen Einkommensteuergesetz. 25 Bl. Oppermann u. Richter, Hannover- Linden.



Sunlicht Seife

lernt man bei der grossen Wäsche schätzen. Sie ermöglicht Zeit sparende Arbeit! Ohne scharfe Zusätze reinigt sie schnell und gründlich, schon die Gewebe, und Hände der Wäscherinnen. Da sie sehr ausgiebig, ist Sunlicht Seife ein ökonomisches Waschmittel, das sich bei kleiner und grosser Wäsche bewährt!



Müllerstr.
182/183.

Modewarenhaus Jacques Cohn (Inh.: D. Franzis)

Müllerstr.
182/183.

Sonnabend, den 5. Juni, Beginn unseres Saison-Ausverkaufs. Auf alle Käufe gewähre mit Ausnahme weniger Artikel trotz der bekannt billigen Preise

10% Rabatt oder doppelte Nordenmarken.

Garnierte Hüte, Kostümröcke, Blusen, Kleidchen bis 50 Proz. unter den bisherigen Preisen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 5. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Meister-
singer von Nürnberg. (Anfang
7 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Die Fleder-
maus.

Neues königliches Opernhaus.
Der fliegende Holländer.

Deutsches. Die schäte Auguste.
Kammerstücke. Ein Skan-
dal in Monte Carlo. Anf. 8 Uhr.

Reffing. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Bresters Millionen.

Schiller Charlottenburg. Doktor
Klaus.

Friedrich-Wilhelmstadt. Schau-
spielhaus. Im weißen Rößl.
Neues Schauspielhaus. Kabé.
Römische Oper. Tieland.
Neues. Tricoche und Cacolet.
Thalia. Im Café Noblette.
Schauspielhaus. Liebling der Damen.
Freundschaftsdiener.
Kleines. Moral.
Heibel. Revolutionshochzeit.
Trianon. Die Sprudelfee.
Neues Operetten. Der Rigeimer-
baron.

Berliner Operetten-Theater SW.
Das Teufelsweib. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Goldes Caprice. Kleines — endlich.
Lingerade Tage. Anf. 8 1/2 Uhr.

Metropol. Die oberen Zehntausend.
Bernhard Weis. Das Mädchen
ohne Flee.

Apollo. Daffnein. Er oder Er.
Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Vantage. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Der Kompagnieball.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Rom und die
Campagna.

Sternwarte. Invalidenstr. 67/62.

Lessing-Theater.
Gastspiel d. Berliner Operetten-Theaters.
Anfang 8 Uhr.

Die Dollarprinzessin.

Berliner Theater.
Gastspiel-Operetten-Theater.
Anfang 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:

Tricoche und Cacolet.
Morgen und folgende Tage:
Tricoche und Cacolet.

Neues Kgl. Opera-Theater (Kroll).
Gura-Oper.

Eröffnungs-Vorstellung.
Der fliegende Holländer.
Romantische Oper von H. Wagner.
In gänzlich neuer Ausstattung
und Inszenierung.
Anf. 7 1/2 Uhr. (Ohne Zwischenpause.)

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**

Sonnabend, 5. Juni, Anfang 8 Uhr:
Im weißen Rößl.
Sonntag abends 8 Uhr: Die beiden
Leonoren.
Montag: Die beiden Leonoren.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Liebling der Damen.
Cicau: Ein Freundschaftsdienst.
Heibel-Theater. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr zum erstenmal:
Die Sprudelfee.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Franzstr. 132
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne
Chöre.
Sommerprelle.
Auf der Gartenbühne: Theater-
vorstellung, Konzerte, Spezialität.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Korker. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Apollo
Theater**
9 1/2 Uhr: Er oder Er mit

Hartstein
in der Doppelrolle.
8 Uhr: Die neuen Spezialitäten.
H. a.: Jean Paul mit neuen Schlagern.
Nathal u. Pains ??? u. m.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:

Rom und die Campagna.

**ZOOLOGISCHER
GARTEN**

Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf
Kinder unter 10 Jahren die
Hälfte.

Landesausstellungspark
am Lehrtor Bahnhof

Neu erbaut: Festhalle
Gartenrestaurant
Konditorei und Café

Militär-Konzert
tägl. v. 4 Uhr ab

Dejeuners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an

**WINTER
GARTEN**

Neues Programm!
„La Pia“

in ihrer Novität: „Der Wellen
Geist“.

Verona-Cyelo-Troupe X Alexandroff-
Truppe: Ein Sonntagmorgen in
Rußland X Lanos u. Montes, Exzent.
Acrobats X Iris sisters, engl. song
and dance X Colemanns gemischt.
Dress-Akt, Hunde, Katzen, Tauben
X 3 Geschwister Taubert, Xylophon-
Virtuosin X Pauls 6 Juggling-
Girls X 4 Barowskys Novität.
Akt: Auf der Kegelbahn X Tan
Kwai, Chinesentruppe X José Garcia,
jonglierende Silhouetten X Mc.
Walton, der Mann m. d. geheimnis-
vollen Rock X Biograph, neueste
Aufnahmen.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.

Willi Prager

The York Sisters

und das glänzende
Juni-Programm.

**12 Variétés 12
Sensationen 12**

Passage-Panoptikum.
Bis inkl. 7. Juni:

Volkstage!

Jeder Erwachsene
ein Kind frei!
Jedes Kind erhält
ein Geschenk!

Alles ohne Extra-Entree!
Die letzten weiblich.
Wesen v. Stamm der
Azteken!

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:

**Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.**

Anf. d. Vorj. 5 Uhr, Konzert 4 Uhr.
Garteneröffnung 3 Uhr.

Neben Montag Elitetag, Spezia-
litäten und Solos der „Lustigen
Sänger“.

Bei Regenwetter Vorstellung im
großen Theater-Saal.

Brunnen-Theater
Badstraße 55. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
X Erstklassige Spezialitäten! X
Novität! Novität!

Die Spreewald- u. Räte.
Gr. Kusthaltungs-Vollständ mit Ge-
lang u. Lang in 4 Akt. v. Hoffmann.
Raffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

**Duhmann's
Theater**
Schönhauser Allee 143
Kantaten-Allee 97/99

Täglich:
Konzert, Theater, 12 Kunstspezialität.

Neu! Die Dallesprinzessin. Neu!
Vollständig m. Gef. in 3 Akte, von Koch.
(Personen des Kasino-Theaters.)
Im Saale: Ball. Anfang 4 Uhr.
Eröffnung der Kaffeeküche 4 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.
Lustspiel in 4 Akten von Winchell
Smith und Baron Douglas.
Ende 10 1/2 Uhr.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.

Montag, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Lustspiel in 5 Akten v. Hb. Perronne.
Ende 10 1/2 Uhr.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Kabale und Liebe.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein Erfolg.

CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165 (Pachorrpalast).

Ohne Extra-Entree **Mariedl**, die größte
lebende **Riesin der Welt.**

Arturios große Zaubersoireen
Soireen: 12 Uhr mittags und von 4 Uhr nachmittags stündlich.
Hauptsoiree 8 Uhr abends.

Täglich: 7 1/2 Uhr abends: **Ohne Extra-Entree!**
Humoristische Künstler-Abende.
Sonntags 2 Vorstellungen.

AUSSTELLUNG



!!! Wohnungs-Einrichtungen u. Erzeug-
nissen der Berliner Holzindustrie
in den Ausstellungshallen am Zoo. !!!

Entree 1 M. — Geöffnet von 10—8 Uhr. — Täglich Konzert.

Schloß Weißensee

Heute Sonnabend, den 5. Juni:
Großes Konzert der Tropenkapelle
Direktor Mahmann.

Großer Erfolg!
Sudanesen-Karawane.

Afrikanisches Dorf mit 45 Eingeborenen u. vielen Tieren.
Großartige, nie gesehene Vorführungen um 4 u. 8 Uhr
(Sonntags 11 1/2, 4, 6, 8 Uhr) aus dem Leben der Afrikaner.
U. a.: Fahrendes Volk im Sudan, Elefantenzug, Frauen-
raub, Pferdedieb, Reitermanöver und Wettrennen. Un-
übertroffene Reiterkünste des Beduinenmächtigen Akri bent
Khemis im Herrensattel! X Kaffeeküche 2 Uhr! X Boots-
fahrten! X Schwabebahn! X Volksbelustigungen aller Art!
Sonntag, den 6. Juni: **Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf., Kinder 15 Pf.

Achtung! Diez' Jetzt nur

Seeterrasse Lichtenberg

Ob schön! Täglich: Ob Regen!

Gr. Konzert und das größte, beste Programm
Berlins

u. a.: Brothers Gelbigs, unübertroffener fliegender Trapez-
st. Helter-Zelochs (2 Damen, 1 Herr), Turnmeister,
Hilfer Ritter, der unsterbliche Humorist, Borges u. Darlen,
die best. Kom. Kabarettier u. m. Im Saale: **BALL.** Anfang 4 Uhr.
X 15 Ruderboote X Kaffeeküche X Volksbelustigungen X
Vorzugsarten gültig. Entree nur 20 Pf.

Restaurant Strauchwiese.
Gr. Berl. Straßenbahn. — Schloßpark Nieder-Schönhausen. — Siemensbahn.
Endpunkt der Linie 49. Berlin (Friedrichstr.) — Franz. Bucht.
Nied.-Schönh. (Hauptbahnhof Str.) — Endstation Wendelstraße
Rixdorf, dicht am Lokal. oder Schloß-Allee.

Große Garten-Militär-Freikonzerte.
Im prachtvollen Goldenen Saal: Festball.

Sie waren **C. B.?** Haben Sie

die Feiertage nicht in viel

„Café Bellevue“

am Rummelsburger See. Der schönste Garten der Umgebung.

Sonntag, **Großes Konzert** des Wagner-Orchesters.
6. Juni: Dirigent: H. Jergans.

Auftritt der 1. Berliner Operetten-Gesellschaft. Direktor H. Pöna.
Kaffeeküchen. X Volksbelustigungen. X Gute Küche.

Um zahlreichem Besuch bittet **Gustav Tempel.**

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.
Befestigung Zeuthen. Besitzer: **W. Heinrich.**
Für bevorstehenden Sommerurlaub halte ich mich werten Vereinen,
Jahres, Schulen usw. bei Zulassung aufmerksamer Bedienung bestens
empfohlen. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. —
Badeanstalt. — Boote und Belustigungen aller Art.
7372* Nachachtungsvoll **W. Heinrich.**

Der schönste Ausflugsort **Pichelsworder**
und Aufenthalt ist immer
und gern gesehen sind wir beim

Alten Freund.

Zeuthen, Restaurant Albrechtshof
zum gemüthlichen Heinrich. 1401 L.

Bellebester Ausflugsort, idyllisch am Zeuthener See
zwischen Eichwalde, Schmückwitz u. Zeuthen gelegen.
Fahrplanmäßiger Verkehr (stündlich) der Stern-Dampfer
ab Berlin-Jannowitzbrücke und Grünau.

Den geehrten Vereinen und Gewerkschaften bestens
empfohlen. Hochachtungsvoll **H. Spethmann.**

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Sonnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung!
Der Goldbauer.

Vollständig in 5 Akten von Charlotte
Birk-Weißer.

Vorj. d. vollstäbd. Spezialität-Prgr.
Konz. G. Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.

Täglich:
**Großes Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.**

Met. Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Folgend und nach der Vorstellung
Tanzkränzchen.

Schweizer - Garten
Am Königsplatz. Am Friedrichshain
Haltestelle der Straßenbahn
1, 2, 4, 17, 59, 62, 74 u. Q.
Anfang 4 resp. 5 Uhr

Täglich Entree 30 Pf.

**Neues Theater- u.
Spezialitäten - Programm.**

Ball u. Volksbelustigungen.
Etlliche Sonnabende
an Vereine zu vergeben.

**Walhalla-
Varieté-Theater**

Weinbergsweg 19-20, Rosenh. Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
Die neuen Juni-Spezialitäten.

Im Garten: Sommerfest
Verein der Deutschen Kaufleute.
Konzert, Ball usw. Anf. 4 Uhr.

Damms Volkspark - Theater
Landsberger Allee 74/77.

Große Vorstellung
des

Sächsischen Volks-Theaters
nebst Musikern erstkl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Man amüsiert sich köstlich.

Berlins Sommer-Sensation!
White City

mod. Vergnügungs-Park
Potsdamer Straße 75.
Täglich 5-7 und 8-11 Uhr.

Große Konzerte
des Karl Zimmer-Orchesters.

Punkt 6 Uhr: **White City-Marsch**
von Zimmer.

Gastdirigent **Translateur**
täglich: **Eintritt 25 Pf. a Person.**

Reichshallen-Theater.
Settiner Sänger

(Meysel, Britton,
Schrader usw.)

Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Hente Sonnabend:
Gr. Dampfer-Mondschein-

Promenaden-Fahrt mit Militär-Musik.

Rundfahrt auf dem Müggelsee
mit festlich illuminierten Dampfern, dann zurück nach Restaurant
Kyffhäuser, daselbst großer **Sommerachts-Ball.**

Abf. abds. 9-10 Uhr, Rückf.: 1. Dampfer 2 Uhr nachts, übrig. 4 1/2 Uhr früh.
Hin und zurück 50 Pf.

Abfahrtsstelle: Schillingsbrücke, Berlin.

Morgen Sonntag:
Gr. Dampfer-Extra-Fahrt

nach **Waltersdorfer Schleuse.** Hin 50 Pf.,
zurück 60 Pf.

Abf. früh 8-9 Uhr ab Schillingsbrücke, Berlin.
nachmittags 2 Uhr

Elegante Festsäle (300 und 700
Personen fassend)

sind für die Winter-Saison an Sonnabenden und Sonntagen
unter kulantesten Bedingungen noch zu vergeben. 13930*

Landberger Str. 31. **Residenz-Festsäle, Adolf Kramer.**

Von der Michaelbrücke an der Michaelkirchstraße
heute **Gr. Mondscheinfahrt** mit
Sonnabend: **Gr. Mondscheinfahrt** mit
Dampfer
Derlich am Wald und Wasser gelegen. Abf. 9-9 1/2 Uhr
abends. Preis hin und zurück 50 Pf. Dampfer sind
billig zu vermieten. G. Sadow. Tel. IV. 5621.

Arbeiter finden für ihren Beruf
gute und billige **Kleidung** in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Gelber Laden.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Unerreichte Leistungsfähigkeit. Allein-Vorkauf.

Sehr starkes Leder mit Zwihrkette in grauen und braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte mit starkem Garn.

Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken umsonst.

Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 11
Or. Frankfurterstr. 30
Schöneberg, Hauptstr. 10.
Haupt-Katalog gratis u. franko.

Nachbar: **Verboten**

Neue Welt
Hasenheide 108/114.

Heute Sonnabend, den 5. Juni:
Extra-Spezialitäten-Vorstellung

Auserlesenes Programm.
X **Großes Konzert** X
des Neuen Welt-Orchesters.

Kapellmeister: Berthold Bothe.
Anfang 5 Uhr. Eintritt 25 Pf.
Morgen sowie jed. Sonntag v.
12-2 Uhr: **Große Tischmusik.**
Diner 4 Gänge 1 Mark.

Berliner Prater-Theater
Rastaniallee 7-9.

Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72 (Gute Alexanderstr.)
Täglich im berl. Rotationsgarten:
Theater- und Spez. - Vorstellung.
Neu! **Wem gehört die Frau!** Neu!
Treffler in 1 Scene.
„Ankunft. Debut eines Komikers“
u. m. u. m. Anfang 1/8 Uhr.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.

Täglich:
Gr. Militär-Konzert.

Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Rüge od. Schärpe grat.

Partei-Angelegenheiten.

Nizdorf. Ein Familienfest, verbunden mit Volksbelustigungen jeder Art, veranstalteten die Genossen des 17. Bezirks am Sonntag, den 6. Juni, nachmittags, in „Körners Wäldchen“ in Brigg.

Lichtenberg. Die Bibliothek des Wahlvereins, Bezirk Lichtenberg, wird zwecks Neuordnung von heute ab bis auf weiteres geschlossen. Entliehene Bücher müssen spätestens bis Mittwoch, den 9. Juni, abgeliefert sein.

Mariensiede. Am Mittwoch, den 9. Juni, 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Adolf Berger, Berliner Str. 114, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Gen. Eugen Bräuner spricht über die neue Reichsversicherungs-Novelle.

Berliner Nachrichten.

Ananas.

Wenn die Interessenten des Gegenwartsstaates etwas ganz Geschicktes gegen den Zukunftsstaat vorbringen wollen, dann kommen sie mit der ihrer Meinung nach veräußlichen Frage, wer denn dereinst aus dem großen kommunistischen Kochtopf sich die Auserwählten und gar die indischen Vogelnester herausfischen soll, die doch nicht in solchen Mengen wachsen, daß jedermann daran teilhaben könnte.

Doch soll sich unsere Betrachtung in geeigneten Grenzen halten. Zwar wird die Tropenfrucht auf der Straße feilgeboten; ein „Vollnahrungsmittel“ ist sie darum doch nicht. Der Preis von 35 Pfennig für das halbe Pfund steht, vor allem im Reichen und unter den Nachwirkungen der Arbeitslosigkeit, in beträchtlicher Disharmonie zum Proletariatsportemonnaie.

Es wächst hinieden Brot genug für alle Menschenkinder, Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust Und Zuckererbsen nicht minder.

Kurzum, die Ananas im Straßenhandel macht die sozialistenfeindliche Kochtopffrage noch lächerlicher, als sie ohnedies war. Und noch eine Wirkung ist nicht zu vergessen. Indem der Straßenhandel diese bislang für den Tisch der Arbeiterviertel trägt, weckt er dort jene vornehme Tugend, in deren Uebung das Proletariat sich alle Tage von der Bourgeoisie bespäßen lassen muß; die Tugend der Begehrlichkeit nämlich.

Der Pfingstverkehr auf den Eisenbahnen hat nach der jetzt vorliegenden amtlichen Statistik ganz gewaltige Dimensionen angenommen. Die Berliner Fernbahnhöfe verlaufen an den Tagen vom Mittwoch bis Sonnabend vor dem Fest nicht weniger als 273 577 Fahrkarten (gegen das Vorjahr + 10 975); der härteste Verkehr fiel wieder auf den Pfingstsonnabend, an welchem 151 096 Personen Berlin mit den Fernzügen verließen.

Aus dem Sanatorium Veelich.

Klagen über Pflege- und Heilanstalten gelangen immer wieder an uns. Die Beschwerden, die da von Anstaltsinsassen vorgebracht werden, sind manchmal so geringfügig, daß der Unbedeutendste rasch geneigt sein wird, sie kurzerhand als Nichtigkeiten abzuweisen. Aber auch der Pfingstaufwand, die Anlässe solcher Beschwerden zu beseitigen, ist oft genug so winzig, daß man sich wirklich wundern muß, warum nichts zu ihrer Beseitigung getan wird.

zufriedenheit, aus der schließlich auch der Anstaltsleitung mancher Verdruß erwächst. Zu den Anstalten, über die von Zeit zu Zeit immer wieder Klagen laut werden, gehört das Sanatorium Veelich, das der Lungenheilstätte Veelich angegliedert ist.

Den Insassen des Sanatoriums, die rauchen wollen, steht ein besonderes Rauchzimmer zur Verfügung. Es wird fleißig benutzt, doch wird geklagt, daß darin die Ventilation unzulänglich sei. In der kälteren Jahreszeit könne sogar Rauchern, die „an starken Tabak gewöhnt sind“, der Aufenthalt in dem qualmerfüllten Raum zur Unerträglichkeit werden.

Wir wissen nicht, ob die von uns angeführten Mängel, die uns von bereits entlassenen Patienten geschilbert wurden, in diesem Augenblick noch bestehen. Für sehr wahrscheinlich halten wir aber nicht, daß sie inzwischen schon beseitigt worden sind.

Wann kriegen wir wieder billigeres Brot?

Teurer und immer teurer war in den letzten Jahren das Brot geworden. Wann wird dieses wichtige Nahrungsmittel wieder billiger werden? Wann wird der Brotpreis herabsinken bis auf eine mäßige Höhe, die den bescheidenen Einkommensverhältnissen unbemittelter Familien entspricht?

Für Berlin kann die Höhe des Brotpreises und der Grund der eingetretenen Steigerung oder Ermäßigung nachgewiesen werden aus den amtlichen Brotpreisermittlungen, die hier durch das Statistische Amt der Stadt regelmäßig ausgeführt werden. In jeht 40 Wägereien, die über die ganze Stadt sich verteilen, kauft das Statistische Amt Roggenbrot und Weizenbrot (Schrippen), um das Gewicht des Gebädes festzustellen und daraus den Preis pro Kilogramm zu berechnen.

Als „Verringerung“ kann das höchstens dem erscheinen, der diesen Preis nur nicht an dem unerhörten Preismaximum, das im Winter 1907/08 erreicht wurde und an die schlimmsten Hungerjahre der letzten Jahrzehnte erinnerte. Nicht man ihn an den Preisen auch der vorhergehenden Jahre, so zeigt sich, daß wir noch immer in der drückendsten Brotpreiserhöhung festden. Der Durchschnittspreis pro Kilogramm

Roggenbrot, der im April 1900 sich auf 20,45 Pf. stellte, betrug im April der Jahre 1908, 1907 usw. zurück bis 1901: 32,37 Pf., 28,86 Pf., 26,97 Pf., 23,64 Pf., 23,10 Pf., 24,04 Pf., 24,17 Pf., 24,13 Pf. Er stand also in 1909 immer noch höher als in 1907 oder 1906 und sehr viel höher als in 1905, 1904 usw.

Auch beim Weizenbrot ist selbstverständlich die Preissteigerung in den letzten Jahren so bedeutend gewesen und die inzwischen eingetretene Abschwächung ist noch so gering, daß manche Arbeiterfamilie sich die Schrippe längst gänzlich abgewöhnt haben wird. Im April 1900 war der Durchschnittspreis pro Kilogramm Schrippen 22,22 Pf., nicht viel weniger als im April 1908, wo es sich auf 33,18 Pf. stellte, und sehr viel mehr als in 1907 bis 1901 zurück, wo für April ein Durchschnittspreis von 46,71 Pf., 44,48 Pf., 42,73 Pf., 41,61 Pf., 41,57 Pf., 41,67 Pf., 41,30 Pf. ermittelt wurde.

Wann kriegen wir wieder ein wirklich billiges Brot? Wir bekommen es nicht, wenn wir die Hände in den Schoß legen, es kommt uns nicht ohne unser Zutun; die Junkersippe gibt es nicht gutwillig und aus freier Entscheidung. Wir müssen es uns eringen, erlämpfen, erkriegen! Kampf den Brotwucherern, Krieg denen, die Nahrungsmittel und andere wichtige Lebensbedürfnisse verteuern, Krieg bis zur Vernichtung allen, die das Volk auspowern — das sei die Lösung der Arbeiterklasse, die durch die Macht ihrer Organisationen zum Siege gelangen wird.

Rachtlänge zur letzten Zeppelin-Fahrt.

Am ersten Feiertag haben bekanntlich Tausende auf dem Tempelhofer Felde die Ankunft des Zeppelinschen Luftschiffes erwartet, muhten aber nach stundenlangem Warten enttäuscht wieder nach Hause gehen. Zu diesen Enttäuschten gehörte auch der Kaiser mit Familie, der in einem Telegramm an Zeppelin seiner Verstimmung Ausdruck gab und meinte, Zeppelin sei es ihm und den Berlinern schuldig, nach Berlin zu kommen.

Interessant ist, wie der Kaiser auf einmal als Anwalt der Berliner Bevölkerung auftritt, die in ihrer überwiegenden Mehrheit republikanisch gesinnt ist, wie die Reichstagswahlen bewiesen haben. Es gab eine Zeit, in der er von den „unbotmäßigen Berlinern“ sprach, für die die Schicksalarten in Zwang-Tönn berechnete sind.

Und dann das Verlangen, auf ihn Rücksicht zu nehmen, weil er nicht in Berlin, sondern auf Reisen sein dürfte. Deswegen sind und bleiben immer noch Hunderttausende in Berlin, die nicht auf Reisen gehen können. Uebrigens ist die Zeit, in der der Kaiser nicht auf Reisen ist, eine sehr beschränkte. Inzwischen hat der Refke Zeppelins, der in den Verdacht gekommen war, die Ankunft Zeppelins in Berlin dem Luftschiffbataillon telegraphisch gemeldet zu haben, eine Erklärung veröffentlicht des Inhalts, daß er keine solche Nachricht weder an das Luftschiffbataillon noch an eine andere Stelle gesandt habe.

Folgende Warnung veröffentlicht das hiesige Polizeipräsidium

In der heißen Jahreszeit pflegen durch Zeitungsinserate und gedruckte Rundschreiben allerlei chemische Präparate, meist unter Pseudonymen und ohne Angabe der Zusammenstellung, als Zusätze zur Milch, um deren Gerinnung zu verzögern, empfohlen zu werden. Vor dem Ankauf und der Verwendung dieser Mittel wird dringend gewarnt. Es ist keine chemische Substanz bekannt, die imstande wäre, die Milch frisch zu erhalten und vor dem Gerinnen zu bewahren, ohne ihr gleichzeitig gesundheitsgefährliche Eigenschaften zu verleihen.

Die Musteranstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich

Die Musteranstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich ist fertiggestellt und gestern feierlich eingeweiht worden. Wie wir in verschiedenen Mäthern lesen, hat einige Tage zuvor eine Befichtigung der Räume und der inneren Einrichtungen durch Vertreter der Presse stattgefunden, von welcher man unter Wlati, wie es scheint mit Absicht, ausgeschlossen hat. Wir sind daher nicht in der Lage, aus eigener Anschauung zu berichten, wollen aber folgendes mitteilen: Die städtischen Körperkassen von Charlottenburg haben anlässlich der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars ein Grundstück, das an der Mollwitzstraße nach dem Schloßplatz belegen ist, gestiftet zu dem Zwecke der Errichtung einer Anstalt zum Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Auf diesem Grundstück erhebt sich nun ein stolzer Bau, zu welchem die Entwürfe von dem verstorbenen Professor Wessel und dem Berliner Stadtbaurat Hoffmann gefertigt wurden.

Ein gefährlicher Revolverkampf zwischen Kriminalschulleuten und einem Erpresser beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Splettschöfer die 7. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde der erst 19jährige Arbeiter Otto Schumann vorgeführt, um sich wegen verübter Erpressung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt vor dem Strafgericht zu verantworten. — Mitte April d. J. erhielt die in der Kurfürstenstraße wohnhafte Hausbesitzerin Frau Korh einen auf schlechtem Papier geschriebenen Brief folgenden Inhalts: „Werde Frau! Sie werden am Donnerstagabend um Punkt 1/11 Uhr ein mit 500 M. gefülltes Portemonnaie aus einem Coupéfenster der Stadtbahn nach der Dirschsen- Ecke Schilderstraße werfen. Stellen Sie uns keine Falle, Sie werden sonst ein entsetzliches Ende nehmen. Tom Briand, ein Mitglied der „Schwarzen Hand.“ — Die Empfängerin dieses Erpresserbriefes fuhr nach dem Polizeipräsidium und übergab den Brief dem zuständigen Kriminalkommissar. Es wurde folgender Plan vereinbart, um den gefährlichen Erpresser auf frischer Tat zu ertappen. Ein Kriminalbeamter sollte an Stelle der Frau K. in der angegebenen Zeit mit einem Stadtbahnzuge fahren und dann ein allerdings nicht mit 500 M. gefülltes Portemonnaie auf die Straße werfen. In der Dirschsenstraße hatten sich die Kriminalschulleute Brüdner und Witomsky postiert, um den Erpresser in dem Augenblick, wo er das Portemonnaie aufheben würde, zu verhaften. Punkt 1/11 Uhr flog aus dem Coupéfenster eines Stadtbahnzuges ein Portemonnaie auf das Straßenpflaster nieder und zufällig vor die Füße eines alten Ehepaares, das dort spazieren ging. Der Herr bückte sich, hob es auf und warf es wieder weg, nachdem er sich überzeugt hatte, daß es leer war. Bald darauf stürzte ein schon vorher hinter einer Litschfäule beobachteter junger Mensch auf das Portemonnaie zu und hob es auf. In demselben Augenblick wurde er von den Kriminalbeamten festgehalten. Der Dursche riß sich mit schnellem Auslos, griff blitzschnell in die Tasche und gab aus unmittelbarer Nähe auf den Kriminalbeamten Brüdner einen Schuß ab. Während der Beamte im ersten Augenblick durch den Lufdruck wie betäubt dastand, ergriff der Erpresser die Flucht. Als er sah, daß ihn Brüdner einholte, blieb er stehen und gab noch drei Schüsse auf seine Verfolger ab, die sämtlich fehl gingen. Der Beamte griff nun ebenfalls zur Waffe. Der erste Schuß traf den Verbrecher an der rechten Hüfte, erst nach dem zweiten Schuß, der ihn in den Oberschenkel traf, wurde er kampfunfähig. Noch im Liegen richtete er den Revolver auf die Beamten und drückte ab. Es verlagte aus dieser Schuß. Der Erpresser wurde entkrafft und mit einer Trochäse nach der Unfallstation am Grünen Weg geschafft. Hier ergab es sich, daß der Festgenommene der jetzige Angeklagte Schumann war, der in der Müncheberger Straße 4 bei seinen Eltern wohnte. In der Charité wurde S. von dem Kriminalkommissar Klinghammer einem Verhör unterworfen, in welchem er angab, daß er sich die Adresse der Hausbesitzerin aus dem Adreßbuch herausgesehen habe. Das Geld wollte er angeblich dazu verwenden, um sich von einem Sprachfehler heilen zu lassen. Bei einer Vernehmung wurde in der Aktentasche des Angeklagten ein zweiter Erpresserbrief gefunden, der offenbar noch zu einem am Raub grenzenden Erpressungsversuch verwendet werden sollte. — Die Verlegung, die der Angeklagte am Oberschenkel erlitten hatte, ist verhältnismäßig schnell geheilt, trotzdem die Kugel auf operativem Wege nicht entfernt werden konnte. — Staatsanwalt Dr. Merzberger beantragte mit Rücksicht auf die überaus große Gemeingefährlichkeit verurteilter Erpressungsversuche und die Schwere des Widerstandes eine Gefängnisstrafe von 4 Jahren. Das Gericht hielt trotz der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten die beantragte Strafe für durchaus angemessen, da er es lediglich einem glücklichen Zufall zu verdanken habe, daß er nicht unter der Anklage des Totschlages vor den Geschworenen stehe. Das Urteil lautete deshalb auf 4 Jahre Gefängnis.

Ueber die Beweggründe zu dem Streich, ob insbesondere sogenannte „patriotische Heldenlektüre“ oder andere Schundliteratur den Keim zu dem törichtem über einen Dummengungenfreich weit hinausgehenden Verbrechen gelegt hatten, ergab die Verhandlung leider nichts.

Wegen Mißhandlung einer Schülerin

mühte sich gestern der Gemeindefchullehrer Paul Greiß vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. — Der Angeklagte, welchem von seinen Vorgesetzten allseitig das Zeugnis eines ruhigen, besonnenen und tüchtigen Lehrers ausgestellt wird, war in der 91. Gemeindefchule in der Wielestraße angestellt. Hier hatte er in der untersten Mädchenklasse zu unterrichten. Eines Tages im Februar d. J. hatte er Rechenunterricht zu erteilen, wobei er mit der 7jährigen Helene Stomski eine ganz besondere Nähe hatte. Das geistig hart zurückgeliebene Kind, welches auch bei den übrigen Lehrern einen großen Aufwand von Mühe und Zeit erforderte, sollte in die Rechenarten des kleinen Einmaleins eingeweiht werden. Alle Versuche des Angeklagten, der kleinen S. mit Hilfe einer Rechenmaschine die elementarsten Regeln der Rechenkunst beizubringen, scheiterten. Nach einer viertelstündigen Bemühung verlor der Lehrer die Geduld, zumal die übrigen — etwa 60 — Kinder in der Klasse unruhig wurden. In der Erregung ergriff er einen etwa fingerlangen Holzstock, der bei der Rechenmaschine benutzt wurde, und warf ihn mit einer wütenden Handbewegung fort. Der Schlag traf die kleine Stomski an den Kopf und rief eine dicke Beule hervor. Seitens der Eltern wurde Strafanzeige wegen verächtlicher Körperverletzung erstattet. — In der gestrigen Verhandlung nahm das Gericht an, eine vorsätzliche Handlung liege nicht vor. Es hielt nur eine fahrlässige Körperverletzung für festgestellt. Das Urteil lautete nur auf 30 M. Geldstrafe.

Die Art und das Maß der Strafe erscheint, auch wenn man lediglich Fahrlässigkeit als gegeben ansieht, außerordentlich niedrig. Personen, denen Kinder zum Lernen anvertraut sind, müssen Geduld und Ruhe besitzen. Mangelt es ihnen an diesen Erfordernissen in so hohem Grade, daß sie in Wut geraten, weil sie außerstande sind, einem siebenjährigen Kind die Geheimnisse des Einmaleins beizubringen und werfen sie gar in der Wut mit Holzstöcken um sich, so beweisen sie dadurch ihre völlige Unfähigkeit für ihren Beruf. Freilich trifft nicht nur den Lehrer, sondern auch die Schulverwaltung ein gut Teil der Verantwortung. Die ungeheure Ueberfüllung der Klasse erschwert dem Lehrer die Erfüllung seiner Aufgabe ungemein, macht es ihm fast unmöglich, die geistigen Fähigkeiten des Kindes zur Entwicklung zu bringen. Hinzu kommt die in reaktionärem Sinne gehaltene Ausbildung unserer Volksschullehrer durch das der geistigen und sittlichen Bildung der Jugend leider geradezu entgegenarbeitende System unseres preussischen Kultusministeriums.

Stadtbahnfledderer.

Einen schweren Reinsfall hatten zwei gewerbdmähige Stadtbahnfledderer erlebt, die vor der 3. Strafkammer gestern abgeurteilt wurden.

Aus der Haft wurden die „Arbeiter“ Josef Jasinsky und Franz Sikersky vorgeführt, um sich wegen gemeinschaftlichen verübten Diebstahls im strassfahrenden Rückfalle zu verantworten. — Am 14. März d. J. hatte der Staatsmeister A. aus Treptow geschäftlich in Weiskensee zu tun. Hierbei ging es nicht ohne ein kleines Gelage ab, wobei A. eine gehörige Portion Bier und Wein vertilgte. Als er dann mit der Stadtbahn nach Treptow zurückfahren wollte, überkam ihn im Kupee eine unüberwindliche Müdigkeit, der er schließlich nicht mehr Herr werden konnte. Dies machten sich die beiden Angeklagten, zwei schon mehrmals wegen Stadtbahnfleddereien hartbestrafte Leute, zunutze. In der Nähe der Station Strauß-Nummelsburg begannen sie in aller Gemütsruhe die Taschen des Schlafenden zu revidieren, ohne jedoch auch nur den geringsten Wertgegenstand zu finden. Dies kam daher, daß der Schlafende schon vorher von einem ihrer Gauerkollegen ausge-

Am die Anstalt fertigstellen und dauernd erhalten zu können, haben zahlreiche Städte größere Beträge zur Verfügung gestellt, auch das Reich leistet einen namhaften Beitrag zur dauernden Unterhaltung des Instituts.

Eine Anfrage an den Magistrat richtet die „Volks-Zeitung“, indem sie schreibt:

„In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wurde über ein Abkommen verhandelt, das mit einer Ziegeltransport-K. G. zunächst für das Jahr 1909 vereinbart werden soll, wonach diese für ihre Krananlagen eine feste Abgabe von 10 Pf. für je 1000 zur Lösung gelangende Steine an die Stadt zahlen soll. Eine neue Krananlage am Schöneberger Hafen (Hafenplatz) soll ihr gleichzeitig genehmigt werden. Die Stadtverordneten-Spende und Singer beantragten die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss. In diesem Ausschuss soll also erst darüber beraten werden, ob ein Vertrag mit der Gesellschaft zu schließen und ob ein neuer Kran zu erbauen sei. Nun aber ist dieser Kran, ein ziemlich umfangreicher Eisenbau, der zum Teil mit seinen massiven Stützen in das Wasser hineinragt, bereits nahezu fertig. Wer hat — ohne daß die Stadtverordneten-Versammlung gefragt worden ist — die Genehmigung dazu erteilt, die doch erst erteilt werden kann, wenn die Stadtverordneten-Versammlung ihre Zustimmung zu dem Vertrage ausgesprochen haben wird! Wie, wenn nun die Versammlung ihre Zustimmung versagt? Auf wen ist die Eigenmächtigkeit, auf wen diese Nichtbeachtung der Stadtverordneten-Versammlung zurückzuführen? H. A. W. G.“

Beim Arbeitsnaden seinen Tod gefunden hat der 30jährige Arbeiter Volla aus Berlin, der sich um Arbeit bei dem Bau des Großschiffbauwerkes Berlin-Stettin bemühte. Er war mit mehreren Kollegen nach der Baustelle bei Dusterlake bei Oranienburg gegangen, um dort wegen Arbeit nachzufragen, mußte aber, um den Bauleiter sprechen zu können, sich übersehen lassen. Er rief die am anderen Ufer der Havel beschäftigten Männer an, ihn herüberzuholen und sprang, als dies nicht geschah, kurz und entschlossen in voller Kleidung in das Wasser, in der Absicht, den Fluß zu durchschwimmen. Etwa zehn Meter von seinem Ziele entfernt, verschwand der Arbeiter in den Fluten und ertrank, bevor Hilfe zur Stelle war.

Humanitieren von Schülern.

Schon öfter sind begründete Klagen über ungebührliches Betragen von Schülern, die die Stadt- und Vorortbahn benutzen, laut geworden. Das ist um so bedauerlicher, als diese Jungen wohl durchweg sich aus den gebildeten oder gebildet sein wollenden Kreisen rekrutieren. Man sollte annehmen, daß Kinder, die die höhere Schule besuchen und denen von fröhlicher Jugend an alle Vorbedingungen zu einer geistigen Entwicklung gegeben sind, so viel Lebensart und Schlich besitzen müßten, daß sie sich älteren Leuten gegenüber in angemessener Weise betragen könnten. Wer öfter die Stadt- und Vorortbahn benutzt, kann jedoch öfter die gegenteilige Erfahrung machen. Ein Vorgang, der sich am Donnerstag auf der Strecke Schiefesdamer Bahnhof-Hirschgarten abspielte und unter den Fahrgästen eines Abteils dritter Klasse große Entrüstung hervorrief ist beispielhaft für das Benehmen solcher Musterknaben. Sahen da drei Schüler im Alter von etwa 12—14 Jahren recht breitpauzig auf ihren Plätzen und rühten sich nicht, als ein paar ältere Frauen hinzustiegen. Die Herren Jungens waren nur schwer zu bewegen, wenigstens soweit zusammenzurücken, daß die vorchristmähige Zahl der Sitzplätze herauskam. Sie ließen die Frauen ruhig stehen und sicherten sich noch leise zu. Und als ihnen ihr räuspelhaftes Verhalten von allen Anwesenden ernst und bestimmt verwiesen wurde, mühten sie noch ordentlich auf. Sie hätten ebenfalls ihr Geld bezahlt, ihnen hätte niemand was zu befehlen, sie wählten selbst, was sie zu tun hätten usw. Und als eine Dame den Namen von den Schulbüchern des einen „Herrn“ lesen wollte, entzog ihr dieser die Bücher brüsk mit den Worten: „Das geht Sie gar nichts an, wie ich heiße, Sie haben meine Sachen gar nicht anzufassen.“ So daß ein alter Handwerker meinte, er „hätte am liebsten mang die Bengels“. Es wäre wohl angebracht, wenn den Schülern in der Schule manchmal, statt „Aufklärung“ über die böse Sozialdemokratie zu geben, Vorlesungen über Besittung und gute Lebensart gehalten würden.

Ertrunken. Im Tegeler See ist gestern nachmittags die Leiche eines etwa vierzehnjährigen Knaben gelandet worden. Zweifellos ist der Tote das Opfer eines Unfalles beim Baden geworden, denn die Leiche war nur mit einer Badehose bekleidet. Der Leichnam wurde nach der Halle des Tegeler Gemeindefriedhofs gebracht. — Ertrunken ist ferner der 66 Jahre alte Küstler Adolf Laetsch aus der Mühlstraße 18. Er wurde schon seit einiger Zeit von seinen Angehörigen vermisst. Er war von dabeim fortgegangen, um angeblich ein Bad im Tegeler See zu nehmen. Dies hat er wohl auch ausgeführt und dabei den Tod durch Ertrinken gefunden. Die Kleider des Ertrunkenen konnten später am Ufer aufgefunden werden.

Bei einem verhängnisvollen Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Geschäftsfuhrwerk wurde der Gastwirt Trunte aus der Meystraße 49 schwer verletzt. In der Weißbaldener Straße, in der Nähe des Bahnhofsüberganges, stieß der Wagen des T. mit solcher Gewalt mit einem entgegenkommenden Straßenbahnwagen zusammen, daß T. in weitem Bogen auf den Fahrdamm geschleudert wurde. Er zog sich schwere Verletzungen an und wurde nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin. Die Teilnehmer an den Rede-Übungen werden daran erinnert, daß heute — sonnabend — ein Unterricht stattfindet. Er beginnt ausnahmsweise erst um 9 Uhr.

Zur Willkommensfeier. Die nette Vortragende des „Gans Jörg“ und „Wie haben keine Heimat mehr“ auf dem Liebknecht-Willkommen war, wie uns mitgeteilt wird, nicht Else Schmidt, sondern die eifrigjährige Elisabeth Hielblock, was wir als gewissenhafte Chronisten hiermit feststellen.

Im Apollo-Theater ist der Humorist Jean Paul wieder eingeleitet und zeigt mit seinen neuen Schlagern die Lachmuskeln seiner Zuhörer. Wenn er sich in seiner Eigenschaft als Fahnenträger eines Arbeitervereins vorstellt, muß selbst der ernsteste Mensch Lachtränen vergießen. Eine Sensationsnummer von großem Interesse bildet das Auftreten des Allgemeinen Ratihals, der mit der Sicherheit des Vierhänders die Kränkung im ersten Rang entlang läuft und auch alle sonstigen Eigenheiten des geschwänzten Welters trefflich nachahmt. Mit seinen Greifzehen klettert er an einem Seil empor, ohne die Arie zu Hilfe zu nehmen. Auch die sonstigen Spezialitäten, wie Kunstspringer, Exzentriker, Akrobaten sind erschöpflicher Art. Ins neue Programm ist das Hartstein-Ensemble mit hinzubergenommen, nicht zum Schanden der Direktion. Die Vorleser „Er über“ läßt nach wie vor ihre Zugkraft aus.

Wem gehört das Kind? Am 23. Mai 1909, nachmittags gegen 6 Uhr, wurde in der Wallner-Theater-Straße ein zweijähriges Mädchen umherirrend angetroffen und dem Waisenhaus in der Alten Festschloßstraße zugeführt. Das Mädchen hat hellblondes Haar und war bekleidet mit weiß und blau gestreifter Schürze, miederfarbemem Unterrock, weißem Kleide und schwarzen Schnürschuhen. Etwaige Mittelungen über Angehörige des fraglichen Kindes werden in jedem Polizeirevier sowie im Zimmer 324 des kgl. Polizeipräsidiums zu 1889 IV 59. 00 entgegengenommen.

Feuerwehrbericht. Die Ablösungs- und Aufräumungsarbeiten auf der Brandstelle in der Woppsstr. 5 sind beendet. Die

Feuerwehr hat ihre Mannschaften bis auf eine Brandwache zurückgezogen. Bei der Begehung der Brandstelle läßt sich übersehen, wie groß die Gefahr für das Häuserlarree an der Urban-, Schönlein- und Woppsstraße war. Mehr als 100 Fenster von den Häusern in diesen Straßen sind total ausgebrannt; die Hitze war so enorm, daß der Rauch von vielen Gebäuden herabgefallen ist. Nur dem wackeren Verhalten der Feuerwehr ist es zu verdanken, daß die angrenzenden Gebäude keinen größeren Schaden erlitten haben. In der Nacht zum Sonntag wurde die Feuerwehr nach der Lindenstr. 43 gerufen, wo sich ein Dienstmädchen vergiftet hatte. Durch Einflößen von Sauerstoff gelang es, die Lebensmüde, aber barmherzig lebendige, wieder zum Bewußtsein zu bringen. Gleichzeitig lief ein Alarm aus der Münzstr. 8 ein, wo ein Projektionsapparat in einem Kinematographentheater in Brand geraten war. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden und das Publikum blieb ruhig. Nachts um 11 Uhr kam in einer Wohnung in der Schäferstr. 6a Feuer aus, das schnell gelöscht werden konnte. Ferner hatte die Feuerwehr in der Michaelstr. 23 u. a. Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Eröffnung des ersten Volkshildegartens soll am 7. Juni dieses Jahres erfolgen, und zwar — wie wir vor kurzem mitteilten — in den Räumen der ehemaligen Schule der Brüdergemeinde in der Kirchgasse, Eingang Richardstraße. Er ist im Sommer von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet (Sonnabends bis 5 Uhr) und im Winter von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Aufgenommen werden nur Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren, bei Geschwistern sollen Ausnahmen zulässig sein. Für völlig Verhehlte müssen wir es jedoch erachten, wenn ein Institut, wie das in Frage stehende, noch Schulgeld erhebt. Das im voraus zu entrichtende Schulgeld beträgt pro Monat 1,50 M. oder 40 Pf. wöchentlich. Desgleichen halten wir es auch nicht für zweckmäßig, wenn die Kinder für 1/4 Liter Milch 5 Pf. zahlen müssen. Es ist zu beachten, daß der Kindergarten vorläufig nur 60 Kinder aufnehmen soll. Die Stadt Rixdorf hat auf ihren Rieselgütern eine ziemlich bedeutende Milchproduktion. Angehts dieser Tatsache wäre es sehr wohl möglich, daß die Gemeinde, die dem freiw. Erziehungsbeitrag zu dem Kindergarten einen Zuschuß gewährt, das notwendige Quantum Milch auch noch unentgeltlich verabfolgen oder zum mindesten zum Selbstkostenpreise liefern könnte. Dadurch würde schon der Preis auf die Hälfte herabgesetzt und der Preis weit eher erreicht, den Pöglingen die Möglichkeit zu schaffen, neben Ausbildung des Geistes auch die Entwicklung des Körpers zu berücksichtigen.

Eine Tragödie liegt anscheinend dem Verschwinden der Ehefrau des Oberpostkassners St. und deren beiden Kinder aus der Bobbinstraße 80a zugrunde. Die drei Personen werden bereits seit acht Tagen vermisst. Es wird befürchtet, daß die Frau mit ihren beiden Kindern in den Tod gegangen ist. Frau St. hat dunkelblondes Haar und graue Augen und ist von schwächlicher Gestalt. Sie trägt schwarze Trauerkleidung.

Ueber einen sonderbaren Vorgang wird gemeldet: Am 22. Mai wurde in der Berliner Straße ein etwa anderthalb Jahre alter Knabe überfahren und schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht. Bis zum heutigen Tage ist das Kind merkwürdigerweise noch nicht als vermisst gemeldet worden und trotz aller Nachforschungen der Polizei konnten die Eltern des Knaben nicht ermittelt werden. Es hat demnach fast den Anschein, als ob die Angehörigen des Kleinen ihn absichtlich auf der Straße verlassen haben; die Behörde betrachtet es als ausgeschlossen, daß Eltern oder Verwandte, denen ein Kind abhanden gekommen, bisher noch keine Anzeige erstattet hätten.

Friedenau.

Im Bannseeabzug vom Tode überrascht wurde vorgestern nachmittags die Ehefrau des Kaufmanns Lüscher von hier. Frau L. war in Berlin gewesen und wollte in einem Bannseeabzug wieder heimfahren. Hinter der Station Großgörschenstraße brach sie plötzlich von einem Herzschlag getroffen leblos zusammen.

Charlottenburg.

Freie Volkshöhne Charlottenburg. Die Juni-Vorstellung bringt mit der Darstellung von Schillers „Kabale und Liebe“ die Erfüllung der Wünsche einer großen Anzahl von Mitgliedern. Sie findet für die 1. und 2. Abteilung am Sonntag, den 6. Juni, 6 Uhr nachmittags im Schüler-Theater Charlottenburg statt. Eine Anzahl von Gastkarten wird zu dieser Vorstellung ausgegeben. Alle Beiträge müssen am Tage vor der Vorstellung — also heute — geleistet sein.

Nummelsburg.

Mit der bevorstehenden Ergänzungswahl zum Gewerbegericht beschäftigte sich eine von der Gewerkschaftskommission einberufene öffentliche Versammlung. Genosse Eng. Weidner behandelte zunächst in einem beifällig aufgenommenen Vortrag das Thema: Die Bedeutung der Gewerbegerichte für die Arbeiter. Nach Erledigung einiger in der Diskussion gestellten Anfragen gab Genosse Grimm den Bericht von der Tätigkeit des hiesigen Gewerbegerichtes. Hierauf wurden als Kandidaten zu der bevorstehenden Ergänzungswahl am 8. Juni folgende Genossen einstimmig aufgestellt: Wilhelm Bengels, Stultateur; Robert Wächter, Fabrikarbeiter; Leopold Jänemann, Buchbinder und Wilhelm Großkopf, Metallarbeiter. Des weiteren wurde bekannt gegeben, daß sich folgende Geschäftsinhaber bereit erklärt haben, die Legitimation zu den Weisgerichten einzuziehen für diejenigen, welche selbst verbindlich sind, es zu tun: Paul Ritter, Schillerstr. 26; Alf. Rothe, Dürstr. 46; Otto John, Karlsborster Straße 1; Oskar Blume (früher Tempel), Alt-Vorhagen 56; Leopold Herwig, Grünberger Str. 10; Otto Teut, Wählichstr. 31. Auch liegen dafselbst Formulare für die am Ort Beschäftigten sowie auch für hier wohnende Wähler aus. Am Schlusse der Versammlung wurde ersucht, den vorgeschlagenen Kandidaten mit einer imposanten Stimmenzahl zum Siege zu verhelfen.

Mariendorf.

Der Gastwirt Hierod hat durch ein Schreiben den Parteigenossen mitgeteilt, daß er sein in der Kurfürstenstraße gelegenes Restaurant „Zum Felschloßchen“ für die Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung stellt. Der Vorstand.

Bernau.

Beinahe am ganzen Körper verbrannt ist am Donnerstag nachmittags die Tochter des Arbeiters Robian, welche sich bei dem Bauerngutbesitzer Volla in dem benachbarten Dorfe Schwanebeck in Stellung befindet. Das junge Mädchen war mit dem Blatten eines Kleides beschäftigt, als beim unvorsichtigen Nachfüllen von Spiritus plötzlich die Lampe explodierte. Der Spiritus sowohl wie der Inhalt der Blatte ergossen sich über das Mädchen, welches im nächsten Augenblick einer vollständigen Feuerfäule gleich. Obwohl sofort ein Arzt herbeigerufen wurde, hat das junge Mädchen so schwere Brandwunden erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer von Rixdorf-Brin. Versammlung am Sonnabend, den 6. Juni, abends 1/9 Uhr bei Hoppe, Hermannstraße 49.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. Juni cr., vormittags 9 Uhr, in der Halle, Kappel-Allee 15—17: Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Franzfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Adolf Stern über: Die Frage nach dem Ursprung der Welt. — Damen und Herren sind als Gäste sehr willkommen.

pflichtbet worden war. Zu diesem Zweck gefellte sich noch ein zweites
größeres. Sie wurden bei ihren Diebstahlversuchen von den Kriminal-
schulleuten Kellner und Bräuner beobachtet, die sie dann auf dem
Bahnhof Barthaer Straße festnahmen. — Die Angeklagten
wurden vom Gericht wegen dieses Raubversuchs mit Rücksicht auf
ihre Vorstrafen mit einer Zuchthausstrafe von je 2 Jahren belegt.
Leider ist der mit Erfolg tätige gewesene Flebberer nicht
erwischt worden. Vorsticht vor Stadtbahnhof ist besonders an
den Sonnabendabenden geboten.

Steiger-Befragung.

Wegen Befragung ist am 16. Februar vom Landgerichte Sankt-
brücken der Igl. Grubensteiger Adolf Dröschel zu 2 Monaten Gefängnis
verurteilt worden. Er hat seit längerer Zeit sich von den ihm
unterstellten Bergleuten bares Geld und Nahrungsmittel
geben lassen und dafür Rücksicht bei kleinen Verfehlungen geübt
oder den betreffenden günstigeren Schichten zugeteilt. — Seine
Revision mit der Behauptung, er habe sich höchstens disziplinell
strafbar gemacht, wurde am Donnerstag vom Reichsgerichte als
unbegründet verworfen.

Eingegangene Druckschriften.

Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine. Jahresbericht 1908
und seine Einrichtungen für das Jahr 1909. Von Dr. König und J. Wirth
von Bredenberg. Selbstverlag, Berlin O. 2.
11. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Nürnberg 1908
nebst Geschäftsbericht der vereinigten Gewerkschaften. 96 Seiten. Selbst-
verlag.
Strandkarte: Umgegend von Oranienburg. Birkenwerder,
Schnitz-See. 75 Bl. Selbstverlag, Berlin SW. 13.
Die Reichsfinanzreform, eine nationale Frage. Von Graf E. zu
Reventlow. 30 Bl. — Anzeigensteuer und Presse. Eine lehrreiche
Stimme aus Industriellenkreisen. 30 Bl. „Deutsche Zukunft“, Leipzig.
Das Badener Land. Von H. Thoma und R. König. Kostenlos
vom Badischen Landesverband zur Hebung des Fremdenverkehrs in Karlsruhe.
Göttliche Novellen von J. B. Jensen. Geb. 8 M., geb. 4 M.
— Ernst, Roman von E. Bahr. Geb. 5 M., geb. 6 M. E. Fischer, Berlin,
Wilhelmstr. 90.

Die neue Reichsversicherungsordnung. Vortrag von R. Wöhringer.
20 Bl. Verlag des Gewerkschaftslokals Wagdeburg.
Jahrbuch 1908 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.
Herausgegeben vom Verbandsvorstand. 293 Seiten. „Courier“, Berlin,
Engel-Ufer 21.
Die fächliche Statistik der letzten Jahre. Handbuch zu den Land-
tagswahlen 1908. 240 Seiten. 1,50 M. Herausgeber: Zentralkommission
der sozialdemokratischen Partei Sachsen. Raden u. Co., Dresden.
Epistolis Handbüchlein der Moral. Einleitung von Dr. H. Schmidt.
1 M. A. Köhler, Leipzig.
Die Gemeinschaftlichkeit der kontraktiven Jurisprudenz. Von
Ernst Fuchs, Rechtsanw. G. Braunscher Verlag, Karlsruhe. 360 M.
Naturwissenschaftliche Bibliothek für Jugend und Volk: Silber
aus dem Ameisenleben. Von H. Wehmer. Gebunden 1,50 M. —
Die Schmarotzer der Menschen und Tiere. Von Dr. D. von Antkowi-
sch. 1,80 M. — Die Photographie. Von W. Zimmermann. Geb. 1,80 M.
Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.
G. Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats Kronach 1908
und des Geschäftslokals. Selbstverlag.
12. Bericht des Gewerkschaftslokals (und 9. Bericht des Arbeiter-
sekretariats) Hamburg-Altona 1908. Selbstverlag.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschaftsangelegenheit des H. B. 2. zweiter
Hof. dritter Eingang, vier Treppen. 1909. Jahresschrift
wöchentlich abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr. Geöffnet 7 Uhr
Sonnabends beginnt die Erbschaftsangelegenheit um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein
Büchlein und eine Karte mit Briefkasten beizubringen. Briefliche Antworten
werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage
vergehen. Gütige Fragen trage man in der Erbschaftsangelegenheit vor.
R. S. 13. Die Eisenbahnbehörde ist im Recht. Ein Beschwerdebeweg
erscheint ausnahmslos. — G. S. 59. Die Herausgabe des Geldes könnte
von der Armenkommission verlangt werden, wenn sie von dem Vorhanden-
sein Kenntnis erhält. — Paul S. Bar das Los vor dem Tode mit Ge-
wissen herausgefunden, so ist der Erbschaft unter sämtlichen Erben zu teilen.
In das Los später gezogen, so fällt der Erbschaft dem zu, dem der gesamte
übrige Nachlass im Testament zugeordnet war. — Vierfahrer 104. Ver-
sicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines
nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltsangehörigen auf den Todes-
oder Lebensfall gezahlt werden, sind bei der Besteuerung dem Einkommen

abzusetzen, soweit die Prämien den Betrag von 600 M. jährlich nicht über-
steigen. Dagegen werden Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Alters- und
Invalidenversicherung, zu Witwen-, Waisen- und Pensionskassen nur ab-
gezogen, sofern sie von dem Steuerpflichtigen selbst für seine
Person gezahlt oder vertraglich zu entrichten sind. — W. S. 23. Rein.
— D. 500. Hinterlegen Sie die Miete und zahlen Sie nicht an jemand,
dessen Empfangsberechtigung Ihnen zweifelhaft ist. Es haben dann die,
die einen Anspruch auf die Miete erheben, ihr Recht unter einander aus-
zusprechen. — S. M. 32. Leider sind Sie an den Vertrag gebunden,
falls der Vermieter Sie nicht freiwillig von demselben entbindet. —
C. S. 45. Die von Ihnen genannte Versicherungsgesellschaft ist unseres
Wissens durchaus reell. — C. S. 2. Rein. Sie haben sich aber dadurch
eines wertvollen Vermögensmittels beraubt. — H. C. 7. Die Befragung
wegen Glücksspiels ist Sache des Gerichts, nicht der Polizei. Wer aus
dem Glücksspiel ein Gewerbe macht, soll mit Gefängnis bis zu zwei Jahren
behaftet werden, daneben kann auf Geldstrafe von 300 bis 6000 Mark und
auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Der Inhaber
eines öffentlichen Versammlungsortes, der Glücksspiele darselbst ge-
stattet oder zur Verheimlichung solcher Spiele mitwirkt, ist mit
Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft. — Wilhelm 1909. Ja.
— Winterreit 47. Die Klage michte von Ihrer Frau selbst angestellt
werden und hätte, falls der Schuldner Vermögen hinter sich hat, auch einen
Zwangs. — C. S. 8. Wenn die Mutter ein Jahr lang ohne Unterstü-
tzung zu erweisen, in Berlin wohnt, wird sie hier unterstü-
tzungsberechtigt. In-
zwischen hätte sie in ihrer Gemeinde einen Anspruch auf Unterstü-
tzung; indessen hat die Gemeinde auch das Recht, an Stelle anderer Unterstü-
tzungen die Aufnahme in das Armenhaus zu verfügen. — G. P. 105. Nowawes.
Sie würden beim Vormundschaftsgericht einen Antrag auf Regelung der
Verlegungsfrage stellen können. Aus welchen Gründen ein Pfleger eingesetzt
ist, muß sich aus der darüber ergangenen Verfügung ergeben. — W. S. 2.
7. Rein; die Steuern sind veräußert, da sie länger als 6 Jahre zurückliegen.
— C. S. 47. Als mit Entschuldigung gefehlt wird im Abgeordnetenhaus
nur der Abgeordnete angeführt, der ausdrücklich sein Verbleiben einschuldig
hat. Genosse Viehnecht hat das selbstverständlich nicht getan, da er nach
zutreffender, aber vom Abgeordnetenhaus nicht gebilligter Auslegung der
Verfassung einen Anspruch auf Entlassung aus der Post hatte. Dieser
Anspruch ist ja vergeblich von der sozialdemokratischen Fraktion geltend
gemacht worden. Trotzdem verzeichnet der biographische Bericht bei nament-
lichen Abstimmungen den Genossen Viehnecht als „ohne Entschuldigung
gefehlt“. Damit gibt das Abgeordnetenhaus wieder zu erkennen, daß seine
der Entlassung Viehnechts aus der Postkommission nicht Teilnahme an den
Sitzungen des Abgeordnetenhauses entgegenstehende Auffassung unerschüt-
ter ist.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch, den 2. Juni, starb
mein lieber, guter Mann, unser
lieber Bruder, der Tischler
Leonhard Buchholz
nach kurzem, schwerem Leiden.
Frau Auguste Buchholz
und Schwestern.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 6. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Trepptomer Gemeinde-
Friedhofes, Neue Krugallee, aus-
statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Hinterbliebenen zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Leonhard Buchholz
am 2. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 6. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Trepptomer Gemeinde-
Friedhofes, Neue Krugallee, aus-
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
85/6 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband d. Maschinisten und Heizer, sowie Berufs- genossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Todes-Anzeige.
Am 3. Juni cr. verstarb unser
Mitglied, Kollege
Julius Görbig.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 6. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des alten Jakob-Strichhofes,
Hindorf, Döbmitzstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung er-
sucht 145/8
Die Ortsverwaltung.

Am 3. Juni verschied nach
langem, schweren Leiden mein
lieber Mann, unser guter Vater
und Großvater, der Zimmermann
Hermann Ganzert
im Alter von 50 Jahren.
Dies selgt betrübt an
Witwe **Anna Ganzert**
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 6. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Wilmersdorfer Friede-
hofes aus statt. 14742

Statt Karten!

Mein Freunden und Partei-
genossen des 2. Kreises zur Nach-
richt, daß am Donnerstag, den
3. d. Mts., meine liebe Frau
Frieda Wegner
geb. **Wagner** 29025
gestorben ist.
Karl Wegner.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 6. Juni, nach-
mittags 4^{1/2} Uhr, auf dem Schöne-
berger Friedhof, Ragstraße, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.
Montag, den 7. Juni 1909, abends 8 Uhr:
Allgem. Versammlung der Schlosser
Berlins und Umgegend
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 4.
Tages-Ordnung:
1. Unsere Lohnbewegung. 2. Stellungnahme zu dem Tarif der Arbeitgeber. 3. Beschlusfassung
über die neue Tarifvorlage.
Pfligt jedes Kollegen ist es, in dieser Versammlung antwefend zu sein.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Stukkateure Deutschlands. Filiale Berlin.

Montag, den 7. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engelufer 15:
Regelmäßige Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des Arbeitsnachweis-Kuratoriums und der Schlichtungskommission. 2. Die Ausstellung des
Bautenkontrollkards. 3. Gewerkschaftliches. 174/2
Am Eingange des Saales Ausgabe der Lohnkarte.
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und
zahlreichen Kreuzspenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes und
guten Vaters sage ich allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten,
besonders dem Vorstand und den Be-
amten der Krankenkasse der
Schlosser und verordneten Gewerbe,
sowie meinen Kollegen von der Firma
H. Diehl, den Hinterbliebenen der
1066 Bausenkommission und den
Genossen des 6. Berliner Reichs-
tagskreises meinen herzlichsten
Dank. 29076

Die trauernde Witwe Karoline Neumann nebst Sohn.

Dankfagung.

Für die Beweile meiner Teilnahme
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes sage ich auf diesem Wege
allen Beteiligten, besonders den
Kollegen des Holzarbeiterverbandes,
meinen herzlichsten Dank. 29068
Witwe **Emilie Bernsdow.**

Dr. Simmel

Spezial-Arzt 62/9^a
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Hohe Belohnung!
Im Säbringange ist Freitag früh
eine Geige und Reisetasche
verloren gegangen. Abzugeben bei
Dittlerich, Köpenicker Landstr. 53.

Pa. Schlack- und Salamiwurst

Ausnahmepreis a Pfd. 1.00 M.
Wiener Würstchen 3 Paar 50 Pf.
Franstädter Würstch. 6 „ 50 Pf.
Hermann Leissner,
Berlin C., Klosterstr. 93/95,
Eckhaus Kaiser-Wilhelm-Str. 11.

Gelegenheitskäufe!

1475L
Hochelegante
Herrenanzüge und Paletots
aus feinsten Maßstoffen
Irühherer Wert 60 bis 90 Mark
jetzt 20 bis 45 „
Nie wiederkehrende
Kaufgelegenheit!
Cavalier-Club,
Unter den Linden 61 II.
Sonntags
geöffnet!

Muhm's Waldschlößchen

In der Villenkolonie Bahndorf:
Wähe, 7 Minuten vom Bahnhof,
herrlich im Walde mit 10 Min. vom
Friedhof im Rügelsee gelegen. Disors
von 12-3. Spielen nach der Karte
zu grollen Preisen. Große Gartenteile
mit ansehl. Glasgallen. 4 verdeckte
Regelbahnen. Bier- und Weinstuben.
Raffetische. Sommerwohnung, möb-
lerte Zimmer. — Größere Vereine
und Gesellschaften werden am vor-
herige Anmeldung gebeten. 65/3

F. F. Emil Schmidt

Lindenstr. 3. II. Hof parterre
empfiehlt den Genossen seine
Räume zur Abhaltung von
Versammlungen u. Vereins-
festen. 14732^a
Jeden Sonntag: Gemütliches
Beisammensein.

Ausnahme-Preise.

Abnahme: Mai, Juni, Juli.
A. B. Koch

Kohlengroßhandlung

Gegründet 1893.
Hauptkontor Berlin O. 34,
Petersburger Straße 1
(vis-à-vis Warschauer Straße).
Fernspr. Amt 7 Nr. 3040 u. 3096.
Lagerplatz I: Berlin O. 34, Brom-
berger Str. 16 (am Bahnhof).
Lagerplatz II: Berlin O. 17, Frucht-
straße 13 (Wiltersdorfer Döbmitz).
Lagerplatz III: Güterdöbmitz, Weihen-
see, Greifswalder Straße 80a.
Amt VII, 7634. 6062^a
Lagerplatz IV: Berlin N., Wehmer-
straße 28-34 (Ecke Schivelbeiner
Straße).
Preise für nur 14 Marken ab Platz
von 10 Str. an:
Primo Halbheine
Herbinaud Str. 78 Pf.
• Halbheine Zauch
hammer Str. 81 Pf.
• Halbheine Kts. Str. 83 Pf.
• Herbinaud-Brik. Str. 80 Pf.
• Alms und Wald-
mannsheil Str. 87 Pf.
• Pflaumerstraße Str. 89 Pf.
• la Diamant-Salon
(pr. Str. 110-120 St.) Str. 93 Pf.
• la Kuh. Kohlen.
werke Str. 95 Pf.
• la Alle Salen Str. 95 Pf.
la Anthrazit-Cade Str. 2,15
Kohls. Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tages- und Konventions-
preisen. Künstlerung frei Keller je
nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf.
mehr. — Bei Originalmagazons und
größeren Wäschnissen verlangen Sie
meine Spezial-Offerte.

Leihhaus

Wrangelstr. 83.
• Höchste Bezahlung jeder Wert-
sache. Gelegenheitskäufe in Herren-
und Damenmode, Betten,
Wäsche, Uhren, Gardinen,
Vorhängen u. Monatsgarderobe.

M. Schulmeister

Berlin SO., 4, Dresdener Straße 4,
am Kottbuscher Tor.
Nur eigene Konfektion!
Frühjahrs- u. Sommerpaletots
in prima Qualitäten, Choviot u.
modern gestreift, Melton-Stoff.
45,-, 42,-, 38,50, 30,-, 21,50
32,50, 30,-, 27,50, 24,50.
Moderne Ulster,
1 u. 2reihig, Formen u. Durch-
knöpfe, in d. neuest. Mustern
48,50, 45,-, 40,50, 25,50
36,50, 32,50, 29,50.
Jackett-Anzüge,
elegante Fassons, prima Rob-
haar - Verarbeitung 50,-, 24,50
45,-, 42,50, 38,50, 34,-, 29,50, 27,50.
Rock-Anzüge . . . 29⁵⁰ 54⁰⁰
Gehrock-Anzüge . 36⁵⁰ 70⁰⁰
Burschen- u. Knaben-Garderoben.
Herren-Beinkleider.
Arbeiter-Berufskleidung.
Anfertigung nach Maß mit Garantie für tadellofen Sitz, halt bare
Stoffe, Ia. Verarbeitung, elegante Paßform.

Drei Züge

und Sie werden jubeln: „Endlich
meine Lieblingsmarke gefunden“
Epirus-Cigaretten
Lieblingsmarken:
Hadzi Loja 2 bis 6 Pf.
Ring-Cigaretten 2 bis 5 „
Pologlow 3 bis 10 „
Lord Mayor 4 bis 10 „

Saal mit Bühne

und Nebenräumen,
große Vereinszimmer
unter besten Bedingungen zu
vergeben. 10813^a
Sonnabende u. Sonntage frei!
Paul Litfin,
Memeler Straße 67.
Fernspr. Amt 7, 1075.

Ober-Schöneweide

Lindengarten an der Spree.
Tabbertstr. 5 (Fernspr. 230.)
Jeden Sonntag: **Freitanz.**
Wozu ergebnis einladet
13032^a **Robert Schulz.**

Spottbillig

kaufen Sie Möbel, Bil-
der, Spiegel, Uhren,
Steppdecken, Tisch-
decken, Bettwäsche,
Herren-Garderobe
gegen 50 Pf. Vorkzahlung
die Woche. Besuch od. Post.
Gehr. Weber, Neue Köpen-
berger Straße 58.

Für die Reisezeit

empfehlen wir unseren Lesern
Grieben's Reiseführer
durch das Riesengebirge, den
Harz, Thüringen, die Ost-
see- und Nordseebäder usw.
Preise 1,- bis 5,- M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68.,
Friedrichstraße 69, Laden.

Herren-Konfektion.

Wahnsachen u. Stoffe räumungs-
halber mit 50 % billiger, läuft
man nur Versandhaus B. H. M.
im Kaiser-Wilhelm-
Berlin C., Straße 47 I,
an der Burgstraße.
Zeitlich vorteilhafte Kaufgelegen-
heit, weil Alles von einer
Konsummasse herrührt.
Verkaufszeit: von 9-7,
auch Sonntags.

IMK

wöchentliche Teilzahlungen liefern elegante, fertige
Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß.
Julius Fabian, Schneidermeister, 1. Geschäft: NO., Gr. Frankfurter Str. 38^{II} Eingang
2. „ NW. (Moabit), Turmstraße 18^I Strausberger Platz.

Für den Hochsommer:

Grenadine, gestreift und kariert, für Blusen und Kleider Meter 1,25 1,50 und 1,75
Gestreifte Wollbatiste in apart. Farben- u. karierte in apart. Farben- stellungen Meter 1,35 1,75 und 2,00
Glatte und seidenglänzende Alpaccas, Qualität Meter 1,75 2,25 und 2,50
Gestreifte Seidenstoffe f. Blusen u. Kleider u. karierte geeignet Meter 95 Pf., 1,25 und 1,65

Mousseline mit und ohne Bordüren Meter 25, 30 und 45 Pf.
Woll-Mousseline in den neuesten Mustern Meter 55, 65 und 95 Pf.
Zephir- u. Leinenstoffe in Bordüren- und Streifenmustern Meter 45, 65 und 85 Pf.
Weiße und farbige Shantungleinen in neuen Farbtönen Meter 75, 95 Pf. u. 1,35

Weißer Waschstoffe Batiste, Seiden-Mull, Lochstickereien, Tülls, Piqué und Leinen in großer Auswahl Meter 45, 65, 75, 90 Pf.

Besonders billiges Angebot in weißen Seidenbatist-Blusen mit reicher Garnierung Stück 95, 1,25 1,75-2,50

Extra-Angebot in Unterrtaillen und Damengürteln zu außerordentlich billigen Preisen.

Weißer Kostümrocke aus Leinen und Piquéstoffen in den neuesten Façons. Stück 4,75 6,75 u. 8,50

Neu aufgenommen: Staubmäntel in allen modernen Stoffen und Macharten Stück 3,95 4,75 5,85 und 10,50

23. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 4. Juni vormittags. Für die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

144000 332 632 83 [500] 271 [1000] 73 081 145052 79 137 75 208 90 305 432 550 664 886 843 146228 59 272 448 510 618 703 820 93 14743 355 309 409 727 79 880 148006 87 244 [1000] 402 638 743 801 904 149007 225 97 440 71 022 [500] 63 708

23. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 4. Juni nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

150456 658 63 99 780 838 47 [500] 151132 444 601 [3000] 82 718 [1000] 978 152019 270 588 802 4 153306 16 [500] 368 98 448 [1000] 502 [500] 5 623 23 803 304 154279 376 [500] 337 624 61 64 [500] 730 155185 581 780 994 156384 422 506 [500] 50 705 810 61 922 [500] 35 49 [1000] 157115 [1000] 522 85 764 817 33 78 158890 [500] 611 753 811 159001 282 430 86

Neunte ordentliche Generalversammlung der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Hannover, 3. Juni 1909.

Fünfter Verhandlungstag.

Es erhält das Wort Genosse Bauer-Berlin zu seinem Vortrag über die Reichsversicherungsordnung.

Reichsversicherungsordnung.

Redner schildert die Schäden und Mängel, die dem Entwurf anhaften. Der neue Entwurf bringe eigentlich nur insofern eine Verbesserung, als die Versicherungspflicht bedeutend erweitert wird.

Krankenerkrankung

gibt Vulte-Leipzig. Die Kommission empfiehlt die Einführung dieses Unterstützungsweiges bei einem Beitrag von pro Woche 10 Pf. Dafür soll auf die Dauer von 6 Wochen täglich 50 Pf. Unterstützung gewährt werden.

Ueber den

Internationalen Glasarbeiterkongress

der im Jahre 1908 in Paris stattfand, referierte W. J. Mann. Der Kongress beschäftigte sich mit Schaffung einer internationalen Verbindung und mit der Frage der Ueberproduktion.

eines wöchentlichen Ruhetages, Arbeitsruhe während der heißen Jahreszeit, Verkürzung der Arbeitszeit und Beseitigung der Nachtarbeit. Die Verhandlungen zeitigten die Einsetzung eines Sekretärs, als solcher wurde Girbig-Deutschland gewählt.

Es wird nunmehr in die Beratung der einzelnen Anträge eingetreten. Gegen wenige Stimmen wird die Verlegung des Vorstandssitzes abgelehnt.

Der Beitrag bleibt in jetziger Höhe bestehen, er beträgt 30, 40 und 50 Pf. Doch soll für jede Klasse 10 Pf. Krankenzuschlagsbeitrag erhoben werden. Das Unterstützungsgeld soll in einem Jahre 5-10 Wochen gewährt werden und zwar bei einer Mitgliedschaft von 52-312 Wochen in der 30 Pf.-Klasse steigend von Woche zu Woche von 0,90-1,20 Mk. pro Tag, in den beiden anderen Klassen steigend von Woche zu Woche von 1,20-1,60 Mk. resp. 1,50-2 Mk.

Das Streikreglement erhält den Zusatz, daß bei Entscheidungen über Aufhebung von Streiks drei Viertel der an der Bewegung beteiligten Kollegen dafür stimmen müssen, andernfalls muß der Streik weitergeführt werden.

Die nächste Generalversammlung soll sich mit der Affordarbeit und deren Regelung beschäftigen. Eine kurze Debatte entspinnt sich über den Antrag, der verlangt, daß am Gewerkschaftskongress künftig nur ein Beamter des Verbandes teilnehmen soll, die anderen Vertreter aus den Reihen der Mitglieder gewählt werden müssen.

Antlicher Marktbericht der städtischen Marktbaul-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft etwas belebter, Preise unverändert.

Witterungsbericht vom 4. Juni 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke. Rows include: Eutin, Danzig, Berlin, Königsberg, München, Wien, Kaparanda, Petersburg, Sibirien, Norwegen, Paris.

Wetterprognose für Sonnabend, den 5. Juni 1909.

Zunächst meist trübe mit Regenschauern, mäßigen südwestlichen Winden, mäßiger Nacht und etwas niedrigerer Tagestemperatur; später wieder aufklarend.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am 3. 6., seit 2. 6., am 2. 6. Rows include: Remei, Pregel, Weichsel, Oder, Elbe, Saale, Spree, Bielefeld, Rhein, Mosel, Trier.

Jeder Artikel 95 Pfennig.

H. Greifenhagen Nachf.

Jeder Artikel 95 Pfennig.

Brunnenstraße 17-18 • Veteranenstraße 1-2

- 1 farbige Miederschürze
1 schwarze Hausschürze m. Volant und Tasche
1 farbige Hausschürze mit Latz
1 farbige Hausschürze mit Volant u. Tasche

- 1 Kinderkleidchen aus Waschtuch
1 Knaben-Bluse, weiß Satin
1 Knaben-Bluse, farbig Satin
1 Knaben-Hose aus Waschtuch

- 1 Paar Damen-Meltonschuhe
1 Paar imit. Kameelhaarschuhe
1 Paar Kinder- (imit.) Kameelhaarschuhe

- 3 Paar schwarze Damenstrümpfe
3 Paar geringelte Herrensocken
4 Paar Macco-Socken
4 Paar Vigogne-Socken

- 3 Stück Spisesteller und 4 Dessertteller
6 ganz starke Ober- u. Untertassen
5 Paar Portionstassen

- 1 Küchenrahmen mit 8 Blechgegenständen
1 Waschtänder, 1 Emaillewaschbecke
1 Waschtisch, 1 Aermelbrett, 1 Schock Klammern

Ein Posten Aluminium-Geschirre Stück 95 Pf.

Lachmann & Scholz Warenhaus. 76 Turm-Straße. Doppelte Rabatt-Marken. Sonnabend den 4. Juni bis Freitag den 11. Juni. Ausnahme-Preise für Blusen, Strümpfe, Handschuhe, Schuhwaren.

